

MITTEILUNGEN
DES
GESAMTARCHIVS DER DEUTSCHEN JUDEN

HERAUSGEGEBEN
VON
Dr. EUGEN TÄUBLER

DRITTER JAHRGANG
1911/12

LEIPZIG
BUCHHANDLUNG GUSTAV FOCK G. M. B. H.
1912

Inhalt.

	Seite
Akten-Inventar der Synagogen-Gemeinden	
Beverungen	1— 14
Bielefeld	14— 21
Burgsteinfurt	21— 25
Soest	25— 34
Anlagen (zu Soest):	34— 54
Der Aufbau der Gemeinde nach ihrem Mitglieder- bestande	35— 41
Die Organisation der Gemeinde vor der Erlangung der Körperschaftsrechte	41— 49
Die Bestrebungen um Erlangung der Körper- schaftsrechte	49— 54
Bericht über die Tätigkeit des Gesamtarchivs der deutschen Juden	55— 84
Die auf Juden bezüglichen Akten des Kgl. bayerischen Kreisarchivs der Oberpfalz in Amberg. Von Dr. M. Weinberg	85—142
Erscheinungen zur Geschichte der Juden in Deutschland im Jahre 1910	143—174

Akten - Inventar der Synagogen - Gemeinde Beverungen.

Aus dem 18. Jahrhundert, von 1705 an, sind nur Fragmente öffentlich-rechtlichen Inhalts erhalten, erst vom Ende des 18. Jahrhunderts Akten über die innere Gemeindeverwaltung. Die öffentlich-rechtlichen Akten betreffen auch die Verhältnisse anderer, z. T. aller Gemeinden des Bistums Paderborn. Das erklärt sich daraus, dass Beverungen Sitz des Obervorstehers der Landjudenschaft des Bistums war. Bessen bemerkt in dem unten genannten Buche II S. 395, dass Juden in das Paderbornsche erst nach der 1548 den Reichsständen allgemein gegebenen Befugnis, Juden aufzunehmen, hineingekommen seien. Zeugnisse ihres Vorkommens im 16. und 17. Jahrhundert führt er nicht an, S. 396 aber zwei Judenlisten aus dem 18. Jahrhundert, nach welchen in Beverungen 1719: 13 und 1794: 27 Juden gezählt wurden.

Der Magistrat der Stadt Beverungen hat uns durch Zusendung der Akten ermöglicht, in Anmerkungen die städtischen Judenakten zu berücksichtigen. Wir danken ihm auch an dieser Stelle dafür verbindlichst.

Literatur: G. J. Bessen, Geschichte des Bistums Paderborn, 2 Bde. Paderborn 1720. Index s. v. Juden.

A. Öffentlich-rechtliche Verhältnisse.

I. Fragmente aus der Zeit des Bistums (Fürstentums) Paderborn.

1. Judenschaft des ganzen Fürstentums betr.
 - a) Zuziehung neu Recipierter zu den Konfirmationsgeldern und den gemeinschaftlichen Lasten. 1720.

- b) Extractus protocolli der fürstl. Kommission betr. Erhöhung der Judenabgaben.¹⁾ 1733.
- c) Juden-Tribut im Fürstentum betr., Schreiben des Erzbischofs von Köln an den Statthalter. 1736 Aug. 7.
- 2. Judenschaft zu Warburg und Borgentreich betr., Extractus protocolli commissionis. 1740 Okt. 5. Inhalt nicht ersichtlich.
- 3. Judenschaft in Beverungen betr.
 - a) Klagesachen der Stadt gegen die Judenschaft, deren wirtschaftliche Stellung, Abgaben und Rechte betr., Fragmente:
 - 1705 Nov.: Protokolle der fürstl. Gerichtskommission.²⁾
 - 1719: Gravamina der Stadt gegen die Judenschaft.³⁾
 - 1720 Juni 19: Extractus protocolli der zur Prüfung der Gravamina eingesetzten fürstl. Kommission.
 - 1728 Jan.: Eingabe von Bürgern aus Beverungen zugunsten der Juden.
 - 1728 Juli 16: Sentenz, Bestätigung der 1706 Sept. 22 erlassenen fürstl. Schutzordnung.⁴⁾

¹⁾ Erwähnt die kurfürstlichen Patente, durch welche Joseph Itzig Spira zum Obervorsteher der Judenschaft im Fürstentum Paderborn und sein Sohn zum Adjunkt ernannt wurde. — Der Obervorsteher erscheint in den Streitigkeiten mit der Stadt Beverungen (oben nr. 3) als Vertreter der kurfürstlichen Interessen.

²⁾ Als begleidete (vergleitete) Juden werden genannt: Joseph Itzig Spira, Nathan Spira (auch Nattan Itzig genannt), Jacob Abraham, Meyer Itzig, Berendt Abraham, Aser Heyneman, Joseph Simon, Israel Leser, Simon Salomon. — Zur Förderung der Arbeiten der familiengeschichtlichen Abteilung (vgl. im Geschäftsbericht) soll fortan das zerstreute ältere Material aus der Zeit vor Führung von Stammregistern, Steuerlisten oder Personenverzeichnissen anderer Art in den „Mitteilungen“ in dieser Weise geboten werden.

³⁾ Während der Sedisvakanz dem Domkapitel überreicht. Die Klage von 1705 endete also offenbar zugunsten der Juden, wohl mit der unter 1728 Juli 16 erwähnten Sentenz vom 22. Sept. 1706. Zwei Punkte der Gravamina seien der Kuriosität halber zitiert; Punkt 8: „Wunder siehet man an Ihren Sabbathen wie sie vor Joseph Itziges Hauss, als wohinter sie ihre Sinagob haben, versamen, gestalten die Weiber mit goldenen, silbernen und seydenen Kleidungen Stolziren, und die Männer mit ihren Mänteln, als wenn Ihnen die strasse zu enge, sich heraus breiten.“ Und Punkt 10: „Jedermann so wohl frembde als einheimische verwundern sich über den stath, pracht, handel auch menge der Judenschaft, an diesen geringen kleinen orth, sagen anbey dass in der Welt ihren wissen nach kein orth seyn an welchen denen Juden ein so groser Handell wie allhier zu Beverungen zu gelassen wurde . . .“

⁴⁾ Vgl. B 2 Anlage z. J. 1807.

- b) Befreiung der Juden von der Einquartierung betr., Eingaben, Protokolle, Bescheide
1734. 1736: in der Stadt Paderborn.
1746: im Herzogtum Westfalen.
1752—1755: in Beverungen.¹⁾
- c) 1739 Mai: Bürgermeister, Rat und gemeines Herren der Stadt Beverungen einigen sich mit der Judenschaft daselbst nach vorausgegangenen mehrjährigen Streitigkeiten wegen der Schaar- und Bauerwerke, Wachten und Einquartierung auf Grund der in dem fürstlichen General-Hauptgeleydt verordneten Befreiung auf 12 Jahre dahin, dass die Juden gegen Zahlung von im ganzen 10 Rthln. von den genannten Leistungen befreit sein sollen.
Or. Pap. Der 2. Bogen mit den Unterschriften fehlt.
- d) Saatschlagen betr. 1741.
- e) Aufenthalt fremder Juden betr. 1742. 1795.
- f) Synagoge, Verkauf o. D., Beraubung 1746.
- g) Holzkauf aus den fürstlichen Waldungen betr. 1749. 1756. 1760.
- h) Fouragelieferung betr. 1758—1760.²⁾
Anlage zu 1760: Verfügung betr. Fouragelieferung der Juden in Warburg. 1759.
- i) Ablösung des Botenstellens betr. 1760.
- k) Neujahrgelder betr. 1776—1778.

II. Aus der preussischen Zeit.

1843: Ablösung des Städtegeldes betr.

1845 Febr. 2: Vorstellung und Bitte der jüdischen Korporation in der Provinz Paderborn und Corvey, die Aufhebung des Gesetzes (C. O.)

¹⁾ Erwähnt 1754 Itzig Joseph, offenbar Sohn des Vorstehers Joseph Itzig Spira von 1705, welcher die Eingaben an erster Stelle unterzeichnet, wohl als Vorsteher. Als solcher ist er 1746 in f, 1749 und 1756 in g bezeugt. Ferner Calmon Moses, Simon Joseph, wohl Sohn des Joseph Simon von 1705, Schwiegersohn des Itzig Joseph. 1755 David Joseph Spira.

²⁾ Mit Judenlisten von 1758 und 1759. Von den 1705 Genannten begegnet nicht einer mehr, nur die Witwe des Obervorstehers Joseph Itzig; von den 1754. 1755 Genannten Simon Joseph und David Joseph, dieser als Vorsteher. Er ist also, da das Vorsteheramt wahrscheinlich in derselben Familie blieb, der Sohn des 1754 genannten Itzig Joseph, dessen Witwe hier begegnet. Ebenso die Witwe des 1754 genannten Calmon Moses und ausserdem noch: Simon Joseph, Bendix Joseph, Ruben Joseph, Leffmann Asser, Heinemann Asser Witwe, Jacob Marcus, Simon Itzig.

vom 20. Sept. 1836 wegen Beseitigung der in den Kreisen Paderborn, Büren, Warburg und Höxter aus der Ansiedelung der Juden auf dem platten Lande und deren Verkehr mit den Landbewohnern bauerlichen Standes entsprungenen Missverhältnisse.¹⁾ Die zitierten Anlagen, Vorstellungen an den König vom 24. Mai 1837 und 5. Okt. 1840, fehlen.

- 1847: Dankadresse an den Landtagsdeputierten Freiherrn v. Vincke zu Hagen betr.
- 1859 Anschluss an die von L. Philippson an das Staatsministerium zu richtende Petition, die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte betr.²⁾
- 1863 Juli 12: Rundschreiben des Ober-Rabbiners Sutro zu Münster an die Juden seines Rabbinatebezirks, den Fürstentümern Münster und Paderborn und der Grafschaft Mark, Wiederholung einer am 15. Sept. 1847 an das Ministerium des Innern gerichteten, den Juden des Rabbinatebezirks zum ersten Male am 3. Aug. 1856 mitgeteilten Vorstellung, das Gesetz über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 betr. (Druck).
- 1865 Juli 6: Eingabe des Ober-Rabbiners Sutro an das Staatsministerium, Verwirklichung der verfassungsmässigen Gleichberechtigung der Juden betr., Druck, mit Anlage:
Bericht der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses d. d. 17. Juni 1865 über Sutros Petition vom 15. Jan. 1865.
- 1866 Dez. 21: Bericht der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses über die Verhältnisse der Juden betreffenden Petitionen. (Druck).
- 1866 Teilnahme an einer Beratung der Gemeinde-

¹⁾ Vgl. Rönne u. Simon, Verhältnisse der Juden in den Preuss. Staaten, 1843 S. 388 f. Hellwitz, Über die Veranlassung und Folgen der C. O. vom 30. Sept. 1836 Als Manuskript gedruckt. 1837 und diese Mitteilungen I 1909 S. 30.

²⁾ S. Allgem. Zeitung des Judentums 1859 S. 167 ff.

vorstände der Provinzen Rheinland und Westfalen, die bürgerliche Gleichstellung der Juden betr.

1868 Ablösung der Fischereigerechtheite in der Bever betr.

B. Organisation und allgemeine Verwaltung.¹⁾

1. Gemeindebuch 1794—1809.²⁾

1794: Gemeindeordnung.³⁾

1776: Vorlesung aus der Thora betr.³⁾

1788: Beitrag zur städtischen Feuerspritze betr.³⁾

1795: Verordnungen betr. Synagogensitze, Kultgeräte, Synagogenordnung.

1795—1809: Nachweis der Synagogensitze; Einnahmen und Ausgaben.

1795: Verhandlungen betr. Ankauf der Synagoge.⁴⁾

1808: Verordnungen betr. Gemeindeverwaltung.

1809: Gemeindebeschlüsse betr. Einkaufsgelder.

S. 622—620: Armenkassenrechnung 1831.

S. 619—598: Gemeinderechnung, Einnahmen und Ausgaben 1855—1859.

2. Sammelband 1799—1809.

1799: Versteigerung von Synagogensitzen.

1795: Vergleich mit Jordan Meyer wegen des Ankaufs der Synagoge und der dazu gehörigen Baulichkeiten.⁵⁾

1802: Synagogen-Ordnung und Verhandlungsprotokolle über Synagogenstreitigkeiten.

o. J.: Privilegierung einer christlichen „Kauf- und Handlungsgilde, auch Kramer-Amts-Innung“ betr.

¹⁾ Jüdische Gemeinde- und Kultusangelegenheiten 1860—1898: Magistratsakten der Stadt Beverungen Fach 12 nr. 3.

Jüdisches Gemeinde- und Schulwesen 1864—1875: a. a. O. nr. 1.

²⁾ Meist hebräisch.

³⁾ Abschrift aus einem älteren, nicht mehr vorhandenen Gemeindebuche.

⁴⁾ Auf den letzten Seiten, in umgekehrter Reihenfolge.

⁵⁾ Die Gemeinde hatte die Synagoge bis dahin von Jordan Meyer und vorher von dessen Schwiegervater Joseph Itzig in Pacht.

1803: Tabellarische Aufstellung über die öffentlichen und privaten Verhältnisse sämtlicher Juden im Erbfürstentum Paderborn betr.

1806. 1807: Publicanda betr. das Tragen von Bauer-
gewehren und den verbotenen Handel mit
englischen Waren.

1807: Vorstellung der Beverunger Judenschaft, Auf-
hebung der an die Stadtkämmerei jährlich zu
zahlenden Schatzungsabgabe betr.

Anlagen:

a) 1706 Febr. 22. Schloss Neuhaus. Frantz Arnold, Fürst-
bischof zu Paderborn verordnet auf Grund einer vor-
ausgehenden Unterhandlung, in welcher die Depu-
tierten der Judenschaft zu Beverungen sich bereit er-
klärt hatten, ausser der Einquartierungs- und Haus-
steuer zur einfachen Schatzung jährlich $1\frac{1}{2}$ Rthl. bei-
zutragen: dass „wieder die bissheringe observantz . . .
die zu Beverungen begleydte Judenschaft, so lange
dieselbe in der Jetzigen Zahl und Handlung bestehen
bleiben wirt und biss zu ander weiten unsser gnädigsten
Verordnung über die vorhin gemeldete 8 Rthlr. zur
Ablösung von Einquartierung und Scharwerk und von
Jeden Hause je 5 mg. in Eine Einfache Schatzung Zwei
Rthlr. ins gesambt oder in Concreto ab führen, Hier-
neben aber mit Keine anderen neben praestationen
oder auflagen beschwehrt noch sonsten Einige andere
Cognition oder Jurisdiction von dassigen Magistrat
über dieselben angemasset, sondern dieselben vor wie
nach uns privative vorbehalten bleiben solle.“ Ab-
schrift.

b) 1728 Juli 16 — A 1 unter diesem Datum.¹⁾

1808: Gebet am Geburtstage König Jérômes, hebr.
Druck.

¹⁾ Hier mit der für die Zustellung bischöflicher Verordnungen an die Juden-
schaft lehrreichen Notiz: „Laut Vergleich von 26t. Juny 1715 sole der Juden Schafft
die Copia von den gnädigsten Rescript S. Hochf. gnaden Seel. Frans Arnhold von
27t. Septbr. 1706 zu gestelt werden, folglich hat der magistrat dass original in Händen.“
— Die Eingabe wird von dem Magistrat am 17. July 1807 mit der Begründung abge-
wiesen, dass die Schatzung gegenüber der von den Bürgern zu zahlenden Nahrungs-
steuer verhältnismässig sehr gering ist und der Magistrat das Recht habe, die Haus-
und Einquartierungslasten ohne Religionsunterschied zu verteilen.

1808: Beschwerde der Juden gegen eine doppelte Einforderung der Bürgerrechtsgelder.¹⁾

1809: Vereinigung der christlichen und der jüdischen Armenpflege betr.

1809: Einziehung rückständiger Abgaben betr.²⁾

3. Sammelband aus der Zeit der Konsistorialorganisation im Königreich Westfalen 1808—1813.³⁾

u. a.:

1810: Forderung des Domänenamts Brakel, vom Totenhof eine Abgabe, wie bisher, zu entrichten.⁴⁾

1811: Anfertigung eines Gemeindesiegels.

1812: Verzeichnis der Kantone des Königreichs Westfalen, wie solche die Sprengel der Rabbiner, die Bezirke der Unter-Rabbiner und die der israelitischen Syndiken bilden.

Druck. Cassel 1812.

1812: Neuordnung der chebra kadischa.⁵⁾

1812: Ordnung der Syndikatsregistratur betr.

1813: Repartition der Konsistorialsteuer.⁶⁾

Darin auch: Kontraktverlängerung mit dem Gemeindebeamten, 1805. Chebrazettel, 1809.

¹⁾ Für die Bürgerrechtsbriefe wurden von den Juden, als bisher nicht im Bürgerverbande stehenden Fremden, je 20 bis 10 Tlr., von der städtischen Rentekasse zum zweiten Male je 16½ Tlr. gefordert.

²⁾ In einem Bericht der Vorsteher an das Konsistorium vom 20. Febr. 1809 die für die ältere Zeit wichtigen Angaben: „Was der Debitor für Vermögen besessen, und zu welcher Zeit, ist kein Gegenstand, der berücksichtigt werden konnte, indem nach einer von jeher stattgehabten Observanz, jedem im Paderbornischen wohnenden Israeliten auf jedem Landtage durch geschworne Taxatoren seine Taxe festgesetzt wurde, wonach er seine Beiträge, sowohl zu den Landschaftlichen als auch zu den Gemeinden Abgaben, abzutragen hatte. Diese Abgaben fanden solange statt, bis jemand die Anzeige an die Landesvorsteher machte, dass seine Vermögensumstände sich geändert haben, und seine Taxe von d i e s e n anders angesetzt wurde.“ Weiterhin über das Eintrittsgeld und die Notwendigkeit einer förmlichen Abmeldung bei Wegzug.

³⁾ Bezeichnet als vol. II. Vol. I fehlt.

⁴⁾ Vgl. unter B 7. Die Abgabe wurde für den alten Friedhof gezahlt. 1809 ein neuer Friedhof.

⁵⁾ Gestiftet 1718.

⁶⁾ Eine Kopf- und Vermögenssteuer, die in fester Summe vom Syndikat auf die Gemeinde gelegt und vom Gemeindevorsteher repartiert wurde.

4. Führung des Synagogenbuchs betr. und Eintragungen vom Juli 1809.
5. Synagogenbuch des Syndikats Beverungen 1810—1813. Fortgeführt für die Personenstandsbeurkundung der Gemeinde Beverungen bis 1903.
6. Verfügungen von Behörden, Sammelband, 1815—1888.
u. a.:
 - 1815: Verbot des Landrats, kultische Neuerungen in der Synagoge vorzunehmen.¹⁾
 - 1817: Über die Gültigkeit des von der Regierungskommission am 25. Juli 1815 wieder in Kraft gesetzten, eine Zeitlang ausser acht gekommenen Korporationsstatuts.
 - 1817. 1820: Bekanntmachungen des Ober-Rabbiners der Provinz Paderborn und der Enklaven Corvey und Rittberg.
 - 1812. 1817. 1819. 1827: Verordnungen der Stadtverwaltung über Ansammlungen vor und die Ordnung in der Synagoge.
 - 1824: betr. die Ministerial-Verfügung über das israelitische Synagogen- und Schulwesen.²⁾
 - 1825 März 25: Publikandum der Regierung zu Minden, die verbesserte Einrichtung des israelitischen Schulwesens betr.
 - 1831: Beteiligung der Juden an den Leistungen zum Neubau des Pfarrhauses betr.
 - 1832 Dez. 19: Reskript der Regierung zu Minden die Wiedereinführung der Königl. Westfälischen Vorschriften über das Judenwesen auf Grund der C. O. vom 8. Aug. 1830 und des Minist.-Reskripts vom 9. Apr. 1832 betr.³⁾

¹⁾ Die Zeugnisse dafür, dass der Staat, wenn auch nur zum Schutze einer bestehenden Ordnung, auf die Kultgestaltung einen Einfluss ausübt, sind sehr selten, und das vorliegende Beispiel ist durch den Hinweis auf eine bevorstehende gesetzliche Regelung bemerkenswert. Die Worte lauten: „Sie werden vielmehr diejenige Synagogen-Ordnung bis zur nahen Organisation beibehalten, welche von dem vormaligen Consistorio vorgeschrieben war.“

²⁾ Aufhebung der Kgl. Westfälischen Verordnungen und Einführung der Vorschriften des Allgem. Land-Rechts.

³⁾ Vgl. in demselben Fascikel die Anlage zu 1835 Aug. 14.

- 1836: Führung christlicher Vornamen betr.
1860: Bürgerliche Gültigkeit jüdischer Ehen betr.

7. Sammelband 1831—1834.¹⁾

u. a.:

- 1831: Vorsteherwahl.
1832: Wiedereröffnung der über ein Jahr geschlossenen Schule.
1832: Reorganisation des Wohltätigkeitsvereins.
1833: Wahl einer Deputation zur Steuerverwaltung.
1833: Übernahme des meyerstättischen Totenhofs in Kauf oder Erbpacht vom Domänenamt Brakel.²⁾
1833: Abgabenschuld für Beerdigungen auf dem meyerstättischen Friedhofe.
1831 f.: exekutivische Beitreibung der Gemeindeabgaben und Korporationsrechte der Gemeinde betr.

8. Sammelband 1843.

- u. a.: alte Rechnungssachen und Belege; alle Verwaltungssachen.
1843 Jan. 10: Revision der 1809 festgestellten Bestimmungen über das Einzugsgeld.³⁾ Darin: Übersetzung eines hebräischen Protokolls von 1809, die exekutivische Eintreibung der Einzugsgelder betr.
1843 April 27: Ablösung des Stätte- oder Verwesungsgelds für Gräber.⁴⁾
1843: Eintreibung alter Restzahlungen an die Gemeindekasse.⁵⁾

¹⁾ Wahl der jüdischen Repräsentanten und des Gemeindevorstands 1860 bis 1900: Magistratsakten der Stadt Beverungen Fach 12 nr. 2.

²⁾ Vgl. unter B 3.

³⁾ Darin die Angaben: die Gemeinde besitzt ein Aktivvermögen von 3000 Tlrm., eine zinsfreie Synagoge und noch „eine bestimmte jährliche Einnahme von beynahe 60 G., die zufälligen Einnahmen nicht mit eingerechnet.“ Geringe Beiträge für Kultus und Armenpflege. Einzugsgeld bezweckt Ersatz für Teilnahme an den Vorteilen des Gemeindevermögens. Erste Statuten darüber vom 15. Jan. 1809.

⁴⁾ Gezahlt an die Rentekasse des Domänenamts Brakel. Verlangt 25 Tlr. Ablösungskapital.

⁵⁾ Eingabe vom 29. Aug. 1842, exekutivische Eintreibung rückständiger Eintrittsgelder betr., enthält die Notizen: Gemeinde hat sich im vorigen Jahrhundert

9. Statuten 1850—1873.¹⁾
10. Wahl der Vorsteher und Repräsentanten 1846—1901.
Darin: Listen der Beitragspflichtigen; vereinzelt.
11. Protokolle und Korrespondenzen der Vorsteher und der Repräsentanten 1847—1901.
1854: Befreiung von den Beiträgen zu den katholischen Kultuskosten betr.
1869: Stellenpachtregulativ, mit der Bemerkung, dass die zu Lauenförde und Herstelle wohnenden Juden zum Bieten berechtigt seien.
1870: Ablösung des Schottes mit 5 Tlرن. und verweigerte Ablösung des Wächtergeldes betr.
12. Akten und Sach-Inventare 1844. 1854. 1858. 1859. 1860.

C. Grundstücke und Bauten.

1. Friedhof
 - a) Erwerb des Bodens 1709—1777.
 - b) Vergrößerung,²⁾ Bauten, Beerdigungswesen 1845—1901.
Darin auch:
1861: Kollekte zur Anschaffung eines Leichenwagens.
1862: Bau eines Wagenschuppens.
1852. 1857. 1858. 1868. 1883: Verpachtungen von Friedhofsland.
1882 f.: Verwaltungsstreitsache, Räumung des in dem Totenacker liegenden Vorflutgrabens betr.
1884. 1887: Verkauf eines Stücks vom Totenacker.
2. Synagogenbau 1818—1821.
3. Beiträge an den Synagogenbau-Verein 1843-1847.
Darin
1843: Beiträge des Mädchenvereins zur Synagogenverzierung.

einen Totenacker gekauft, für dessen Mitbenutzungsrecht von neu Zuziehenden ein Eintrittsgeld erhoben wurde.

¹⁾ In D 3 unter dem J. 1852 die Notiz: „Unterm 9t. März 1850 haben sich die Mitglieder der hier bis dahin bestandenen Israelitischen Gemeinde zu einer neuen Religionsgesellschaft konstituiert.“ In städtische Akten 12 nr. 1 Genehmigung der Statuten am 10. XII. 1875.

²⁾ 1862. 1864. 1866. In den unter 1882 f. verzeichneten Verhandlungen wird bemerkt, dass am 19. Febr. 1870 der Gemeinde von der Stadt 124 Ruten zur Vergrößerung des Friedhofs überwiesen wurden.

- 1847: Rechnungslegung über die dem Synagogenbauverein überwiesenen Gelder des 1843 aufgelösten Kranken-Verpflegungsvereins.
4. Synagoge: Ankauf des Platzes, Neubau (1850—1851) und Verwaltung 1845—1902.
- 1855/56: die auf der Synagoge stehende Kautions des Baumeisters betr.
- 1856/57: Verkauf der alten Synagoge.
- 1892: Einbau der Orgel.
5. Verkauf und Verpachtung der Synagogenstellen 1819 bis 1823. 1829. 1839—1901.
- In Fasc. 2 auch:
1824. 1829: Kontrakt mit dem Diener und Instruktionen für denselben.
1827. 1829. 1837: Miete eines Schullokals.
1829. 1833: Miete eines Badezimmers.
1830. 1831: Kontrakt mit dem Religionslehrer und Vorbeter.
6. Badeanstalt, Unterhaltung und Bauten 1842—1868.
7. Schule, Bauten und Verwaltung 1858—1867.

D. Finanzen.¹⁾

1. Rendant 1854—1874. 1886.
2. Einzugsgelder, Eintragung und Synagogenbeiträge betr. 1809—1812. 1843. 1846—1871.
3. Gemeindesteuern 1844—1902.
Darin:
1852: Neukonstituierung des Gemeindewesens betr. (vgl. B 9.)
1855: März: Befreiung von den Defizitbeiträgen für die Kirche betr.
1855: betr. Ersatz der Einschätzung durch Zugrundelegung der Grund- und Klassensteuer.
4. Beiträge zum Gehalt des Oberrabbiners Sutro zu Paderborn betr. 1850—1870.²⁾

¹⁾ Jüdisches Rechnungswesen 1859—1895: Magistratsakten der Stadt Beverungen 1859—1895 Fach 12 nr. 4.

²⁾ Bis 1850 jährlich 126 Rtlr., auf Grund eines Kontrakts von 1818 mit den Vorstehern der Judenschaft in Paderborn, zuletzt aus dem Schuldentilgungsfond (D 5). Dann dispartiert für Sutros Lebenszeit.

- 1860: Sutros Bericht über seine Tätigkeit, von 1811 an.¹⁾
5. Auflösung der Kommission für die Tilgung der Paderborner Judenschaftsschulden; Überweisung des Restkapitals an das zu begründende jüdische Waisenhaus für die Provinz Westfalen. 1855.
 6. Kapitalaufnahmen 1858 und Kapitalausleihungen 1847 bis 1889.
 7. Legate:
 - G. Bernstein 1843.
 - L. Sudheim 1858—1869.
 - Ostheim 1862 (1852—1902).
 - Loewenstein 1870.
 - M. Sudheim 1870.
 8. Fortlaufende Einnahmen und Ausgaben 1847—1889.
 9. Etats 1847—1902/03.
 10. Rechnungen der Gemeindegasse 1844—1901/02.
 11. Rechnungsbelege 1844—1903/04.
 - Darunter im allgemeinen: Heberollen der Defizitsteuer, der Schulgelder, Listen der schulpflichtigen Kinder, Anweisungen zu Einnahmen und Ausgaben.
 - Im einzelnen:
 - 1844: Festlegung der für den Synagogenbau gesammelten Gelder.
 - 1844: Vermächtnis des G. Bernstein, vgl. D 7.
 - 1846: Rescript betr. Beschränkung der Beitragspflicht auf den persönlichen Wohnsitz in der Gemeinde.
 - 1846: Versagung der Stempelfreiheit für Annahme des Bernsteinschen Vermächtnisses.
 - 1851: Verzeichnis der zu zahlenden Zinsen von den Aktien der jüdischen Gemeinde.²⁾

¹⁾ 1800 Kreisrabbiner des Sprengels Warburg, Amtssitz Beverungen. 1815 Landrabbiner von Münster und der Mark. Ist für Ausbildung jüdischer Handwerker tätig, veranlasst Dr. med. Wolfers zu Lemförde zur Begründung eines Vereins zur Beförderung von Handwerkern unter den Juden, Sitz Minden, und 1821 den Prof. Haindorf zur Begründung der israelitischen Lehrerbildungsanstalt in Münster. Seine politische Tätigkeit.

²⁾ Aufgenommen 2500 Thl. zur Schuldentilgung.

- 1851—1853: Nachweis der Verwendung der aus der Lehmannschen Stiftung zu Soest der Gemeinde seit 1827 jährlich übersandten 8 Tlr. 10 Sgr.
- 1852: Repartitionsliste für den Beitrag zum Rabbiner-Gehalt für 1849—1851.¹⁾
- 1853 f.: Zinsberechnung über Aktien à 25 Rtlr. von der Anleihe zum Synagogenbau.
- 1855: Klageurteil, Rechtskraft des Stellenreglements betr.
- 1858: Umschreibung der dem Maurermeister Lippold zu Bühne für den Tempelbau (1852) noch schuldigen 500 Tlr. als Darlehen.
- 1862: Eintragung der Ostheimschen Berechtigungen für die Synagoge.
- 1862: Legat Levy Sudheim betr.
- 1870: Stiftung Moses Sudheim zur Anschaffung einer Orgel.
12. Revisionsverhandlungen über die Gemeindegasse 1846 bis 1901/02.
Darin vereinzelt Inventare.
13. Rechnungsabschlüsse der Armen-Kasse, mit Belegen, 1850 bis 1903/04.²⁾
14. Revisionsprotokolle über die Armenkasse 1851—1900/01.

E. Kultus und Schule.³⁾

1. Personalien der Kantoren und Lehrer 1801. 1847—1889.⁴⁾
2. Personalien des Synagogendieners 1847—1891.
3. Ritualien 1810.
4. Synagogen- und Gebetordnung 1775. 1809—1813. 1846 bis 1901.

¹⁾ Das $2\frac{1}{3}$ fache des einfachen monatlichen Beitrags zu den Kultuskosten.

²⁾ Mit Fehlstücken.

³⁾ Jüdisches Gemeindegewesen 1859—1896: Magistratsakten der Stadt Beverungen Fach 12 nr. 5. — Betr. den Münsterschen Verein zur Heranbildung jüdischer Lehrer, Handwerker etc. 1858—1900: Fach 12 nr. 6.

⁴⁾ Darin 1858 Febr. 24: Verurteilung des jüdischen Lehrers wegen unbefugten Tragens der Amtskleidung eines evangelischen Geistlichen.

5. Umfrage betr. Nachweise über die in den einzelnen Provinzen vorhandenen Schulen für Kinder jüdischer Nation und über die sonstige Unterweisungsart derselben 1806.
6. Verwaltung der Schule; Schulbeiträge; Schulkommission 1844—1901.

Darin: Listen der im Gemeindebezirk wohnenden Familien.

F. **Literalien.**

Darin: betr. Aufnahme von Juden aus **L a u e n - f ö r d e** in die Gemeinde Beverungen.

Akten-Inventar der Synagogen-Gemeinde Bielefeld.

Aus den ersten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts sind nur einzelne Stücke erhalten. Dazu A 2 Anfang: „Vom seelig verstorbenen Vorsteher Jacob Schiff haben sich weder Bücher noch Schriften oder sonstige Nachweisungen, die Gemeinde betreffend, vorgefunden. Es wird daher über einiges vom Jahrgang 1815 angefangen, und sind die frühere Einnahmen und Ausgaben bis 1807 et retro im Buche Nr. 1 zu finden.“ In A 8 Blatt 1 vom 14. Aug. 1827 eine Mitteilung des früheren Vorstehers an den neuen betr. Übergabe der Gemeindeakten: nichts vorhanden als die Abrechnungen und Belege von 1815—1826 und eine quittierte Obligation = C 5a.

Umso bedeutsamer ist, dass sich im Zusammenhang der Akten über die Besitztitelberichtigung des Synagogengrundstücks ältere, bis 1705 zurückgehende Urkunden über die Synagoge erhalten haben (B 1). Sie lassen erkennen, dass die Judensiedelung in Bielefeld bereits im 17. Jahrhundert bestand, dass sie aber nicht als Gemeinde organisiert war, sondern, wie zugleich die ganze Judenschaft der Grafschaft Ravensberg, kraft Privileg von dem Obervorsteher¹⁾,

¹⁾ In der Auseinandersetzungsakte vom 18. April 1800 (C 6) heisst er „Vorsteher der hiesigen und der kombinierten Provinzialjudenschaft.“

dessen privates Eigentum auch der Tempel war¹⁾, geleitet und gegenüber Stadt und Staat vertreten wurde. Die Judensiedelung ist für Bielefeld zuerst bezeugt im Jahre 1586 in den Raits-verhandlungen und -abscheide, stadt- und bürgerliche sachen anlangend, veröffentlicht im Achten Jahresbericht des Histor. Vereins f. d. Grafschaft Ravensberg 1891 S. 1. Damals ein Jude. 1647 in einem Gnadenbrief des grossen Kurfürsten für die Stadt (Fricke a. u. a. O. S. 93): die zwei dort wohnenden Juden sollen noch eine Zeit lang toleriert, neue nicht zugelassen werden. Vgl. a. a. O. S. 109 und Spannagel a. u. a. O. für 1660 (2 Juden) und 1670 (3 Juden); 1787 im ganzen 11 Familien und 73 Personen (Consbruch im Neunzehnten Jahresbericht des Hist. Vereins f. d. Grafschaft Ravensberg S. 34).

Die Synagogen-Gemeinde Bielefeld umfasst mit ihren Akten ausser der Stadt Bielefeld die z. T. von Juden nicht mehr bewohnten Landgemeinden Heepen, Schildesche, Brakwede, Dornberg, Gadderbaum, Sandhagen, Brock und Wallenbrück.

Literatur: V o r m b a u m , Die Grafschaft Ravensberg, Leipz. 1864. W. F r i c k e , Geschichte der Stadt Bielefeld und der Grafschaft Ravensberg. Biel. 1887. K. S p a n n a g e l , Minden u. Ravensberg unter brandenburgisch-preussischer Herrschaft von 1648 bis 1719. Hannover u. Leipzig 1894, bes. über Juden in Bielefeld S. 214 f. Jahresberichte des Histor. Vereins für die Grafschaft Ravensberg 1876 ff.

A. Organisation und allgemeine Verwaltung.

1. Generalia, Sammelband. 1812. 1830—1861. 1876.

u. a.:

1831 und 1837: Trauungen der Juden betr.

1832: Geltung des Kgl. Westfälischen Dekrets vom 31. März 1808 für die Gemeindeverwaltung.

1836: Beitragspflichtigkeit der zum Christentum übergetretenen Familie Wittgenstein zu den Kommunalbedürfnissen der Judenschaft betr.²⁾

1837. 1842: Die Bemühungen des Obervorstehers Hellwitz-Soest um die bürgerliche Gleichstellung der Juden betr.

1845: Aufruf des Berliner Reformvereins.

o. D.: Bemerkungen über die bürgerliche Gleichstellung der Juden.

¹⁾ Vgl. Aurich, diese Mitteilungen II 1910 S. 48 und Beverungen oben S. 2 A. 1.

²⁾ Vgl. C 3.

- 1876: Petition an das Haus der Abgeordneten, den
Gesetzentwurf über den Austritt aus der Syna-
gogengemeinde betr.
2. Drei Blätter, Aufzeichnungen über die Akten 1815, die
Kapitalaufnahmen von 1781, 1790¹⁾ und 1807, die Ge-
meindeabrechnungen für 1815—1820, Reparaturbauten
und Verkauf der Tempelsitze 1817, Inventar, Gemeinde-
anteil an der Markenteilung 1815.²⁾
 3. Statuten
 - a) von 1822, nebst Statutenentwurf.
 - b) Neubildung der Gemeinde und Statutenberatung betr.
1849—1852.
 - c) Statuten von 1849, nebst notarieller Vollziehung.
 - d) Auszug aus einem undatierten Statut.
 - e) Statuten von 1856 mit späteren Korrekturen und An-
hang: Synagogen-Ordnung und Reglement für den
Friedhof.
 - f) 1857. 1873/4 Statutenänderung betr.
 4. Verzeichnisse der Gemeinde-Mitglieder 1847. 1858.
 5. Wahl der Gemeindevertreter 1850—1853.
 6. Dass. und Konstituierung der Gemeinde 1855—1878.
 7. Vereinzelt Protokolle von Gemeinde-Vorstands- und
Repräsentantenkonferenzen aus den Jahren 1821. 1822.
1831. 1832. 1844. 1859. 1870—1876. 1883—1886.
 8. Protokolle und Korrespondenzen, die Gemeindeverwal-
tung in allen Teilen betr. 1827. 1842. 1845. 1850—1868.
Repräsentanten- und Vorsteherwahlen.
Statuten.
Protokolle des Vorstands. Korrespondenz mit den
Repräsentanten.
Bestellungen der besoldeten Beamten.
Synagogenordnung.
Lithographie des Jüdischen Waisenhauses für West-
falen und die Rheinprovinz in Paderborn.
Reparaturbauten.
Marks-Haindorf-Stiftung zu Münster.
1850: Petition betr. Abschaffung des Judeneids.

¹⁾ S. C 5.

²⁾ Wie es scheint, kurze Auszüge aus einem nicht mehr vorhandenen Gemeinde-
buche.

- 1850: betr. Gründung einer Zentralbehörde für die jüdischen Gemeinden des preussischen Staates.¹⁾
1857 Mai 3: Erneuerung des Frauenvereins.
1863: Erwerbung des Strathmannschen Grundstücks betr.

B. Grundstücke und Bauten.

1. Berichtigung des Besitztitels des als Synagoge dienenden ehemals v. Wendtschen Freihofes betr. 1816/17. 1830.

Als Anlagen die älteren Besitzurkunden:

- 1705 Okt. 15: Bielefeld. Frantz Egon Freyherr von Wend, Herr zum Crassenstein, Assen und Möhler und Maria Christina Catharina Freyfrau von Wend zum Crassenstein p. verkaufen ein von dem Möhlerschen Hofe abgezweigtes, an die Klostermauer stossendes, seit langen Jahren von der Bielefeldschen Judenschaft als Wohnhaus und Synagoge gepachtetes Haus, nachdem der Bielefeldsche Schutzjude Wolf Joseph es im Vorjahre wieder aufgebaut hatte, an diesen und seine Ehefrau Enneken Marcus Spanger²⁾ mitsamt dem ganzen Platze und seinen adlichen Freiheiten und Gerechtigkeiten für 210 Taler und bestätigen den Empfang des Kaufpreises.
Or. Perg. mit aufgedr. Siegeln der Verkäufer und notarieller Beglaubigung.
- 1753 Nov. 14. Bielefeld. Der Schutzjude Berend Joseph verkauft den vorerwähnten, ihm erblich zugefallenen Freihof nebst der von seinem Grossvater Wolf Joseph auf ihm erbauten Synagoge, dem Wohnhaus und allen Gerechtigkeiten an seinen Stiefvater, den Aeltesten und Vorsteher der Judenschaft Nathan Spanier für 300 Rtlr. und bestätigt den Empfang des Kaufpreises.

¹⁾ S. Allgem. Zeitung des Judentums 73, 1909 S. 413.

²⁾ = Enneken Tochter des Marcus Spanier, wie weiter unten Fromet geb. Moses Schlesinger = Tochter des Moses Schlesinger.

Or. Pap. mit aufgedr. Siegel des Verkäufers, notarieller Bestätigung und hypothekarischer Beglaubigung.

- 1785 Aug. 24. Hypothekenschein für den Schutzjuden Nathan Moses Spanier über den von seinem Vater ererbten vorerwähnten Freihof.
- 1800 Apr. 29. Hypothekenschein für die Witwe des Judenschaftsvorstehers Nathan Spanier, Fromet geb. Moses Schlesinger über den von ihrem Sohne ererbten vorerwähnten Freihof.¹⁾
- 1809 Mai 17. Hypothekenbrief für die Judenschaft zu Bielefeld über den von der Witwe Nathan Abraham Spanier zu Berlin gekauften Synagogen-Freihof. Abschrift; nebst abschriftl. Anlage: Verkaufsinstrument vom 24. Juni 1800.

2. Badehaus betr. 1809.

3. Reparaturbauten am Badehaus und an der Synagoge 1817.

4. Synagogenbau

a) Generalakten 1829.²⁾ 1840. 1844—1850. 1857. 1858. 1862. 1863.

b) Einweihungsfeier 1847.

c) Status über Einnahmen und Ausgaben des Synagogenbaufonds bis 1849.

d) Belege über Ausgaben des Synagogenbaufonds bis 1849.

e) Belege zur Schlussrechnung des Synagogenbaufonds 1849—1857.

f) Revision der Rechnungen des Synagogenbaufonds und der Kirchweihe 1849. 1857.

¹⁾ Der Erbgang ist nach jüdischem Recht bezeugt, vom Vater auf den Sohn, von diesem auf die Geschwister, die aber zugunsten der Mutter verzichten. Die eine der Töchter war an den bekannten Literaten Saul Ascher in Berlin verheiratet, dessen Unterschrift sich in dem Aktenstück findet.

²⁾ Zirkular der Regierung zu Minden an die Landräte vom 26. Mai 1829 „dass Synagogen ohne Allerhöchste Genehmigung weder neu errichtet, noch in ein anderes Lokal verlegt werden dürfen; dass vorab die Kommunalbehörden darüber gehört werden müssen, ob etwas gegen eine solche Einrichtung oder Verlegung zu erinnern sei, und dass keinen Falls eine Synagoge in zu grosser Nähe bei einer christlichen Kirche angelegt werden darf, um keine Störung des Gottesdienstes in der letzteren zu befürchten.“ Der letzte Punkt ist gegenüber den von Rönne u. Simon, Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden des Preuss. Staates 1843 S. 77 f. veröffentlichten Reskripten über diese Materie neu.

- g) Ummauerung der Synagoge 1859/60.
- h) Ankauf eines Hauses für den Erweiterungsbau der Synagoge 1872—1875.
- 5. Bau des Schulgebäudes 1858.¹⁾
- 6. Bau einer Scheune 1858.
- 7. Vermietung von Gemeindegebäuden 1858—1876.
- 8. Einfahrtstor für den Friedhof betr. 1855.

C.

Finanzen.

- 1. Rendantursachen 1842—1845. 1875.
- 2. Steuersachen 1848—1868, mit Fehljahren.
1862 Okt. 19: Doppelte Steuerzahlung an zwei Orten des Wohnsitzes betr.
- 3. Beitragspflicht der zum Christentum übergetretenen Familie Wittgenstein zu den Kommunalbedürfnissen der Judenschaft 1835—1838.²⁾
- 4. Spenden, Schulgeld, Stellenmiete 1831—1832. 1838—1850 (Auszug). 1841—1843.
- 5. Kapitalaufnahmen:
 - a) Zwei Schuldbriefe der Judenschaft über je 200 von dem Waisenhaus zu Bielefeld aus der Neuhausischen Erbschaftsmasse entlehene Reichstaler. 1781 Mai 9. Nebst Abzahlungsquittung vom 9. Jan. 1818.
 - b) Schuldbrief der Judenschaft über 500 von Christian Arnold Woermann zu Bielefeld entlehene Rtlr. 1797 Febr. 1.
- 6. Auseinandersetzung über die gegenseitigen Forderungen und Leistungen zwischen der Provinzial- und der Stadtjudenschaft auf der einen, der Witwe Spanier auf der anderen Seite. 1800 Apr. 18.
- 7. Betr. ein der Colon a Lohmeyer zu Heepen auf Hypothek gegebenes Darlehen von 500 Rtlr. 1834—1845.
Darin: Testament des Bernd Salomon Friedmann, 1826.
- 8. Regulierung der durch den Neubau der Synagoge entstandenen Schulden 1850/51.
- 9. Amortisation der Gemeindeschulden 1859—1861.
Darin: die Wiederherstellung des Berend Friedemannschen Stiftungskapitals betr. 1860/61.

¹⁾ Die auf dem Umschlag notierten Zeichnungen fehlen.

²⁾ Vgl. A 1 unter dem J. 1836.

10. Kassenbuch 1835—1858.
11. Gemeindekasse, Jahresabrechnungen und Belege (Revisionsprotokolle, Haushaltetats, Repartition der Steuern, Ausgabe- und Einnahmenachweise) 1815—1890. Mit Fehljahren.
12. Schulkasse, Jahresrechnungen und Belege 1870—1877.

D. Kultus und Schule.

1. Personalia
 - a) Anstellung des Rabbiners und dessen Kompetenzen 1821. 1834.
 - b) Anstellung des Kirchendieners 1820.
 - c) Anstellung der Lehrer, Kantoren, Organisten, Diener 1828—1879.
Darin 1850: Grasmiete auf dem Friedhofe betr.
2. Synagogenordnung 1816—1858. 1877.
1833 März 18: Abschaffung des zweiten Feiertags betr.¹⁾
3. Benutzung des Kommunalfriedhofs betr. 1876.²⁾
4. Schulwesen, Generalia 1819—1896, mit Fehljahren.
5. Zuschuss aus dem Kämmereifonds zur jüdischen Schulkasse 1857.
6. Schuletats und Rechnungen 1865. 1866. 1869.
7. Auflösung der jüdischen Schule und Fürsorge für den Religionsunterricht betr. 1875/76.

E. Stiftungen und Vermächtnisse.

1. Das Jette Hornsche Legat 1831 f. 1843; nebst Vorakten.
2. Die David Meyersche milde Stiftung betr:
 - a) Generalia 1818—1864.
 - b) Rendant 1852—1856.
 - c) Rechnung über Einnahmen und Ausgaben 1834—1877.
 - d) Rechnungsbelege 1865—1872. 1877.

¹⁾ Publicandum des Landrabbiners für das Herzogtum Westphalen J. Friedländer in Brilon, Druck, von dem „Obervorsteher“ L. L. Hellwitz in Soest (vgl. S. 43 f.) dem Vorstand der Gemeinde Bielefeld mitgeteilt „um Ihnen einen Beweis zu geben, wie sehr mir das Wohl meiner Glaubensgenossen am Herzen liegt.“ Zur Beurteilung vgl. S. 49 und 52.

²⁾ Darin dieselbe Frage für O s n a b r ü c k.

Betr. das Vermächtnis der Eheleute Berend Itzigsohn zu Petershagen von 1822 s. D 1a.

Betr. das Vermächtnis des Berend Salomon Friedmann von 1826 s. B 7.

F. Unterstützungen.

1. Subskriptionen 1826. 1840.
2. Sammlung für Schule und Krankenhaus in Jerusalem 1843.
3. Unterstützung der Bachmannschen Kinder 1845—1850.

G. Literalien.

Akten-Inventar der Synagogen-Gemeinde Burgsteinfurt und ihrer Untergemeinden.

Das Privileg von 1763 (A 1) bezeichnet die Grundlage der älteren Gemeindebildung, von deren Wirksamkeit sonst nur noch die Schulakten (D 3. 4) zeugen. Auf Grund des Gesetzes von 1847 wurde Burgsteinfurt Hauptgemeinde eines Synagogenbezirks (Statuten von 1854 A 3), welchem noch die Untergemeinden *Rheine* (zu einer selbständigen Gemeinde erhoben im Jahre 1884) *Borghorst*, *Horstmar*, *Laer*, *Ochtrup* und *Metelen*, nach einem Zeugnis von 1893 auch *Altenberge*¹⁾ angehören. Über die eigene Verwaltung der Untergemeinden gibt das Verzeichnis Aufschluss. Die Akten des Bezirks und der Einzelgemeinden laufen vielfach durcheinander, liessen sich also nicht trennen. Besonders fallen die Akten der Hauptgemeinde, als Trägerin der Bezirksverwaltung, mit den Akten des Bezirks vielfach zusammen. Die Sonderakten sind also nicht hervorgehoben.

Literatur: J. C. Müller, Geschichte der vormaligen Grafschaft Bentheim, Lingen 1879.

¹⁾ Nach einer Mitteilung des Gemeindevorstands hat in Altenberge nur in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine inzwischen wieder verzogene jüdische Familie gewohnt.

A. Organisation und allgemeine Verwaltung.

1. 1763 März 14: Carl Paul Ernst, regierender Graf zu Bentheim usw. erteilt der Judenschaft in Steinfurt gegen Erlegung einer zur Hälfte auf unablösbaren Zins gestellten Summe von 2000 Tlrn. für ewige Zeiten das Recht, eine von ihm selbst zu erbauende Synagoge zu besitzen, einen Vorsteher zu wählen und einen Rabbiner zu halten (begl. Abschr. von 1840).
2. Organisation der Gemeindebezirksverwaltung und Verhandlungen über die Statuten 1854—1872. 1875/76.
 1854. 1856: Portofreiheit betr.
 - 1862/63: Beitragspflicht und Statutenänderung betr.
 - 1863: Kommission zur Kontrollierung der Verwaltung des Vorstands.
 1868. 1872: Abzweigung der Untergemeinde Rheine betr.
 - 1875: Überblick über die Institutionen und Vermögensverhältnisse der Haupt- und der Untergemeinden.
 - 1875: Stempel- und Gerichtskostenfreiheit der Synagogen-Gemeinde betr.
3. Statuten des Synagogenbezirks 1854.
4. Wahl und Einführung der Vorsteher und Repräsentanten 1854—1871. 1882. 1888. 1893.

Darin:

 - 1848 März 18: Reskript, Vereinigung sämtlicher im Kreise Steinfurt wohnenden Juden zu einer Gemeinde betr.
 - 1854: Statutenentwürfe und Vorstandsprotokolle, Verzeichnisse der Wahlfähigen.
5. Gemeinsame Verhandlungen und Korrespondenzen des Vorstands und der Repräsentanten 1856—1896.
6. Verhandlungen und Korrespondenzen des Vorstands 1860 bis 1864. 1877—1904.
7. Verhandlungen und Korrespondenzen der Repräsentanten 1871—1884.

Darin vereinzelt Vorstandsverhandlungen.

8. Untergemeinden:
- a) **Stadt Burgsteinfurt**, Synagogen- und Verwaltungsordnung 1856.
 - b) **Rheine**, inkl. Neuenkirchen und Emsdetten, 1856 bis 1873: Synagogen- und Verwaltungsordnung betr. 1873. 1884. 1886: Trennung von dem Synagogenbezirk betr.
 - c) **Horstmar**, Synagogen- und Verwaltungsordnung betr. 1888/89.
 - d) **Ochtrup**, dass. und Vorsteherwahl 1890—1904.
 - e) **Laer**, Vorsteherwahl 1879.

B. Grundstücke und Bauten.

Stadt Burgsteinfurt.

- 1. Regulierung der Besitzverhältnisse des Synagogengrundstücks betr. 1851. 1861.
- 2. Grundstückeaustausch zwischen der Synagogen-Gemeinde Burgsteinfurt und dem fürstlichen Hause Bentheim 1862 bis 1870.
Darin:
Vertrag betr. Abzahlung des dem fürstlichen Hause schuldigen Kapitals von 1000 Tln., 1869 März 19.
- 3. Einrichtung des Sitzungslokals für die Gemeindevertreter 1855/56.
- 4. Synagoge in Burgsteinfurt.
 - a) Bauten 1858—1868. 1884—1904.
 - b) Vermietung der Sitze 1856—1880.
- 5. Überlassung eines Platzes der Synagogen-Gemeinde an die Schul-Gemeinde zum Bau einer Schule 1886—1888.
- 6. Herstellung einer Wohnung aus dem ehemaligen Schullokal 1892.
- 7. Anlage des neuen Friedhofs 1883—1888.
- 8. Vermietung von Gemeindegebäuden und Grundstücken 1885—1903.

Horstmar.

- 9. Reparaturen an der Synagoge 1887/88.

Ochtrup.

- 10. Synagoge, Miete und Bau 1896—1899. 1903.

Metelen.

11. Grundbesitzauseinandersetzung zwischen der Synagogengemeinde und der Stadt 1904/05.

C. Finanz- und Rechnungswesen.¹⁾

1. Rendant 1856—1869. 1893—1905.
2. Etats 1855—1898.
3. Heberollen 1856—1892.
4. Umlage der Einkommensteuer 1878/79 und Spezial-Etat für Rheine 1879/80—1884/85.
5. Beiträge zum Gehalt des Oberrabbiners 1857—1869.
6. Ausgabeanweisungen 1871—1874.
7. Kontrolle über Einnahmen und Ausgaben der Synagogengemeinde Stadt und Bezirk Burgsteinfurt 1856—1869.
8. Jahresabschlüsse und Belege 1856—1905.
9. Dass. der Hauptgemeinde Burgsteinfurt 1852/53. 1867. 1871—1905.
10. Dass. der Untergemeinden 1856—1867.
11. Etats und Heberollen aus den einzelnen Untergemeinden
 - a) Horstmar 1858—1861. 1871—1905, Etats 1886—1904.
 - b) Rheine 1858—1861. 1871—1872, Etats und Heberollen 1872—1876.
 - c) Borghorst 1858—1861. 1864. 1871—1892. Etats 1886 bis 1904.
 - d) Laer nebst Etats und Heberollen, 1867—1906, mit vielen Fehlstücken.
 - e) Ochtrup Hebeliste 1872. 1891/92. 1894/99. 1903/04.
12. Anleihen 1869—1892.
13. Spendenkasse²⁾ der Hauptgemeinde Burgsteinfurt 1864/65. 1872—1906.
14. Kontrolle der Spendenkasse 1856—1900.

Darin: Statuten der Spendenkasse, o. J.
15. Spendenkasse der Untergemeinde Borghorst 1855 bis 1881.
16. Korrespondenzen, Zirkulare usw. betr. Heberollen, Steuer- und Kassenwesen 1855/56. 1870—1905.

¹⁾ Soweit nichts Besonderes angegeben ist, gelten die Titel für die Bezirks-gemeinde.

²⁾ Bestimmt zur Armenunterstützung.

D. Kultus- und Schulwesen.

1. Kultusbeamte 1872—1905.
2. Synagogen- und Gebetordnung 1837—1896.
3. Beitreibung der Schulbeiträge, Rechtsstellung und Verwaltung der Schule 1836—1845.¹⁾
 - 1841: Erhebung der Schule zu einer öffentlichen.
 - 1845: Synagogenvorstand als Schulvorstand.
4. Akta des Schulvorstands 1846—1893.
 - 1857: Verwendung von ersparten Schulgeldern zu Synagogenbauten.
 - 1870: Die öffentliche jüdische Schule zu Burgsteinfurt und die jüdische Privatschule zu Rheine werden der Inspektion des Direktors der jüd. Lehrerbildungsanstalt in Münster unterstellt.
 - 1893: Religionsunterricht am Gymnasium betr.
5. Personalia der Lehrer 1851—1869.
 - 1858: Anstellung eines Lehrers und Kantors in Borghorst.
 - 1859: Dass. in Rheine.
 - 1862: Herstellung des Frauenbads.
 - 1862—1865: Vorsteher in Laer, Borghorst und Rheine, Rendant in Laer.
 - 1863: Hundertjähriges Jubiläum der Gemeinde.
6. Schule zu Rheine 1872—1876.

E. Varia.

1. Waisenversorgung 1868—70.
2. Mitgliedschaft am Verband der deutschen Juden, am Verein zur Wahrung der religiösen Interessen des Judentums in der Provinz Westfalen u. a. Verbänden.
3. Literalia
 - darunter:
 - Borghorst 1885: Stättegeld betr.
 - 1895: ein schuldiges Darlehen betr.

¹⁾ Im Zusammenhang mit einer Ablehnung des Verlangens, das Schulgeld durch den Kommunalempfänger erheben zu lassen, lehnt der Minister der geistl. etc. Angelegenheiten am 19. Okt. 1836 ab, einen Gemeindebeschluss zu bestätigen, nach welchem bei Eintritt in den Gemeindeverband Eintrittsgelder für die Benutzung der Gemeindegeldstellen zu zahlen seien.

Akten-Inventar der Synagogen-Gemeinde Soest.

Über die Vorgeschichte und Frühgeschichte der Gemeinde s. die Anlagen. Das älteste Aktenstück ist die Familienliste von 1816 (A 9). Aus demselben Jahre stammt ein Aktenblatt in B 2 b, aus dem Jahre 1819 in B 2 a, beide die Synagoge betreffend. Erst in den zwanziger Jahren, wesentlich seit 1827 unter dem Einfluss von Hellwitz (s. S. 43 ff.), beginnt die geschlossene Aktenführung.

Mit ihren Nachrichten gehen die Akten bis über das Jahr 1793 zurück (s. S. 43).

Die Juden in Soest gehörten zum Landjudenschaftsverband der Grafschaft Mark, welcher in den Soester Akten zuletzt 1816, u. z. mit Soest als Sitz des Obervorstehers, erwähnt wird (S. 43).

Entsprechend der alten politischen, später administrativen Zugehörigkeit der s. g. Börde, d. h. der Niederung um Soest zur Stadt Soest, gehörten die Juden in den Dörfern der Börde stets zu der jüdischen Stadtgemeinde.

Filialgemeinde ist Körbecke (B 8).

Im Stadtarchiv sind nach einer auf den Stadtarchivar Herrn Professo Vogeler zurückgehenden freundlichen Auskunft des Magistrats Akten zur Geschichte der Juden nicht vorhanden, nur zerstreute Nachrichten, die Vogeler an dem unten bezeichneten Orte veröffentlicht hat.

Literatur: Zeitschrift des Vereins f. d. Geschichte von Soest u. der Börde 1881 2 ff., besonders im ersten Jahrgange S. 69—77: H. Vogeler, Einiges über die rechtliche und soziale Stellung der Soester Juden in alter Zeit. Von demselben gelegentlich in anderen Jahrgängen, vgl. Generalindex in Jahrgang 23 s. v. Juden. A. Lewinsky s. v. Soest in The Jewish Encyclopedia, mit Quellen- u. Literaturangaben, die hier nicht wiederholt werden. A. Geck, Topographisch-historisch-statistische Beschreibung der Stadt Soest u. der Soester Börde. Soest 1825 (darin S. 109 u. 261—263 über die Juden). Barthold, Soest, die Stadt der Engern. Soest 1855, mit älterer Literatur (S. 354 f.). Vogeler, in der von A. Meister herausgegebenen Festschrift: Die Grafschaft Mark, 1909.

A. Organisation und allgemeine Verwaltung.

1. Entwürfe einer Gemeinde- und Synagogen-Ordnung und einer Ordnung des Gottesdienstes. 1828.¹⁾

¹⁾ Paginiert S. 46—60. 65—73. Das Faszikel, aus welchem die Seiten herausgelöst sind, ist nicht mehr vorhanden.

- Abschriftlich, mit den Änderungen eines späteren Entwurfs, ohne Datum.
2. Gemeindebildung und Statuten betr. 1833—1834.
Darin abschriftlich die S. 50 erwähnten Reskripte und Eingaben von 1822. 1828. 1829.
 3. Statuten von 1835 ^{Mai 27.}/_{Sept. 17.} Dazu:
1835 Sept. 19: Nachtrag, Lostrennung vom Landrabbinat zu Münster betr.
1846 Okt. 6: Modifikation und Bestätigung durch die Regierung.
 4. Dass. in Abschriften und
 - a) Anerkennung der Statuten und Zugehörigkeit zur Gemeinde betr. 1835—1843.
 - b) Bestätigung durch die Regierung betr. 1841. 1846.
 5. Einteilung des Synagogen-Bezirks betr. 1848.
Darin Liste der selbständigen volljährigen Männer.
 6. Erteilung von Korporations-Rechten betr.,
 - a) Polemik in der Elberfelder Zeitung, die Vorberatungen zur Organisation der neuen Gemeindeverbände betr. 1847/48.
 - b) Eingabe des Obervorstehers Hellwitz an die Präsidenten der Kammern und mehrere Abgeordnete, die Garantie der Korporations-Rechte in der Verfassung betr. 1849; mit Anlage:
betr. Gesuch des Gemeinde-Vorstands zu Höxter um Einsetzung in die früher erworbenen und besessenen Korporations-Rechte 1851.
 - c) Kollektiveingabe der rheinisch-westfälischen Gemeinden an das Staatsministerium betr. 1850—1851.
 - d) Petitionen an die 2. Kammer des Landtags und an die Regierung, die Vorbereitungen zu Erteilungen der Körperschaftsrechte betr. 1854¹⁾.
 7. Statuten von 1855 Nov. 1 (Nov. 16) u. Synagogenordnung vom 17. Nov. 1856 (11. März 1857).
 8. Aufnahme in den Gemeinde-Verband und die Antrittsgelder betr. 1827—1833. 1844—1854.
Darin: S. 32 über den Rechtscharakter der Gemeinde.

¹⁾ Vgl. Anlage III.

9. Personenstandsbeurkundung betr. (Synagogen-Buch) 1816. 1826—1832.
10. Wahl und Pflichten der Vorsteher betr. 1825—33 und 1845. 1835—1849. 1850—1855.
11. Wahl der Vorsteher und Repräsentanten 1881—1888.
12. Journalbuch des Vorsteheramts 1827—1856.
13. Kopialbuch der vom Vorstand an das Kantorat gerichteten Verordnungen 1828—1846. 1856.
Darin einiges über die Ordnung des Gottesdienstes.
In 12 u. 13 über den Rechtscharakter und die Rechtsbefugnisse der Gemeinde.
14. Vorstand gegen J. J. Eltzbacher, Ausschluss aus der Gemeinde wegen statutenwidrigen Verhaltens 1851/52.
15. Vorstand gegen Ph. Stern wegen Beleidigung 1851—1854.
16. Filialgemeinde **Körbecke**
 - a) Etat 1858. 1859.
 - b) Vorsteherwahl 1856.
 - c) Abschrift des Statuts von 1855 (nr. 7).
 - d) Verzeichnis der von den zu Körbecke wohnenden Juden zu zahlenden Klassensteuern, 1856.

B. Grundstücke und Bauten.¹⁾

1. Inventare 1828/29. 1829—1833. 1831. 1835—42. 1845.
In fasc. 2: Anlage eines Archivs betr. 1831/32.
2. Synagoge
 - a) Kauf des Platzes (1819) und Ablösung einer übernommenen Grundrente (1845/6).
 - b) Reparaturbauten, zugleich am Schulhause 1816 bis 1839. 1850.
Darin: Bemerkungen über die ältere Gemeindegeschichte.
 - c) Feuerversicherung 1835—1845.
 - d) Vergrößerungsbau 1881—1882.
Darin: Repräsentantenprotokoll über Geldanleihe 1881.
 - e) Geldanleihe für den Vergrößerungsbau 1881.
 - f) Beschaffung einer neuen Orgel 1888/89.

¹⁾ Vgl. C. 3.

- g) Verpachtung von Synagogenplätzen 1827—1832. 1835 bis 1845. 1845—1868.
Darin: Vereinzelt über Verpachtung von Gemeinde- Gebäuden und -Grundstücken.
- h) Prozesse, Besitzrechte an Synagogenplätzen betr. 1847 bis 1849. 1870—71. 1874. 1875.
In fasc. 1847/48,
1822: Protokoll, Anordnung der Synagogen-Stätten in der neuen Synagoge betr.
1807: Ehepakten des Jacob Herz in Soest (Übersetzung von 1847).
1846/47: über die nach dem Vorbilde der Berliner Genossenschaft für Reform im Judentum durchgeführten Kult-Änderungen.
3. Ankauf des Hauses Osthofenstrasse nr. 589 durch Herz Stern namens der israelitischen Gemeinde. 1828.
4. Gemeindebauten 1836 (1828)—1855.
5. Schulhaus:
a) Reparatur und Verpachtung 1845—1855.
Darin: über Reparaturbauten auf dem Totenhof.
b) Bau eines neuen Schulgebäudes 1857—1858.
c) Auslosung der Schulhaus-Bauaktien 1858—1868.
d) Heizung des Schullokal 1855—1857.
6. Totenhof 1832—1855.¹⁾
Darin: Betr. den Rechtscharakter der Gemeinde und die Eintragung von Grundbesitz 1840. 1845. 1847.
7. Gartenverpachtung 1885.²⁾
8. Aufgebot der Synagogen-Grundstücke zu Körbecke zum Zwecke der Besitztitelberichtigung 1901.³⁾

C.

Finanzwesen.

1. Steuerwesen
a) Synagogen- und Schulsteuer 1829—1850. 1850—1854.
Verteilungspläne, Pläne des Jahresverbrauchs, Hebequittungen, Nachweise der Verwaltungskosten.

¹⁾ Vgl. B 5a.

²⁾ Vgl. B 2h.

³⁾ Die Gemeinde gehört als Filiale zu der von Soest. Ihre Synagoge steht seit über 30 Jahren auf einem ihr nicht gehörigen Grundstücke, dessen Besitzer tot sind. Erben sind unbekannt. Daher will die Gemeinde sich als Besitzerin eintragen lassen.

- b) Schulsteuer 1829—1850. 1851—1854.
 - c) Rückstände von Steuern und anderen Leistungen 1844 bis 1856.
 - Darin: Eintritt in die Gemeinde und Austritt aus der Gemeinde betr. 1844—1847.
 - 1847: Verweigerung des üblichen Eintrittsgeldes auf Grund des Gesetzes vom 23. Juli 1847.
 - d) Klagen wegen rückständiger Synagogen- und Schulsteuern, Gelübdegelder und Stättemieten.
 - Ein Sammelfaszikel (1855) und 5 Spezialfaszikel (1851 bis 1855. 1855—1857).
 - e) Spezialrepartition zur Aufbringung des rückständigen Gehalts für Kantor und Lehrer Gans 1835.
2. Rendantur, Personalia und Verwaltung 1833—1856.
3. Beurkundung von Schenkungen und Besitzrechten 1827 bis 1861
- u. a.:
 - 1832: Beurkundung über ein 1793 von Elias Simon für Kultuszwecke geschenktes Kapital.
 - 1845: Ablösung der für das Soester Waisenhaus auf dem Synagogengrundstück ruhenden Jahresrente von 14 Stübern.
 - 1845: Ablösung der für die Thomaskirche auf dem Schulhause lastenden Rente.
 - 1847. 1858: betr. Umschreibung der Besitztitel auf die Gemeinde.
4. Kapitalien der Gemeinde 1845—1853.
 - 1848: Abtragung einer 1820 zum Synagogenbau geliehenen Summe von 1000 Tln. betr.
5. Einigung zwischen dem Vorstand und dem K. Borggräfe, eine Schuldforderung an die Witwe M. Wilzig betr. 1906.
6. Rechnungswesen
- a) Gemeinde-Kasse, Jahresrechnungen nebst Rechnungsbelegen, Revisionsprotokollen, Hebelisten und Listen über Gelübdegelder, Verpachtungen der Synagogensitze und Schulgelder. Mit Fehlstücken im einzelnen. 1827—1904/5.
 - 55 Fascikel mit Fehljahren: 1832/3. 1862. 1863. 1868. 1877/78. 1881/82. 1889/90—1894/95.

- b) Ergänzung des Vorhergehenden, Rechnungsrevisionen für 1837—42. 1843—48.
Darin: Rechnungen für 1839—1840. 1843—46. 1848. Rechnungsbelege, Hebelisten und Stättevermietungslisten für 1844—1846.
Schenkungsbrief der Witwe Herz Stern geb. Eltzbacher vom 9. Apr. 1845 (nr. 18).
Verzeichnis der angelegten Gemeindegapitalien (nr. 22). Betr. die auf der Synagoge haftende Ablösungsrente (nr. 63). Ankauf einer Paderborner Schulden-tilgungsobligation von 500 Rtlr. (nr. 67. 71).
- c) Schulkasse, Jahres-Rechnungen nebst Belegen und Revisions-Protokollen 1830/31. 1832/33. 1835/6—1847. 1848.¹⁾
- d) Armen-Kasse, Rechnungen und Belege 1848—1855.²⁾

D. Kultus- und Schulwesen.

1. Personalia:

- a) Prediger Hellwitz 1833—1835. 1833—1846.
- b) Landrabbiner Sutro zu Münster, Beiträge zu seinem Gehalt betr. 1833 (1815).
- c) Landrabbiner Friedländer zu Brilon, Korrespondenz mit ihm und seinen Söhnen 1832—1850.
Darin viel über Reformgesellschaft in Berlin, Rabbiner-Versammlungen, Reform in Münster. Korrespondenz, die Prozesssache des Landrabbiners um die iura stolae betr.
- d) Lehrer, Vorsänger und Schächter betr. 1822—1833. 1835—1851. 1887.
1822: Erwählung einer Kommission zur Einteilung der Beiträge zum Gehalt des Lehrers und zur Zinsabtragung der für den Kirchenbau aufgenommenen Kapitalien betr.
1828: erwähnt Schulreglement vom 28. Mai 1828.
1835: Wiedervereinigung der beiden getrennten Schulen betr.
- e) Kantor und Lehrer Cossmann betr. 1835—1836.

¹⁾ Schulkasse zu Münster s. unter F 4.

²⁾ Von 1855 s. unter 6a.

- f) Lehrer und Kantor Lehmann betr. 1840—1845. 1844.
Darin Beiträge zur Reformbewegung.
- g) Kantor und Lehrer, Wahl und Pflichten 1849—1858.
- h) Strafsache gegen den Gemeindegewaltigen wegen Übertretung der Schlachthausordnung 1900.¹⁾
- i) Synagogen-Diener, Wahl und Pflichten 1822—1833.
2. Kultus:
- a) Synagogen- und Gebetsordnung 1827—1847. 1832. 1835—1854. 1856/57.
In Fasc. 1
Liste der Beiträge für den Oberrabbiner Sutro.
In Fasc. 3
1836: Abänderung der Totengebete.
1837: Gutachten des Landrabbiners Friedländer zu Brilon über das Schofarblasen.
1847: Dass. desselben und des Dr. Salomon-Hamburg über Beten mit unbedecktem Haupte.
1847: Bemerkung S. 191: dass sich der grösste Teil der Mitglieder der Berliner Reform-Genossenschaft angeschlossen habe.
- b) Konfirmation 1832—1836.
Darin Verzeichnis der Geburten, Konfirmationen und Sterbefälle 1832 Jan.—Juni.
- c) Trauungen 1837—1847. 1855.
- d) Beerdigungswesen 1836—1856.
3. Schule
- a) Lehrereinrichtung, Anschaffungen, Inventare 1827 bis 1855.
- b) Verwaltung im allgemeinen 1827—1833. 1835—1856. 1844—1852. 1852. 1879—1889.
Darin auch Personalien.
1849: Beaufsichtigung durch die städtische Schulkommission betr.
1850. 1851: Übersichten über den Schulbesuch.
1851: Religionsunterricht auf dem Gymnasium betr.
1882: Abgelehnte Übernahme der jüdischen Schule durch die Stadt betr.
1883: Städtischen Beitrag zur jüd. Schule betr.
1889: Staatlichen Beitrag zur jüd. Schule betr.

¹⁾ Hängt mit der zeitlichen Beschränkung des rituellen Schlachtens zusammen.

E. Armenfürsorge.

1. Kollekten 1829—1856.
2. Armenunterstützung 1830—1854.
u. a.: betr. Nebeneinander der christlichen und der jüdischen Armenverwaltung.¹⁾
1831 März 21: eine Predigt des Obervorstehers und Predigers Hellwitz.
1831 März 12: betr. Zugehörigkeit der Juden zur allgemeinen Armenkasse.
1846 Mai 27: Stiftung einer Armenkasse. Statuten.
1847: Hauptmann Beyer und der Verwalter des Nachlasses des Frl. v. Boineberg machen der israelitischen Armenkasse Zuwendungen.
3. Sammlungen für die Juden in Jerusalem und ihre Zuwendungen an den Lehrerbildungsverein zu Münster²⁾ (F 4) 1843. 1853—1854.

F. Vereine.

1. Fromme Wohltätigkeits-Gesellschaft (Chebra) 1829 bis 1845.
2. Synagogen-Gesang-Verein 1845 (1842)—1867. 1880—1883.
3. Frauen- und Jungfrauen-Verein zur Aushilfe der Armen 1847.
Darin: Vereinigung mit dem katholischen Frauen- und Jungfrauen-Verein betr.
4. Verein zur Bildung von Elementarlehrern und Beförderung von Handwerken und Künsten unter den Israeliten in der Rheinprovinz und Westfalen.
Aa. des Hauptgeschäftsführers des Vereins für den Kreis Soest und das Herzogtum Westfalen, Obervorsteher Hellwitz.
a) Beiträge betr. 1830—1850. 1832—1856. 1851—1854.
b) Korrespondenz mit dem Verein und den Verein betr. 1832—1848. 1833—1835. 1834—1841. 1842—1847.
1885—1891.

¹⁾ 1831 in Soest kein Armenfonds, kein Armenvorstand, keine Arme. Dabei Notizen über die ältere Geschichte der Gemeinde.

²⁾ Gesammelt für ein nicht zustande gekommenes Hospital.

In Fasc. 1. 1840: betr. Verbreitung des Ackerbaues unter den Juden.

In Fasc. 4 1847 Apr. 13: Eingabe des Obervorstehers Hellwitz an die Ständeversammlung, die Gemeindemitglieder zur Anerkennung seiner kulturellen Reformen¹⁾ zu zwingen.

1847 Apr. 14: Eingabe der Israeliten zu Soest an die Ständeversammlung, die bürgerliche Gleichstellung betr.

G.

Varia.

1. 1827—1833.

Darin:

1830: Verzeichnis der israel. Dienstboten zu Soest.

1830. 1831: Rabbinische Gutachten betr. den früheren Beginn der siebentägigen Trauerzeit und die frühere Leichenreinigung.

1832: Den zum neuen Totenhofe angekauften Garten betr.

1833: Verzeichnis der zum Gehalt des Landrabbiners in Soest, Sassendorf und Ampen Beitragenden.

2. 1881—1904.

Darin: Verzeichnis der Verstorbenen 1883—1898.

A n l a g e n.

Die Notizenbündel, die sich gemeinhin als Geschichten jüdischer Gemeinden geben, lassen besonders ein Verständnis für die Fragen des Aufbaus der Gemeinde sowohl nach der Seite ihres Mitgliederbestandes wie ihrer Organisation vermessen.

In Preussen bedeutet die Zeit von 1812 bis 1847 bzw. 1851 sowohl für die sich neubildenden wie für die seit alters bestehenden Gemeinden eine Epoche schwerer Kämpfe. Die alten Grundlagen des Gemeindelebens lösten sich auf. Die Übergangsverhältnisse von dem alten Schutzjudenverbände zu der spät erreichten Rechtskörperschaft entzogen oder versagten vielen Gemeinden die Mittel, sich zu konsolidieren. Unter dem Druck der durch den kulturellen Fort-

¹⁾ Orgel, deutsches Gebetbuch, Entblössung des Hauptes.

schritt dringend gebotenen grösseren Aufwendungen für das Schulwesen, das Bauwesen, die Kranken- und Armenfürsorge zerfiel der Verband um so leichter, als die Gemeinde nicht die Mittel hatte, ihre Mitglieder an sich zu binden. Steigerte sich der Druck in den alten Gemeinden oft noch durch die Ablösung alter, in nicht mehr bestehenden Verpflichtungen des öffentlichen Rechts begründeter Schuldverpflichtungen¹⁾, so kam in den sich neubildenden Gemeinden bei dem Mangel jeder rechtlichen Bindung noch der Mangel einer Tradition erschwerend hinzu. Dieser schwere und verwickelte Prozess der Gemeindebildung und ihres inneren Ausbaus lässt sich in der Frühgeschichte der Gemeinde Soest mit selten erreichbarer Deutlichkeit verfolgen. Es kommt mit Bezug auf die Vielseitigkeit und die Intensität der Bestrebungen viel, vor allem auch die Persönlichkeit des Leiters der Gemeinde, die in das Licht der Geschichte gerückt zu werden verdient, hinzu, um die Entwicklung in Soest als ein Musterbeispiel erscheinen zu lassen.²⁾

Wir müssen drei Fragen unterscheiden: den Aufbau der Gemeinde Soest nach ihrem Mitgliederbestande; die Organisation der Gemeinde Soest vor Erlangung der Körperschaftsrechte; die Bestrebungen um Erlangung der Körperschaftsrechte.

I.

Der Aufbau der Gemeinde nach ihrem Mitgliederbestande.

Ich verfolge diese Frage nur bis zum Jahre 1854, dem Jahre vor dem endgültigen Abschluss der Gemeindebildung, und gebe zunächst die Jahressummen der selbständigen steuernden Familien:

1807 : 2	1835 : 21	1842 : 23	1848 : 37
1816 : 12	1837 : 19	1843 : 26	1849 : 39
1822 : 14	1838 : 20	1844 : 26	1850 : 38
1826 : 15	1839 : 21	1845 : 31	1851 : 38
1829 : 20	1840 : 22	1846 : 33	1852 : 40
1830 : 22	1841 : 22	1847 : 35	1853 : 38
			1854 : 38 + 5 neue

am Jahresende.

Diese ärmlichen Zahlen scheinen kaum zum Nachdenken zu reizen. Sie enthalten auch, von den ersten beiden Zahlengruppen

¹⁾ Das fehlt auch in Soest nicht, s. C 3 1845.

²⁾ Das gilt auch für die nicht leichte Ausnutzung der Akten. Der Stoff ist ganz zerrissen und oft an Stellen versteckt, an denen man ihn nicht vermuten kann.

abgesehen, geschichtlich nichts, was man als Besonderheit ansehen könnte. Aber gerade dies wäre verkehrt, das Interesse von der erwarteten Besonderheit bestimmen zu lassen. Die Frage nach der Entwicklung des Personenbestandes muss für die Geschichte jeder Gemeinde im Vordergrund stehen. Sie erschöpft sich aber nicht in den Summen der Familien oder Seelen, auch nicht in den Zahlenreihen, mit welchen der Statistiker gewöhnlich gesellschaftliche Schichtungen zu erfassen und zu umschreiben sucht (Gebürtigkeit, Altersaufbau, Geschlecht, Familienstand, Beruf usw.), sondern muss den ganzen Prozess der Gemeindebildung und ihrer Entwicklung nach den Anlässen und Bedingungen, vornehmlich den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, des Zuzugs und der natürlichen Vermehrung bis ins einzelne geschichtlich zu erfassen suchen.

Diesen Fragen soll in diesen „Mitteilungen“ künftighin nach zwei Richtungen besonderes Interesse zugewendet werden. Erstens soll — entsprechend den verschiedenen Möglichkeiten, welche das Aktenmaterial der einzelnen Gemeinden bietet, an verschiedenen Beispielen — versucht werden, die Fragen nach den verschiedenen Seiten zu entwickeln; und zweitens kann und soll zugleich gerade an Fragen dieser Art gezeigt werden, wie die Akten auszubeuten sind. Die Akten jüdischer Gemeinden werden oft im Vergleich mit den staatlichen und städtischen, soweit diese Nachrichten zur jüdischen Geschichte enthalten, als minderwertig erachtet. Mit Unrecht. Diese drei Gruppen ergänzen sich ihrem Inhalte nach so, dass keine entbehrlich ist. Und in den Akten der jüdischen Gemeinden liegen meist unter den Titeln, die am wenigsten ein an Ritualmordmärchen und Judenverbrennungen, an Memorbüchern und Hoffaktorenpatenten gross gewordenen Interesse zu reizen vermögen, in gelegentlichen Bemerkungen oder, wie in den Steuerlisten und Rechnungsbüchern, im ganzen die Materialien, welche die Unentbehrlichkeit dieser Akten bestimmen.

Für Soest erlaubt das Material nur wenige Fragen.

Die Judensiedelung in Soest ist von der Zeit an, da sie, um 1250, zuerst nachweisbar ist¹⁾, niemals unterbrochen worden, aber fünf Jahrhunderte hindurch, bis 1807, auf den Bestand von 2 Familien beschränkt gewesen²⁾. Ein in dem Faszikel Soest A 9 erhaltenes Ver-

¹⁾ Hoeniger-Stern, Das Judenschreibsbuch der Laurenzpfarre zu Köln (Quellen z. Gesch. d. Juden in Deutschland Bd. I) Berlin 1888 S. 38. 40. 56. 73. Vgl. auch A. Lewinsky, Art. Soest in der Jewish Encyclopedia.

²⁾ Gierse, Die Geschichte der Juden in Westfalen während des Mittelalters, o. J. S. 25 u. Lewinsky a. a. O. nehmen an, diese Beschränkung sei erst eingetreten, als der

zeichnis der Soester Juden aus dem Jahre 1816¹⁾ ermöglicht, die Begründung der neuen Verhältnisse zu erkennen. Das Verzeichnis enthält die Rubrik: „Ob er vor oder nach 1807 sich im Lande etabliert und auf welchem Grunde“ und nennt nur 2 Juden aus der Zeit vor 1807, von diesen nur einen, Marcus Elias, als in Soest gebürtig (1768), während der andere, Jacob Herz, aus Buderich bei Werl, also aus dem Herzogtum Westfalen stammte. Beide wohnten in Soest auf der Grundlage des ordinären Schutzes und stellen nach diesem Verzeichnis und nach einer Bemerkung, die sich in einer sofort zu nennenden Eingabe aus dem Jahre 1819 findet, den althergebrachten Bestand an Juden in Soest dar.

Das Verzeichnis aus dem Jahre 1816 nennt weiter 10 jüdische Familienhäupter, die erst nach 1807 hinzugezogen sind. Soest öffnete sich also für den unbeschränkten Zuzug von Juden erst in der französischen Zeit.²⁾ Das Jahr des Zuzugs ist leider nicht angegeben, aber man hat ein Anzeichen, aus dem man erschliessen kann, ob er noch in die französische oder bereits in die neue preussische Zeit fällt. Die Zuzugsangaben enthalten nämlich in sechs Fällen den Zusatz „von der Präfectur“, in drei Fällen „als Eingeborener etablirt“; in einem Falle, bei dem Namen des Doktor med. Samson Marcus, fehlt jeder Zusatz. Die Ansetzung durch die Präfectur weist unzweideutig auf die französische Zeit hin; ebenso unzweideutig die Notiz „als Eingeborener etablirt“ auf das Staats- und Stadtbürgerrecht der neuen preussischen Zeit. Der Charakter des Zuzugs lässt sich noch näher dadurch bestimmen, dass von den drei in der preussischen Zeit

Judenschutz von dem Kölner Erzbischof auf die Stadt übergang, nach Gierse in der Zeit der Soester Fehde (1444—1447). Auch Lewinsky scheint an diese Zeit und den Übergang Soests in den Schutz der Grafen von Cleve-Mark zu denken, da er die grössere Ansiedlung noch die Zeit des schwarzen Todes (1348) überdauern lässt. Das ist abzulehnen. Das Herauswachsen der Stadt aus der erzbischöflichen Untertanenschaft erfolgte nicht auf einmal oder in einer kurzen Spanne während der letzten kurkölnischen Zeit, sondern begann bereits um 1200 (Vogeler in der im Literaturverzeichnis genannten Festschrift S. 157 fg.). Darum ist es von vornherein nicht möglich, die Beschränkung der Zeit nach 1348 zuzuweisen. Um 1293 waren die Soester Juden noch dem Erzbischof von Köln zinspflichtig (Seibertz, Urkundenbuch f. Westfalen I 484. 621), und man wird aus allgemeinesgeschichtlichen Erwägungen mit Vogeler (Zeitschrift Bd. I S. 72) annehmen müssen, dass der Übergang an die Stadt bereits um 1300 stattfand.

¹⁾ Das Verzeichnis trägt kein Datum. Es liegt am Anfange eines Faszikels, das mit 1826 beginnt. Die Angaben über die Geburten weisen es aber mit Sicherheit dem Jahre 1816 zu.

²⁾ März 1806 bis Ende 1813.

Hinzugekommenen zwei Söhne eines Zuzüglers aus der französischen Zeit sind, also wohl schon vorher in Soest gewohnt, aber erst in der preussischen Zeit einen selbständigen Haushalt gegründet haben, der eine, nachdem er vorher in der Landwehr gedient hatte. Bei dem dritten scheint nach dem Geburtsdatum seines Kindes (1816) der Ortswechsel (Hamm-Soest) mit seiner Verheiratung zusammenzufallen. Auch bei den in der französischen Zeit Hinzugekommenen weisen die Geburtsdaten der Kinder mit einer Ausnahme darauf hin, dass der Ortswechsel mit der Verheiratung zusammenfällt und wohl auch ursächlich zusammenhängt.

Die Zahl zwölf gibt nur die Summe der Hausväter, zu welcher ausser den Familienangehörigen noch die Bediensteten hinzutreten. Mit den Familienangehörigen ergibt sich für 1816 die Zahl 45, die aber nicht den regulären Durchschnitt eines Bevölkerungsstands anzeigt, da durch den plötzlichen Zufluss von Juden, die erst bei der Umsiedelung einen Familienstand gründeten, bei den meisten naturgemäss im Jahre 1816 noch nicht die durchschnittliche Zahl von sechs bis sieben Familienangehörigen erreicht war. Für die Gesamtsumme treten ausser einer Pensionärin noch im Dienst stehende Personen hinzu, ein Privatlehrer, fünf Knechte, zwei als Schwager und Bruder des Familienhauptes bezeichnete und vier Mägde. Die Gesamtsumme beträgt also 58 Köpfe, zu denen man ideell noch 4 ausserhalb verheiratete oder in Dienst stehende Töchter von Soester Juden hinzuzählen kann.

Für das Jahr 1822 werden 14 Familien und 80 Seelen genannt.¹⁾ Für das Jahr 1826 liegt wieder eine Liste vor, die 15 Familien nennt, von denen 9 bereits 1816 in Soest und 1 in Sassendorf, einer Landgemeinde in der Börde, wohnten; eine Familie wurde von einem damals bereits in Soest bei seinem Vater Lebenden begründet, 3 Familien sind nachher, eine nach Ampen, einer Landgemeinde in der Börde, zugezogen.

Zahlenmässig wird für die Zeit von 1829—1842 mit 19—23 Familien eine nur leicht schwankende Mittellinie erreicht. Die Jahre 1843—1849 zeigen dann den regelmässigen Aufstieg, der mit leichten Schwankungen bis 1854 anhält.

Wenn wir innerhalb dieser Entwicklung zunächst Abgang und Zugang unterscheiden, so ergibt sich:

¹⁾ In den S. 41 erwähnten Lichtenfels'schen Historischen Nachrichten aus dem Jahre 1822.

	Abgang	Zugang		Abgang	Zugang
1829	—	5	1844	—	—
1830	—	2	1845	—	5
1835	2	1	1846	—	2
1837	3	1	1847	—	2
1838	—	1	1848	1	3
1839	—	1	1849	1	3
1840	1	2	1850	1	—
1841	—	—	1851	2	2
1842	—	1	1852	—	3
1843	1	3	1853	1	—
			1854	—	— (5) ¹⁾

Der Anlass des Abgangs lässt sich nur selten nach Tod oder Wegzug bestimmen. Das Auf und Ab zeigt keine Plötzlichkeiten, und auch der sichtbare Aufstieg von 1843—1849 würde weniger hervortreten, wenn ihm nicht jahrelang kein Abgang zur Seite stehen würde.

Der Zugang ist nun noch einmal als Abgliederung von Soester Familien und als Zuzug zu unterscheiden. Dann sehen wir von 1826 an unter 45 Hinzugekommenen 15 (17) in Soest Geborene, können diese Zahl aber, da Geburts- und Abgangslisten fehlen, nicht an der Zahl der Geborenen und Weggezogenen abmessen. Innerhalb des Zuzugs ist noch einmal ein unmittelbarer vom mittelbaren, d. h. die Begründung eines Haushalts in Soest bei dem Einzug in die Stadt oder nach früherem Aufenthalt als Angehöriger eines anderen Haushalts (als Handlungsgehilfe, Knecht usw.) zu unterscheiden. Diese nach meiner Kenntnis bisher niemals getroffene Unterscheidung scheint mir für die Beurteilung der von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen der Stadt und der jüdischen Gemeinde ausgehenden und auf den zur Gemeinde Hinzukommenden wirkenden Veranlassung des Zuzugs von entscheidender Bedeutung, wenn sich in Soest das Resultat ergibt, dass von 30 (28) Hinzukommenden, die nicht in Soest beheimatet waren, ungefähr der vierte Teil — die Zahl lässt sich nicht genau bestimmen — vorher in Soest in geschäftlichen und dienstlichen Stellungen gelebt hat.

Die allgemeine Bedeutung der hier behandelten Fragen und die Notwendigkeit, sie für jede Gemeinde, mag ihr Bestand noch so gering an Umfang und Dauer sein, durchzuführen, wird ersichtlich, wenn wir sie nun mit Bezug auf die Herkunftsorte der Hinzuziehenden

¹⁾ Vgl. S. 35.

fortführen. Dann wachsen sie in das weitschichtige Problem der Siedelungsverschiebungen hinein, welche für die Juden im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung naturgemäss in vielen Beziehungen besonderen Anlässen und Bedingungen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, politischer und religiöser Natur unterliegen. Auch diese Frage wird durch die eben getroffene Unterscheidung, ob neu in die Gemeinde Eintretende, d. h. sich dauernd in Soest Ansiedelnde bereits vorher in Soest gelebt haben oder nicht, differenziert. Nach den Akten der Gemeinde können wir die Frage nur für die vorher in Soest nicht Ansässigen und nur für den alten Mitgliederbestand von 1816 beantworten.

Es zogen hinzu:

Herkunftsort:	Zahl und Stand:
Büderich b. Werl	Pferdehändler mit Frau und Kindern
Bockenheim b. Frankfurt a. M.	Arzt, Dr. med., mit Frau und Kindern
Hamm	Kaufmann
Bedelheussen (Grafschaft Wittgenstein)	Krämer
Rüthen	Krämer
Hofstadt	Seifensieder
Memelsdorf (b. Bamberg)	Lehrer und Kantor
Anrath (b. Düsseldorf)	Althändler mit Frau und Kindern
Schubach a. d. Lahn	Handelsmann.

Von 9 Herkunftsorten liegen also vier in unmittelbarer Nähe von Soest (Büderich, Hamm, Hofstadt, Rüthen), drei im Soester Verkehrsgebiet (Schubach, Anrath und Bedelheussen). Im Gegensatz zu diesem durch Handel und Gewerbe veranlassten Zuzug aus den im Soester Verkehrsgebiet liegenden Orten ist es deshalb für den Zuzug aus den beiden entfernten Orten Memelsdorf bei Bamberg und Bockenheim bei Frankfurt bezeichnend, dass es sich dabei um den Zuzug eines Arztes und eines Lehrers handelt.

Das dürftige Material erlaubt nicht, die angeschnittenen Fragen weiterzuführen und neue zu stellen. So dürftig der Umfang und der Inhalt des behandelten Stoffes ist, so liessen sich doch einige methodische Fragen an ihm entwickeln: die Unterscheidung der natürlichen Vermehrung und des Zuzugs, des unmittelbaren und des mittelbaren Zuzugs, der Herkunftsorte und des Zuzugsanlasses, das ursächliche Zusammenfallen des Zuzugs mit der Verheiratung. Und es liegt im

Interesse der Arbeiten des Gesamtarchivs und der Ausnutzung seiner Bestände, nochmals zu betonen, dass sich für so weitgehende Unterscheidungen innerhalb des Mitgliederbestandes nach Art und Anlass ihrer Zusammensetzung das Material, das sie ermöglicht, nur in den Akten der Gemeinden findet.

II.

Die Organisation der Gemeinde vor der Erlangung der Körperschaftsrechte.

Über die Anfänge der Organisation finden sich Notizen, 1831 von dem früheren Vorsteher M. Elias verfasst, in dem Faszikel über die Armenunterstützung (E 2), weniger umfangreiche, aber früher, im Jahre 1816, niedergeschriebene von demselben Verfasser in dem Faszikel über Synagogenbauten (B 2b), daselbst weitere Notizen von demselben Verfasser aus dem Jahre 1819 und von dem Lehrer D. Lichtenfels „Einige historische Nachrichten den Bau der hiesigen Synagoge betreffend“ vom 30. Mai 1822.

Die drei Aufzeichnungen in dem Faszikel B 2b sind durch den Synagogenbau, u. z. durch die Bitte um Veranstaltung einer Kollekte im Jahre 1816, um Genehmigung des Ankaufs eines Hauses im Jahre 1819 und durch die Einweihung der Synagoge im Jahre 1822 veranlasst. Viel zufälliger und eigenartiger ist der Anlass für die Aufzeichnungen aus dem Jahre 1831. In diesem Jahre kam es zu einem Konflikt zwischen der jüdischen Gemeinde und der Direktion des Armen- und Waisenhauses. Die Direktion dieses Instituts wies eine von der jüdischen Gemeinde überreichte, durch Kollekte zusammengebrachte Gabe zurück, da der christliche Armenfonds von dem israelitischen als getrennt erachtet werden müsse. Die Angelegenheit wuchs sich zu einem Rechtsstreit aus, in welchem ausser den Fundations- und Stiftungsbestimmungen und den gesetzlichen Vorschriften auch die Frage nach dem Bestand einer eigenen israelitischen Armenkasse und der früheren Beteiligung der Juden an den allgemeinen Armenkollekten für die Entscheidung in Betracht kam. In diesem Zusammenhange veranlasste der Obervorsteher Hellwitz den früheren Vorsteher Marcus Elias zu einer Berichterstattung über die älteren Gemeindecinkünfte und ihre Verwendung. Dieser Bericht enthält Angaben über die ersten Ansätze einer Organisation der Gemeinde, welche über den Einzelfall hinaus in gewissem Umfange als typische Erscheinung Interesse beanspruchen dürfen.

Die Anfänge der Organisation reichen über das Jahr 1807 hinaus. Trotzdem der Bestand an Familien auf zwei eingeschränkt war, wurde gemeinsamer Gottesdienst in einem als Betraum eingerichteten Zimmer abgehalten und eine gemeinsame Kasse für die Bedürfnisse des Betraums, des Kultus und, bezeichnend genug, für Armen und Kranken gewährte Transportkosten, ärztliche Hilfe und Bestattung geführt. Eine Umlage fand für diesen Zweck noch nicht statt. Die Einnahmen flossen vielmehr aus Gelübdegeldern und dem Verkauf von Zeremonialhandlungen.

Diese Anfänge einer Gemeindeorganisation werden bei dem Bestande von zwei Familien erklärlich durch die Beteiligung der erwachsenen Söhne und der bediensteten männlichen Hausgenossen.

Der Zuwachs der Mitglieder machte von 1812 an den Bau einer Synagoge, die Umwandlung des Privatunterrichts in einen öffentlichen und als Voraussetzung eine Vergrößerung der Einnahmequellen nötig. Das Mittel war eigenartig. Gewisse Ersparnisse hatten schon die alten Einnahmen bis 1812 ermöglicht. Nun strich man die bisher übliche Weiterbeförderung von auswärts kommender armer Kranken und Gebrechlichen, nicht die Gewährung ärztlicher Hilfe und Verpflegung. Da die Ersparnisse aber noch immer nicht für den Zweck hinreichten und zur Beisteuer nur zwei Familien mit mässigen Beiträgen für die mit mindestens 3000 Tltn. veranschlagten Kosten herangezogen werden konnten, entschloss man sich 1816, die Hilfe anderer Gemeinden anzurufen. Nach den Aufzeichnungen in B 2b ist das Ersuchen nur nach Hamm gerichtet und die dort eingeleitete Kollekte, wie es scheint, durch den Einspruch der Regierung abgebrochen worden. Die Aufzeichnung von 1831 (E 2) erwähnt die Kollekte gar nicht, erwähnt nur die Unzulänglichkeit der durch die Streichung der Armentransporte gemachten Ersparnisse und die neuen im Jahre 1819 ins Werk gesetzten Mittel: Erhöhung der Gelübdegelder und eine Subskription monatlicher Beiträge der Gemeindemitglieder. Diese Subskription steht um so stärker im Gegensatz zu der drei Jahre vorher notierten Leistungsunfähigkeit, als man durch diese Mittel noch im Jahre 1819 ein Haus zum Umbau für den Zweck einer Synagoge und eines Schulhauses mit Lehrerwohnung schreiten konnte.

In diesen kleinen Tatsachen zeigt sich die Entwicklung der Gemeinschaftsbedürfnisse und das langsame Herauswachsen der zu ihrer Erfüllung notwendigen Leistungen und Organisationsformen. Besonders in der Besteuerung, die, 1819 zum ersten Male als Folge

eines bereits seit sieben Jahren fühlbaren Bedürfnisses festgestellt, nie mehr abgebrochen wurde und die erste Form eines organisierten Zusammenschlusses der Gemeindeglieder darstellt.

Damit hängt unmittelbar die Entwicklung der Gemeindeverwaltung zusammen. Die alte Kasse hatte seit 1793 E. Marcus, als Nachfolger seines Vaters, geführt. Die Vergrößerung des Mitglieder- und des Kassenbestandes veranlassten ihn 1819, Decharge zu verlangen, also an Stelle der privaten Verwaltungsform die Beitragenden zu Mitverwaltern zu machen d. h. sie für die Kassenverwaltung als Verband zusammenzuschliessen. Erst dadurch wird die Gemeinde formell begründet und ihre Verwaltung sofort durch die Einsetzung eines Unterempfängers erweitert (B 2b 1822).

Für die Herausbildung einer Gemeindeorganisation ist noch ein Moment wichtig, dass die Gemeinde nämlich nicht isoliert stand, sondern mit den anderen märkischen Gemeinden einen Verband bildete. Alles, was der Soester Aktenbestand darüber aussagt, liegt in dem Titel, den der Vorsteher der Gemeinde, E. Marcus, 1816 in dem auf der vorigen Seite erwähnten Briefwechsel mit der Gemeinde Hamm führt: Obervorsteher der Judenschaft der Grafschaften Mark und Limburg. Diese Würde kann nicht dauernd mit dem Vorsteheramt in Soest verknüpft gewesen sein. Schon der geringe Bestand der Gemeinde vor 1807 macht dies unwahrscheinlich. Und der Titel kann 1816 kaum noch einen Inhalt gehabt haben. Wahrscheinlich ist er ein Überrest einer Landesorganisation der Juden, wie sie aus der Zeit vor ihrer staatsbürgerlichen Gleichstellung aus fast allen deutschen Territorien bekannt ist.

Der Titel begegnet später nicht mehr. Umgekehrt lebt sein Inhalt wieder auf in dem Amtsträger der Obervorsteherschaft der Juden des Herzogtums Westfalen, L. L. Hellwitz. An seinen Namen ist vom Jahre 1827 an die organisatorische Entwicklung der Gemeinde geknüpft.

L. L. Hellwitz kam 1827 von dem benachbarten Werl nach Soest. Er brachte die Titel „Prediger und Obervorsteher der Juden im Herzogtum Westfalen und der Grafschaft Wittgenstein“ mit. Die Autorisation als Prediger wurde ihm für Soest von dem Landrabbiner Sutro zu Münster sofort neu bestätigt.¹⁾ Mitglied der Ge-

¹⁾ A 10a S. 4. Das. S. 2 die erste Autorisation als Prediger in Werl (Herzogtum Westfalen), welche er 1825 von dem westfälischen Landrabbiner H. Cohen zu Geseke erhalten hatte. In seiner Verwaltungstätigkeit spiegelt sich ebenso wie in seinen religiösen Anschauungen und in seiner Sprache die königlich-westfälische Zeit wieder.

meinde wurde er erst ein halbes Jahr später; eigenartig genug, noch eigenartiger, dass er die durch den Einzugsbrief gegebenen Rechte mit dem Vorbehalt annahm, „an keinerlei Verpflichtungen gegen die Gemeinde gebunden sein zu wollen“. Darin zeigt sich der in der Einleitung hervorgehobene Mangel eines zwingenden Zusammenhalts, welcher zwischen 1812 und 1847 eine vollständige Zerrüttung vieler Gemeinden verursachte, besonders von Gemeinden, welche erst im Organisationsprozess begriffen waren. Der Fall eines 1813 aufgenommenen Mitglieds, dessen Zugehörigkeit späterhin zweifelhaft geworden war und der nun vom Jahre 1827, vielleicht aber schon vom Jahre 1822 an ¹⁾ bis zum Jahre 1833 wegen seiner Neuaufnahme in Streit mit der Gemeinde lag, zeigt als weitgehendster unter mehreren gleicher Art, auf welche Schwierigkeiten die Erhaltung und der weitere Ausbau der Gemeindeorganisation stiess. Sie führten im Jahre 1833 zum offenen Konflikt.

Die Gemeinde war bis dahin nicht bei der ungeschriebenen Verwaltungspraxis der älteren Zeit stehen geblieben, sondern hatte bereits vier Versuche, sie konstitutiv festzulegen, gemacht. Auch diese ersten Statuten sind nicht von aussenher auf die Gemeindeverhältnisse übertragen, sondern aus diesen organisch hervorgegangen, mit den Pflichten und Bedürfnissen wachsend und sich differenzierend; darum fesseln sie trotz der Geringfügigkeit der Materie den geschichtlichen Sinn.

Die Grundlage bot die Verteilung der Sitze in der neuerbauten Synagoge, 1822. Die erste, nicht mehr erhaltene Gemeindeordnung war nichts mehr als eine „Bänkeordnung“. Auf sie wurden neu Aufgenommene in den Einzugsbriefen bis zum Jahre 1828 verpflichtet (A 8).

Das Zweite war ein Reglement über jährliche Repartierung der Synagogen- und Schulsteuer vom 3. Nov. 1827 (C 1 d). Dieses Reglement scheint bereits auf die Anregung des L. L. Hellwitz zurückzugehen, welcher schon am 19. Sept., vier Tage nach seiner Aufnahme in den Gemeindeverband, an der Leitung des Gemeinde-Rechnungswesens beteiligt erscheint (C 6 a fasc. 1 Bl. 5) und von dessen Hand der am 11. April 1828 gezeichnete Entwurf des nächst-

Kurze Notizen über ihn bei J o s t, Geschichte der Israeliten X Abt. 1 S. 109. 316. Abt. 3 S. 48. Seine Schriften im Katalog der Bodleiana. Seine Tätigkeit spiegelt einen Übergangscharakter von grosser Eigenart wider. Ihre Spuren finden sich in den Akten vieler westfälischer Gemeinden.

¹⁾ Der Streit knüpft an die 1822 erfolgte Verteilung der Synagogenstühle an.

folgenden Statuts „Wahl und Pflichten des Synagogen- und Gemeindevorstands“ herrührt (A 10 a S. 12 f.). Dieser Entwurf ist aber nur die erste Hälfte einer an anderer Stelle (A 1) abschriftlich ganz erhaltenen „Gemeinde- und Synagogen-Ordnung“, deren zweite Hälfte „Ordnung des Gottesdienstes“ betitelt ist. Es handelt sich also im Gegensatz zu den vorausgehenden, von dem Bedürfnis sich getrennt entwickelnder Zweige des Gemeindegewesens veranlasster Teilordnungen jetzt um eine Gesamtordnung des Gemeindegewesens. Man legte sie am 25. Juni 1828 der Königlichen Regierung zu Arnberg zur Bestätigung vor.

Die Regierung reichte sie am 19. Jan. 1829 mit Änderungsvorschlägen zurück.¹⁾ In A 10a finden sich im Anschluss an den Teilentwurf vom 11. April 1828 noch fragmentarische Bemerkungen von Hellwitz' Hand, die den Entwurf einer Beantwortung der von der Regierung gemachten Vorschläge darstellen. Im Jahre 1834 berührt Hellwitz in einer Eingabe an den Oberpräsidenten (A 2 S. 138) das Schicksal des Statutenentwurfs: „Dadurch . . . dass Königl. Hochl. Regierung mehrfache Veränderungen in den entworfenen Statuten machte, wurden die Gemeindeglieder auf verschiedene Meinungen gebracht und konnte die Vollziehung jener Statuten lange Zeit nicht erzielt werden.“ Das geschah erst am 21. April 1831, aber nicht durch einen Gemeindebeschluss, sondern in der Form eines Vorstandsbeschlusses. Diese aussergewöhnliche Form erklärt sich aus den Verhältnissen.

Die Einsetzung eines Unterempfängers im Jahre 1819 hatte an der ausschliesslichen Verwaltung der Gemeinde durch den Vorsteher nichts geändert. Erst der Statutenentwurf vom 11. April 1829 suchte der Entwicklung der Gemeinde entsprechend die Verwaltung zu entwickeln, wiederum, was bei Soest auffällt, in einer den alten Verhältnissen möglichst angepassten Weise. Die einheitliche Spitze blieb erhalten. Der Vorsteher sollte aber zwei Beigeordnete, rechtlich vielmehr Untergeordnete, erhalten, den einen für die Verwaltung des Kassen- und Rechnungswesens (der alte Unterempfänger), den anderen für die Sekretariatsgeschäfte; rechtlich also nicht eine Kollegialsondern eine Bureauverwaltung. Am 23. Juli 1829 erfolgte die Vorsteherwahl. Von der Wahl des zweiten Beigeordneten wurde abgesehen. Die Wahl fiel auf Hellwitz, fand aber nachträglich Widerspruch. Hellwitz sollte mit Rücksicht auf seine bei der Aufnahme gemachten Reserven nicht wirkliches Mitglied der Gemeinde, als

¹⁾ A 2 S. 92 f., ganz ausserhalb des Zusammenhangs.

Obervorsteher der Judenschaft des Herzogtums Westfalen nicht Mitglied des märkischen Verbandes, als Prediger nicht fähig zum Vorsteheramte sein. Hellwitz gab dem Proteste nach, „da dem allgemeinen Landrechte nach die Stellen eines Predigers und Vorstehers nicht vereinbar sind“, umging aber zugleich dies ihm im Wege stehende Hindernis durch den Vorschlag einer Neuordnung des Vorsteheramts, das nicht mehr in bürokratischer, sondern in kollegialer Verfassung aus dem Vorsteher, dem Rendanten und — eine kaum wiederkehrende Erscheinung — dem Prediger bestehen sollte. Der Vorschlag ist nur durch den Zuschnitt auf seine Person verständlich. Er liefert ihm die Gemeindeverwaltung aus. Denn der Prediger sollte nicht gewähltes, sondern ewiges Mitglied, Vorsteher und Rendant sollten für Perioden gewählte Mitglieder des Vorstands sein. Und auch dies ist bezeichnend, dass dieser Vorschlag nicht Gegenstand einer Statutenberatung durch die Gemeinde, sondern im Zusammenhang mit dem Wahlakte beschlossen werden sollte, was am 11. Sept. 1829 geschah. Der Wahlakt (A 10a) enthält in bezug auf die Geschäftsführung des Vorstands zugleich die Bestimmungen des vorläufig nicht realisierten Statuts von 1828, das erst am 21. April 1831 auf Grund eines Vorstandsbeschlusses als „Grundverfassung“ (so 10a S. 31) eingeführt wurde. Drei Jahre vorher war die Beschlussfassung noch der Gemeinde anheimgegeben worden. Obwohl die Statuten als Rest der früheren Verwaltungsform der Gemeinde noch das Recht vorbehielten, über ausserordentliche Ausgaben, die über 10 Rtlr. hinausgingen, sowie über die Decharge des Rechnungsführers zu befinden, zeigt sich in ihrem Ausschluss von der Einführung der Statuten eine Vergrößerung der Rechte des Vorstands, welche auf die Hellwitz beherrschende Ansicht von der christlichen Gemeindeverfassung nach öffentlichem Recht gleichgestellten jüdischen Gemeindeverfassung zurückgeht. Das tritt in der Folge immer deutlicher hervor. Hier ist zunächst nur der Zusammenhang zu bezeichnen, dass Hellwitz durch diese Anschauung auch sofort in Konflikt mit seinen Kollegen im Vorstand kam, weil er, ganz offen gegen den Sinn des Wahlaktes vom 11. Sept. 1829, unter Berufung auf das Landgericht die Führung im Kollegium für den Prediger beanspruchte. Die Differenzen wurden am 4. Febr. 1833 durch einen Vorstandsbeschluss, wie in allen auf Hellwitz zurückgehenden Schriftstücken unter pomphafter Anwendung der öffentlichen Administrativbezeichnungen, in der Art beigelegt, dass der Prediger Präses in Kultus-, Ritus- und Schulangelegenheiten, der Vorsteher „in allen

die Gemeinde, Synagoge, Schule und deren Verwaltung betreffenden ökonomischen und finanziellen Angelegenheiten“ wurde.

Die Kompetenzfrage war erledigt; die Rangfrage hielt den Streit offen. Hellwitz beanspruchte sofort wieder als Prediger die erste Stelle im Vorstand, und dieser Froschmäusekrieg gewinnt allgemeine Bedeutung als ein später in Hellwitz' politischer Tätigkeit fortwirkender Versuch, für die Synagogengemeinde die Kirchenrechte in Anspruch zu nehmen, für den Prediger die Leitung, weil „mit Ausnahme der Petri-Kirche alle Pastoren bei ihren Kirchen Vorstände sind. Das Landrecht betrachtet die Vorsteher als Zugeordnete des Predigers“ (A 10a gegen Ende).

Am 27. Aug. 1833 trat Hellwitz vom Predigeramte zurück. Seine Gegner bestritten — mit Recht — sowohl die Rechtsgültigkeit der Statuten wie den kirchenrechtlichen Charakter der Gemeinde (erwähnt A 2 S. 2). Einen Monat später trat auch der Vorsteher zurück. Die Gemeinde wurde nun zwei Jahre lang von einem interimsistischen Vorstände verwaltet und diese Zeit zur Beilegung der Gegensätze und zur Feststellung neuer, die alten erweiternder Statuten verwandt. Am 20. Januar 1834 wurden die Statuten der Regierung zur Bestätigung überreicht. Die Bestätigung wurde aber, als nur den Statuten privilegierter Körperschaften zukommend, abgelehnt und die Ablehnung von dem Oberpräsidenten am 2. Juli 1834 gut geheissen (A 2).

Die Bestätigung der Statuten hätte der Gemeinde vor allem den Parochialzwang gebracht. Er ist in den Statuten von 1831—1833 I § 32 bezw. § 31 in der Verordnung enthalten, dass der Vorsteher unter Anwendung der erforderlichen Zwangsmittel für den mit der Zahlung eines Eintrittsgeldes verknüpften Beitritt jedes Hinzuziehenden zu sorgen habe. Ohne den Parochialzwang schien die Konsolidierung der Gemeinde nach den vorausgehenden Wirren dauernd gefährdet und von vornherein um so schwerer möglich, als ein Teil der Gemeinde weder die in den Statuten enthaltene Strafbefugnis des Vorstands, noch die dem Kirchenwesen nachgebildete Stellung des Predigers an der Spitze, noch Hellwitz als Geistlichen anerkennen wollte (A 2 S. 158 f.). Man war nun darauf angewiesen, die Statuten durch Anerkennung seitens der als Gemeindemitglieder in Betracht kommenden einzuführen und auf ihrer Grundlage die in der Auflösung begriffenen Gemeindeverhältnisse neu zu ordnen. Man zögerte lange, und als am 27. Mai 1835 die Statuten von dem grösseren Teile der Gemeinde anerkannt und am 30. nach zweijähriger Unterbrechung

wiederum ein Vorstand gewählt war, schienen neue, sachlich inhaltlose Proteste noch einmal den Erfolg zu nichte zu machen. Am 19. Sept. wurde die Einigung aber erneuert und hatte Bestand. Hellwitz stand wiederum in seiner Eigenschaft als Prediger an der Spitze des aus drei Männern zusammengesetzten Vorstandskollegs.

Zum Verständnis des Ganzen muss man im Auge behalten, dass die Gegensätze in der Gemeinde wesentlich durch die nun endgültig erfüllte, auf falschen Rechtsvoraussetzungen beruhende Forderung, die Leitung des Vorstands gebühre dem Prediger, hervorgerufen waren, zugleich aber, dass Hellwitz im Zusammenhang mit dieser Forderung die Gemeindeverwaltung überhaupt erst durchgreifend zu organisieren begann.

Die Unterschiede innerhalb der Statuten sind unwesentlich. Für die Entwicklung der Gemeindeverhältnisse ist nur zu betonen, dass zu den beiden Hauptteilen der Statuten von 1831 (oben S. 45) in den Statuten von 1835 noch ein dritter Hauptteil, die Beerdigungs-Anordnung betr., hinzukam. Als Nachtrag schliesslich am 27. Mai und 17. Sept. noch eins, was sowohl für die Organisation der Gemeinde wie für die von Hellwitz bald begründete, radikal liberale Richtung ihrer Kultformen charakteristisch ist und in dieser Form kaum noch ein Beispiel hat: die Lostrennung vom Rabbinat.

Die Judenschaft der Grafschaft Mark hat einen eigenen Rabbiner wohl nie besessen. In den Soester Akten erscheint der Landrabbiner von Münster als ihr geistliches Haupt¹⁾, den alten territorialen Einrichtungen entsprechend mit Befugnissen, die ihm über das Geistliche hinaus offenbar eine gewisse Oberaufsicht über das gesamte Judenwesen gaben, da er die Statuten von 1828 unter seinem Amtssiegel als Landrabbiner bestätigte. Hellwitz erreichte 1835 die Lösung dieses Verhältnisses. In einem Zusatzartikel zu der Statutenrevision vom 20. Sept. 1833 (A 2 S. 16) wird die Autorität des Landrabbiners noch anerkannt. Von demselben Datum ist ein Entwurf zu einem Statutenanhang, der die Loslösung der Gemeinde Soest von dem Amtskreise des Landrabbiners zum Inhalt hat. Der Landrabbiner wird als Veranlasser der Gemeindewirren hingestellt: „Die Veranlassung zur Erneuerung der Statuten in der Gemeinde ist lediglich durch das ungesetzliche Verfahren des zeitigen Land-Rabbiners Sutro entstanden.“ Die Ungesetzlichkeit soll in einer kultischen Entscheidung und in der Weigerung, eine von dem Vorstand

¹⁾ Vgl. Dep. Beverungen A II u. d. J. 1863.

beantragte Entscheidung in den Streitsachen der Gemeinde zu treffen, liegen.

Der Entwurf stammt von Hellwitz. Am 13. Okt. wurde in einer Gemeindeversammlung beschlossen, Sütro die Möglichkeit einer Versöhnung mit der Gemeinde zu geben (A 2 S. 39fg.). In einem Statutenentwurf vom 14. Jan. 1834 wird die Absetzung von neuem ausgesprochen (A 2 S. 80), ebenso in den Statuten vom 12. Apr. 1834 (A 2 S. 12). In die endgültigen Statuten vom 17. Sept. 1835 ist die Bestimmung nicht aufgenommen, aber sie ist dem Entwurf vom 27. Mai 1835 als Anhang beigefügt und Hellwitz verpflichtete auf diesen Anhang jedes Gemeindeglied.

Auf die Weise schied die Gemeinde aus dem Rabbinatsbezirk aus, nicht rechtlich, aber tatsächlich. Man war sich des rechtlichen Fortbestandes des alten Verhältnisses wohl bewusst und half sich darüber dadurch hinweg, dass man das dem Landrabbiner zustehende Gehalt als Pension bezeichnete.

Die Aktion geht ganz auf Hellwitz zurück und hat zwei Wurzeln. Einmal den religiösen Gegensatz des den weitgehendsten Reformgedanken huldigenden Hellwitz zu dem orthodoxen Landrabbiner. Und zweitens das Streben des Obervorstehers, sein Predigeramt von der Autorität des Landrabbiners zu befreien. Man muss als letztes die Konkurrenz der Autoritäten hinzunehmen, die sich bei Hellwitz' Bestreben zeigt, die Obervorsteherschaft über das Herzogtum Westfalen nicht nur mit neuem Inhalt zu erfüllen, sondern über die ganze Provinz Westfalen auszudehnen.¹⁾

III.

Die Bestrebungen um Erlangung der Körperschaftsrechte.

Für den rechtlichen Charakter der Gemeinde war die 1834 abgelehnte Bestätigung der Statuten (S. 47) entscheidend. Für Hellwitz war sie aber der Ausgangspunkt, das irrig Vorausgesetzte zu erstreben und mit diesen Bemühungen über die Interessen seiner Gemeinde hinaus in die Bewegung einzugreifen, welche in den Ordnungen des Gesetzes über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 und die jahrelangen Kämpfe um ihre Durchführung auslief.

Die Soester Akten enthalten über diesen Teil der Tätigkeit des Obervorstehers nur sehr fragmentarische Notizen. Hellwitz scheint von zwei Gesichtspunkten ausgegangen zu sein: von der fortdauernden

¹⁾ Vgl. dazu S. 52.

Geltung der grossherzoglich-bergischen Verfassung für die ehemals bergischen Judengemeinden und von einer 1822 in einem Ministerialreskript enthaltenen Bemerkung, welche der Regierung zu Arnberg die Statutenbestätigung anheimgab. Dieses bei Rönne u. Simon, Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden des preuss. Staates 1843 nicht veröffentlichte Reskript ist geschichtlich bemerkenswert und folgt deshalb im Wortlaut:

„Reskript der Königl. Ministerien der geistlichen etc. Angelegenheiten und des Innern an die Königl. Regierung zu Arnberg die Einführung einer allgemeinen Synagogen-Ordnung für die israelitischen Gemeinden betr.

Der Königl. Regierung wird in Bescheidung auf den Bericht vom 28. Januar c. wegen Einführung einer allgemeinen Synagogen-Ordnung für die israelitischen Gemeinen der Grafschaft Mark eröffnet, dass sie sich lediglich darauf zu beschränken hat, denjenigen einzelnen israelitischen Gemeinen, welche darauf antragen werden, nachzulassen, innerhalb der durch das allgemeine Landrecht Tl. II Tit. XI § 46 und folgende festgesetzte Grenzen, Synagogen-Ordnungen in Vorschlag zu bringen, deren Prüfung und Bestätigung, sofern sie den berührten Gesetzes-Vorschriften entsprechen, Ihr überlassen bleibt.

Berlin den 11. März 1822.

Ministerium der geistlichen Unterrichts-
und Medizinal-Angelegenheiten.
v. Altenstein.

Ministerium
des Innern
v. Schuckmann.

Hellwitz — von seiner Hand ist das Konzept — berief sich auf dieses Reskript in der Eingabe, welche der Vorsteher am 22. V. 1834 gegen die von der Regierung abgelehnte Bestätigung (S. 47) an den Oberpräsidenten richtete. Die Antwort des Oberpräsidenten (vom 2. Juli 1834 A 2 S. 144) machte einen Unterschied zwischen den beiden Ausdrücken des Reskripts: „Bestätigung“ und „Prüfung“. Die Bestätigung, „durch welche die Privatgesellschaft zu dem Inhalt verbunden, der Übertreter zur Befolgung exekutivisch im Verwaltungswege angehalten werden sollte“, komme nur den privilegierten Körperschaften zu. Im Gegensatz zur Bestätigung soll die Prüfung dagegen unter Ausschluss „von allem, was den inneren Kultus und die religiösen Gebräuche betrifft, nur auf die Anordnungen über die

äussere Form und Feier des Gottesdienstes sich erstrecken und nur negativ sein, d. h. der Staat wird die Bestimmungen zu verwerfen haben, welche dem angedeuteten Zwecke entgegenstehen“. So wird der Sinn des Reskripts von 1822 festgelegt.

Den zweiten Gesichtspunkt, unter welchem Hellwitz den öffentlich-rechtlichen Charakter der Gemeinde zunächst voraussetzte und dann anstrebte, suchte er bereits 1832 zur Geltung zu bringen. Ein Gemeindeglied hatte sich gegen die ihm angedrohte exekutive Eintreibung rückständiger Gemeindebeiträge beschwerdeführend an den Landrat gewandt und die Beschwerde mit dem eine exekutive Eintreibung der Beiträge nicht berechtigenden Charakter der jüdischen Gemeinden als erlaubter Privatgesellschaften begründet. Hellwitz setzte dem entgegen (27. Dez. 1832 A 8 S. 39), dass Soest in der Zeit der Fremdherrschaft zu dem Grossherzogtum Berg gehört und die bergische Verfassung einen Unterschied zwischen Christen und Juden wie in allem anderen so auch in der kirchlichen Verfassung nicht gemacht habe; und dass nach der C. O. vom 8. Aug. 1830 die Israeliten in Hinsicht ihrer Religions- und Kirchenverhältnisse nach den Gesetzen behandelt werden sollten, welche bei der Wiedereroberung des Landes vorgefunden worden seien.

Es scheint damals weder über den Streitfall im ganzen noch über diese Frage zu einer Entscheidung gekommen zu sein. Denn Hellwitz ging auf diese Rechtsgrundlage noch einmal nach 1835 zurück. Von den Verhandlungen und Eingaben ist nichts erhalten, nur gelegentlich in anderem Zusammenhange eine Notiz vom 12. Dez. 1837, dass das Original der Statuten vom 17. Sept. 1835 sich bei dem Minister befände. Hellwitz hatte also die Entscheidung des Oberpräsidenten vom 24. Juli 1834 angefochten. Der Bescheid des Ministers, der nach einer Bemerkung in der baldfolgenden Entscheidung der Regierung zu Arnberg vom 6. Mai 1841 am 21. März 1838 in negativem Sinne erfolgte, fehlt. Hellwitz kann damals aber noch nicht auf die C. O. von 1830 und die bergische Verfassung zurückgegangen sein, da die Entscheidung über diese Rechtsfrage erst am 6. Mai 1841, und zwar durch die Regierung zu Arnberg, erfolgte. Dieser Entscheidung muss eine neue Aktion des Obervorstehers zu Grunde liegen, und ihr Inhalt wie ihr Anlass ist durch den Bescheid der Regierung gegeben. Ihr liegt eine Entscheidung des Ministers der geistlichen etc. Angelegenheiten vom 9. Juni 1840 über die durch die C. O. vom 8. Aug. 1830 in den ehemals französischen Gebieten fort-dauernden von der französischen Regierung getroffenen Einrichtungen

der Religionsverhältnisse der Juden zu Grunde (A 4 S. 27 Gemeinde Wesel). In der zweiten Hälfte des Jahres 1840 muss Hellwitz also auf Grund dieser Entscheidung seine Petition und zugleich die Beweisführung von 1832 erneuert haben. Ohne Erfolg, da „die Ministerial-Verfügung vom 9. Juni v. J. . . . auf die politisch-religiösen Verhältnisse der Judenschaft des vormaligen Grossherzogtums Berg keine Anwendung findet, indem solche lediglich auf dem darin angeführten Kaiserlich Französischen Dekret vom 17. März 1808 beruhet, welches nur in den betreffenden, zu Frankreich gehörigen Departements, nicht aber in dem Grossherzogtum Berg Gesetzeskraft hatte.“¹⁾ Am 17. Okt. 1846 meldet Hellwitz dem Vorstand, dass die Statuten „von Oberaufsichtswegen mit der Genehmigung Königlich Hochlöblicher Regierung unterm 6. dieses Monats versehen worden sind“ (A 4 S. 55). Jeder Übergang zu dieser Mitteilung fehlt in den Akten. In A 3 findet sich die Verfügung der Regierung in Abschrift. Es war für Hellwitz nur ein Teilerfolg. Die Gemeinde wurde keineswegs als Rechtskörperschaft mit Parochialzwang, vielmehr nur im Sinne der Unterscheidung, die in der Verfügung des Oberpräsidenten vom 24. Juli 1834 zwischen Bestätigung und Prüfung getroffen war, das Statut als reiner, nur die ihm ausdrücklich Beitretenden verpflichtender Gesellschaftsvertrag anerkannt.

Dreiviertel Jahre später brachte das Gesetz vom 23. Juli 1847 die Erfüllung und zugleich die neue Aufgabe, die Organisation der Synagogen-Bezirke vorzubereiten. Darüber entspann sich Okt. 1847 — Febr. 1848 ein Zeitungsstreit, in dessen Mitte Hellwitz stand (A 6a). Es handelte sich um die Frage, ob die westfälischen Gemeinden in gemeinsamer Beratung die Organisation der Synagogen-Bezirke vorbereiten oder dies Hellwitz überlassen sollten. Hellwitz hatte die einleitenden Schritte in seiner Eigenschaft als Obervorsteher bereits getan, während von seinen Gegnern der Fortbestand dieses längst antiquierten Amtes — mit Recht — bestritten wurde.

Ich beschränke mich auf diese Andeutung, füge nur hinzu, dass wahrscheinlich gegen Hellwitz zugleich Befürchtungen mitsprachen, die aus seiner sehr lebhaften Beteiligung an den Bestrebungen des Reformvereins in Berlin flossen.²⁾

Das Folgende gebe ich nur noch als Erweiterung des Inventartitels A 6a, ohne den Inhalt auch nur zu skizzieren. Für A 6b und

¹⁾ Das ist zu Rönne u. Simon, Die Verhältnisse der Juden des preuss. Staates S. 377 u. 373 hinzuzunehmen.

²⁾ Darüber Bemerkungen in A 6 a u. D 1 c.

A 6c erübrigt sich jeder Zusatz. — Als Voraussetzung für A 6a ist zu bemerken, dass nach dem Gesetz vom 23. Juli 1847 den jüdischen Gemeinden die Korporationsrechte nicht generell, sondern nur von Fall zu Fall auf besonderen Antrag erteilt werden sollten. Die erste Kammer blieb 1849 bei dieser Fassung des Gesetzes stehen. Die zweite Kammer wollte die generelle und unbedingte Erteilung der Körperschaftsrechte. Die en bloc-Annahme der Verfügung führte über die offen gebliebene Meinungsverschiedenheit der ersten und zweiten Kammer hinweg.

Hellwitz suchte nun die generelle Verleihung der Körperschaftsrechte noch nachträglich zu erreichen.

1851 Dez. 12 fordert er den Referendar Lehmann in Neuwied auf, einen für diesen Zweck an die Kammern und das Staatsministerium zu richtenden Antrag auszuarbeiten, unter Beifügung eines von ihm selbst verfassten, für ihn und seine Bestrebungen sehr bezeichnenden Entwurfs zu den Statuten für die Synagogen-Gemeinden des Reg.-Bez. Arnsberg. Lehmanns Entwurf war unzureichend. Einen zweiten Entwurf fertigte ein Sohn des als Reformfreund bekannten Rabbiners Friedländer in Brilon und dieser übergab Hellwitz dem ein Kammermandat besitzenden Bürgermeister von Soest zur Weiterreichung an die zweite Kammer. Der Abgeordnete widerriet. Hellwitz wiederum wollte nicht mehr auf den ihm angeratenen Weg, sich an die Regierung zu wenden, zurück. Er erwähnt in seinem Antwortschreiben an den Abgeordneten (17. Jan. 1852), dass er sich am 4. März 1850 um Erlangung der Körperschaftsrechte für Soest — im Gegensatz zu seinen älteren Bestrebungen für alle Gemeinden des Reg.-Bez. Arnsberg — gewandt, der Minister aber den von der Regierung befürworteten Antrag unter Hinweis auf ein allgemeines Gesetz über die Verhältnisse der Juden abgelehnt habe. Deshalb sieht Hellwitz den einzigen Ausweg in einer Petition an die Kammer und besteht auf ihrer Überreichung, ändert die Petition aber soweit um, dass sie nicht mehr für alle Gemeinden, sondern nur noch für Soest gilt. In der weitergehenden Korrespondenz sind die rechtlichen und politischen Auseinandersetzungen des Abgeordneten bemerkenswert.

Die Petition kam wegen Sessionsschlusses nicht zur Verhandlung. Hellwitz erneuerte sie am 12. Dez. 1852. v. Bockum-Dolffs gab ihm am 25. I. 1853 den Bescheid, dass über die Petition zur Tagesordnung übergangen worden sei, da nach Kammerprinzip Anträge dieser Art den Instanzenweg durch Landrat und Regierung

durchlaufen müssen und dann erst nach Massgabe des Art. 13 der Verfassung das erforderliche Gesetz bei den Kammern beantragt werden könne.

Nun folgen Eingaben an die Regierung und die negativen Bescheide, welche sich auf die die weitere Durchführung des Gesetzes über die Verhältnisse der Juden sistierenden ministeriellen Verfügungen vom 15. Juni und 24. August 1848 und 5. Juni 1849 und die Endverfügung vom 16. Febr. 1853 stützen.

Hellwitz' Tätigkeit für die Durchführung der Gemeindebildung war damit nicht abgeschlossen. Für Soest und die ehemals herzoglich westfälischen Gemeinden vermittelte er den Verkehr mit der Regierung. Der schriftliche Niederschlag dieser Tätigkeit ist geeignet, im ganzen und in den Einzelheiten nicht weniger als der vorausgehende über den lokalgeschichtlichen Tatsachenkreis hinaus psychologisch und geschichtlich Interesse zu erwecken.

Bericht über die Tätigkeit des Gesamtarchivs der deutschen Juden.

Das Gesamtarchiv der deutschen Juden wurde im März 1910 aus den Mietsräumen Lützowstrasse 15 in den Neubau Oranienburgerstrasse 28 verlegt. In demselben Gebäude liegt die Bibliothek der jüdischen Gemeinde. Der Ausbau der von dem Gemeindevorstand in hochherziger Weise zur Verfügung gestellten Räume ist nach den Prinzipien moderner Archibauten erfolgt: die Aktenräume sind von den Arbeitsräumen durch Zwischenwand und Flur getrennt, ohne Licht- und Heizungsanlage, nicht durch Zwischenwände geteilt, damit Licht und Luft nicht aufgefangen werden. Die Akten, in starkem, weissen Papier in aussen die Signaturen tragenden Konvoluten zusammengelegt, liegen in Eisenregalen, welche im rechten Winkel zu den Fenstern die Breitseiten des ganzen Raumes durchschneiden und an den Seiten und in der Mitte Zugänge haben. In der Höhe des ausgestreckten Armes ist der ganze Raum durch eine Zwischendecke (Eisen und Zement) in zwei Geschosse geteilt. Holz ist bei dem Innenausbau der Aktenräume, bis auf eine kleine Treppe, nicht verwandt. Den Boden decken Zement und Linoleum.

Die Arbeitsräume sind zugunsten der Aktenräume etwas klein ausgefallen. In dem Benutzerzimmer arbeiten noch drei Beamte; in dem zweiten Arbeitszimmer ist die Handbibliothek untergebracht.

Die alten unzulänglichen Räume hatten nur den Anfang der Aktensammlung und der Errichtung des Archivs ermöglichen sollen. Fest stand damals nur die vom wissenschaftlichen wie vom administrativen Interesse gebotene Notwendigkeit einer Fürsorge für die Akten der Gemeinden. Der Erfolg der mit geringen Mitteln und wenigen Helfern begonnenen Arbeiten war ein Wechsel auf die Zukunft. Das war allen, die mittaten, bewusst und wurde darin zum Ausdruck gebracht, dass man sich scheute, das Gesamtarchiv bereits als bestehend und eröffnet zu erklären, vielmehr für eine Reihe von

Jahren ein Provisorium festsetzte. Der Umfang der Sammlungen und der innere Ausbau des Archivs ermöglichte nach der Verlegung in die neuen Räume, den Bestand und die Weiterentwicklung des Archivs für gesichert und das Provisorium für beendet zu erklären. Das geschah am 28. Dezember 1910 in einer Eröffnungsfeier.

Der Vorstand der Berliner jüdischen Gemeinde hatte den schönen Sitzungsraum des Vorstands und der Repräsentanten für diesen Akt zur Verfügung gestellt. Das Wesen der Feier wird schon durch den Kreis der Teilnehmer bezeichnet. Ausser dem Kuratorium des Gesamtarchivs und den führenden Mitgliedern der beiden Mutterinstitute, des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes und der Grossloge für Deutschland VIII U. O. B. B. hatten sich eingefunden: als Vertreter der Generaldirektion der Königlich Preussischen Staatsarchive der Generaldirektor Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrat Prof. Dr. Koser, als Vertreter des Berliner Geheimen Staats-Archivs der zweite Direktor der Königlich Preussischen Staatsarchive und des Berliner Geheimen Staats-Archivs Geh. Archivrat Dr. Bailleu; die Vorsteher und Repräsentanten der Gemeinde, Vertreter der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums, der Alliance Israelite Universelle, des Verbandes der Deutschen Juden, des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, des Hilfsvereins der deutschen Juden, des Verbandes für Demographie und Statistik der Juden, der Synagogengemeinde Breslau, die Dozenten der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums und des Rabbinerseminars und viele andere Förderer und Interessenten.

Die Feier hatte zum Zweck, Rechenschaft über das Geschaffene abzulegen und das Programm der künftigen Entwicklung zu bezeichnen. Das geschah in den unten folgenden Reden des ersten Vorsitzenden des Kuratoriums, Prof. Dr. M. Philippon und des Leiters des Gesamtarchivs, Dr. E. Täubler.

Es war eine besondere Ehrung für das Gesamtarchiv, dass an dritter Stelle der Generaldirektor der Preussischen Staatsarchive, Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. Koser, das Wort nahm. Er betonte das Interesse, das die staatliche Archivverwaltung an privaten Archiven habe, welchem sie dem Gesamtarchiv gegenüber auch in der an alle preussischen Staatsarchive ergangenen Verfügung, für sie entbehrliche Akten jüdisch-geschichtlichen Inhalts an das Gesamtarchiv abzugeben, bereits Ausdruck gegeben habe. Er betonte seine Zustimmung zu den von den Vorrednern zum Vortrag gebrachten Arbeitsprinzipien, seine Zuversicht, dass das Gesamtarchiv in seinem Aus-

bau und in seiner Tätigkeit seine Ziele erreichen werde und übermittelte allen, die am Werke mithalfen, den Dank der staatlichen Archivverwaltung.

Den Beschluss machte Geh. Justizrat Timendorfer als Vertreter des Vorstands der Berliner jüdischen Gemeinde, in dessen Namen er die Versicherung gab, dass der Vorstand die materielle und ideelle Förderung des Gesamtarchivs nicht als geschehen betrachte, sondern sie stets fortsetzen werde. Er hob aus den Arbeiten des Gesamtarchivs das Moment heraus, welches jede geschichtliche Arbeit mit den grossen Forderungen des Gemeinschaftslebens verbindet und brachte damit den aus der geschichtlichen Erkenntnis fliessenden, in die Zukunft fortwirkenden Stolz des Juden auf seine Vergangenheit zum Ausdruck.

Eine Führung durch das Gesamtarchiv, in welchem eine kleine Ausstellung einen Querschnitt durch die Sammlungen bot, machte den Beschluss der Feier, von der nur noch das Moment herausgehoben werden möge, dass in ihr die hochherzige Stiftung der Frau Geh. Kommerzienrat Henriette Becker von Herrn Professor Philippson zum ersten Male in Gegenwart der Stifterin öffentlich bekanntgegeben wurde.

Rede des Professor Dr. M. Philippson.

„Hochgeehrte Versammlung!

Seitdem Leopold Ranke die Geschichtsforschung, zumal für die neueren Zeiten, auf die archivalische Grundlage gestellt, hat das Interesse für die Erhaltung und den Ausbau der Archive sich in allen Kreisen der gebildeten Welt wesentlich gesteigert. Nicht nur für die Kenntnis der diplomatischen Verhandlungen sowie der hervorragenden politischen, literarischen und künstlerischen Persönlichkeiten, auch für die der kulturgeschichtlichen Vorgänge und Entwicklungen haben die archivalischen Urkunden grösste Bedeutung erlangt. Ihre Ausbeutung allein gestattet es, das subjektive Element in den geschichtlichen Quellen, das die Forschung und Darstellung auf schwankende Unterlagen stellte, auf möglichst enge Grenzen zurückzudrängen und vielmehr diejenige objektiv sichere Begründung zu schaffen, die für wahrhaft wissenschaftliche Aufgaben unentbehrlich ist.

Die Geschichte der Juden in Deutschland entbehrte bis vor wenigen Jahren dieses notwendigen Hilfsmittels fast ganz. Es gab kein öffentliches Depot, das ihre Aktenschätze zu ihren eigenen

Zwecken gesammelt und systematisiert hätte. Staatliche und städtische Archive enthielten selbstverständlich eine grosse Menge diesbezüglichen Materials, aber ohne besondere Rücksicht auf Geschichte der Juden, zerstreut unter ihrer sonstigen Aktenmasse und nach anderweiten Gesichtspunkten geordnet. Die deutschen Israeliten selber besaßen und besitzen — mit Ausnahme weniger Mittelstaaten — keine Oberbehörde, die sich der Sammlung, Sichtung und Ordnung der Urkunden ihrer Glaubensgenossenschaft hätte annehmen können. Die Einzelgemeinden aber, sogar die grössten, zeigten kein Verständnis, ja nicht einmal das leiseste Interesse für die stummen Zeugen ihrer Vergangenheit. Die Akten wurden, sobald sie den unmittelbaren Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Gegenwart verloren hatten, ganz vernachlässigt und verkamen in Haufen oder Kisten, auf den Bodenräumen oder unter allerlei Gerümpel. Niemand hätte über ihren Umfang und ihre Bedeutung Nachricht geben können. Zahlreiche wertvolle Aktenschätze sind so einfach der Vernichtung anheim gefallen.

Diese Umstände veranlassten im Jahre 1903 den Fürstlich Plessischen Archivar Herrn Dr. Zivier in Pless, sich an die Breslauer Lessingloge des Ordens Bnei Briss mit dem Vorschlage zu wenden, in einem dazu geeigneten grösseren Orte Deutschlands eine Zentrale zu gründen, wohin jede jüdische Gemeinde und Institution ihre älteren Akten, die für die laufende Verwaltung nicht mehr in Frage kämen, zur weiteren Aufbewahrung abgeben solle; auch Privatpersonen sollten wichtige Urkunden, die sich in ihrem Besitze befänden, dahin abliefern. Wo die Einsendung der Urkunden nicht beliebt werde, solle man Inhaltsverzeichnisse sowie von den wichtigeren Abschriften dem Zentralarchive zukommen lassen. Herr Dr. Zivier stellte bereitwillig seine eigene Tätigkeit in den Dienst dieser wichtigen und interessanten Angelegenheit.

Die Lessingloge übermittelte die Anregung an die Berliner Grossloge desselben Ordens und letztere an die Gesamtvertretung der jüdischen Gemeinden Deutschlands, den Deutsch-Israelitischen Gemeindebund. Der Ausschuss dieser Körperschaft beschloss, den Plan aufzunehmen und in Gemeinschaft mit der Grossloge der deutschen Abteilung des Bnei Brissordens durchzuführen. Ein Kuratorium für das zu schaffende „Gesamtarchiv der deutschen Juden“ wurde gebildet, unter dem Geschäftsführenden Vorsitzenden des Gemeindebundes als erstem, dem Präsidenten der erwähnten Grossloge als zweitem Vorsitzenden; namhafte Gelehrte, besonders zwei

Archivare, und Vertreter von Grossgemeinden wurden in das Kuratorium berufen. Als Aufgabe und Zweck des Gesamtarchivs galt, nicht nur dem Historiker, Kulturhistoriker, Statistiker, Staatsrechtslehrer und Politiker genügendes und einwandfreies Material zur Erkenntnis der Zustände der Juden Deutschlands zu bieten, sondern auch eine durch Nachweisung der Präzedenzfälle gewährleistete Konstanz der Verwaltungspraxis in den Gemeinden zu schaffen. Die jüdischen Gemeinden Deutschlands sollten in dem Gesamtarchive eine immer zugängliche Quelle der Belehrung für ihre ganze Verwaltungstätigkeit finden.

Ein entsprechender Aufruf fand bei einer grossen Anzahl namhafter Gemeinden freundliche Aufnahme und Zustimmung. Die Angelegenheit kam auch auf dem zehnten Deutsch-Israelitischen Gemeindetage, zu Frankfurt am Main, am 13. Juni 1905 zur Sprache. Mehrere Gemeinden: Berlin, Frankfurt am Main, Breslau, Hamburg, bewilligten beträchtliche jährliche Beiträge, die mit den von der Grossloge und dem Gemeindebunde ausgeworfenen Summen die Begründung und Erhaltung des Gesamtarchivs ermöglichten. Wir sprechen jenen Gemeinden unseren aufrichtigen Dank aus und hegen die feste Hoffnung, dass nicht allein sie ihre Beiträge im Verhältnis der wachsenden Bedürfnisse des Gesamtarchivs erhöhen, sondern noch andere Gemeinden ihrem Beispiele folgen werden.

Die israelitische Gemeinde in Frankfurt am Main bot für das Archiv hinreichende Räumlichkeiten an, wenn es nach dieser Stadt verlegt werde. Allein das Kuratorium war der Ansicht, dass, bei aller Anerkennung der hochherzigen Opferwilligkeit der Frankfurter Gemeinde, das Archiv nicht an einen von dem Mittelpunkte Deutschlands so entlegenen Ort, sondern in die Hauptstadt des Reiches und in deren alle andern jüdischen Gemeinden Deutschlands an Bedeutung weit übertreffende Gemeinde gehöre.

Am 1. Oktober 1905 wurde es also in Berlin eröffnet. Es wurde ein, allerdings sehr ungenügendes, provisorisches Lokal, Lützowstrasse 15, gemietet; es ward vor allem in Herrn Dr. Eugen Täubler, der die Prüfung als preussischer Staatsarchivar bestanden hatte, ein geeigneter Leiter gefunden.

Ein indirektes Verdienst erwarb sich das Gesamtarchiv bereits durch sein blosses Dasein, indem seine Schöpfung vielen grösseren Gemeinden die Veranlassung gab, ihren eigenen Urkundenschätzen die gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden und für deren Erhaltung und Ordnung das Nötige zu tun.

Sonst traf der Ausbau des Gesamtarchivs zunächst auf erhebliche Schwierigkeiten. Ein grosser Teil der Gemeindevorstände erlangte noch des Verständnisses für die Wichtigkeit der Angelegenheit; ein anderer, und zwar besonders in den bedeutenderen Gemeinden, liess sich von einem, wir dürfen wohl sagen unberechtigten, Partikularismus und lokalen Selbstbewusstsein von der Einsendung seiner Akten an das Gesamtarchiv abhalten. Sogar dessen vertragsmässig festgelegte Zusage, dass die Akten Eigentum der sie ein-sendenden Gemeinde oder Privatperson bleiben und im Archive nur aufbewahrt würden, übte geringen Einfluss. Auf Propagandareisen erlangten die Herren Dr. Zivier und Dr. Täubler sowie andere, die sich mit rühmlicher Opferwilligkeit freiwillig in den Dienst der Sache stellten, zahlreiche Zusagen, aber deren Ausführung liess und lässt nur allzu oft auf sich warten.

Indes allmählich ergriff die Intelligenz der israelitischen Glaubensgenossenschaft in Deutschland die Bedeutung der neuen Einrichtung. Es wurde ihr klar, dass diese in dreifacher Beziehung etwas ganz neues unter den jüdischen Gesamt-Institutionen ausmache. Erstens, insofern sie als wissenschaftliche Gründung doch zugleich durch die dauernde Verbindung mit den Gemeinden, Vereinen, Stiftungen die engste Fühlung mit dem praktischen Leben hat; zweitens, insofern sie von dem Gegensatze religiöser Anschauungen in keiner Weise auch nur berührt wird; drittens, insofern sie auf Grund dieser beiden Tatsachen sowie des Zusammenhanges zwischen dem Leben der Vergangenheit und dem der Gegenwart geeignet ist, die Gestaltung unserer Anschauungen über Gegenwart und Zukunft des deutschen Judentums wesentlich zu beeinflussen.

Diese Erkenntnis brach sich immer mehr Bahn und zeitigte günstige Folgen für das Anwachsen der Bestände des Gesamtarchivs. Im Mai 1907 waren, abgesehen von zahlreichen Behörden und Privaten, bereits von 88 Gemeinden Akten eingetroffen, darunter solche inzwischen eingegangener Gemeinden, deren Urkunden sonst unrettbar verloren gegangen wären. Die Zahl der beteiligten Gemeinden ist im gegenwärtigen Augenblicke auf 250 gestiegen; im Laufe des Frühjahrs ist der Beitritt von 150 weiteren Gemeinden mit Sicherheit zu erwarten. Unter denjenigen, die schon Akten bei uns niedergelegt haben, sind zahlreiche mittlere und grössere; von letzteren nenne ich nur Berlin, Beuthen, Darmstadt, Halle, Karlsruhe, Königsberg i. Pr., Stettin, Leipzig. Andere Gemeinden, unter denen ich nur Barmen, Hamburg, Jerusalem, Mainz, Mannheim und Posen hervorhebe, so-

wie viele Private, Gesamtheiten und Zeitungsredaktionen, haben Aktenabschriften, Bücher, Zeitschriften, Drucksachen aller Art und Einzelurkunden geliefert. Eine Anzahl von Freunden der Wissenschaft des Judentums haben in hochherzigster Weise durch propagandistische Reisen und sonstige Arbeiten für das Archiv gewirkt. Ich nenne unter vielen anderen nur Herrn Rechtsanwalt Dr. Guggenheim in Offenbach und Herrn Rabbiner Dr. Heppner in Koschmin, denen wir unsere Erfolge in Hessen und Posen zum grössten Teile verdanken, sowie Herrn Süssmann in Pankow, der durch Bücher- und Urkundensendungen sich grosse Verdienste um das Archiv erworben hat. Von nun an soll die Gewinnung von Gemeindeakten nicht mehr nach sich bietender Gelegenheit, sondern systematisch nach Ländern und Provinzen betrieben werden: ein Verfahren, von dem wir bedeutenden Erfolg erhoffen.

Ganz besonders erwünscht war die Tatsache, dass die bei weitem grösste und bedeutendste Gemeinde Deutschlands, Berlin, ihr Archiv dem Gesamtarchive angliederte. Und zugleich überwies sie mietefrei diesem die nach allen Vorschriften der modernen archivalischen Technik eingerichteten Räume in ihrem neu erbauten zweiten Verwaltungshause Oranienburgerstrasse 28, zu deren Besichtigung nach dem Schluss dieser Feier deren Herren Teilnehmer ergebenst geladen werden. Das Kuratorium des Gesamtarchivs hat die freudige Pflicht, den verehrlichen Behörden der grossen Berliner Gemeinde hier öffentlich innigen Dank für den wichtigen Dienst auszusprechen, den sie damit, hochherzig und einsichtig zugleich, dem Gesamtarchiv, der Wissenschaft des Judentums und der Geschichtsforschung überhaupt geleistet hat.

Erst nachdem das Gesamtarchiv die Kinderkrankheiten überwunden und dann in würdigen und sicheren Räumen seine Schätze untergebracht hatte, konnten wir an dessen feierliche Einweihung denken. Deshalb findet sie erst jetzt, lange Zeit nach dem tatsächlichen Beginne statt.

Daran schliessen wir gern eine zweite, nicht minder herzliche, ehrerbietige Danksagung, und zwar an das Königliche Generaldirektorium der Preussischen Staatsarchive, das durch Verfügung vom 5. März 1910 die ihm unterstellten Archive angewiesen hat, „die ihnen durch Ablieferung einer Behörde zugehenden oder in Kassationslisten aufgeführten Akten über jüdische Angelegenheiten, soweit zur diesseitigen dauernden Aufbewahrung eine Veranlassung nicht vorliegt, unter Vorbehalt der ministeriellen Genehmigung, dem Ge-

samtarchiv der deutschen Juden zur Uebernahme anzubieten.“ In dieser hohen Anerkennung seiner Aufgaben, ich darf wohl sagen auch des Geistes, der in ihm herrscht, und seiner bescheidenen bisherigen Leistungen liegt für das Gesamtarchiv eine bedeutsame Ermutigung, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren und uns der von so kompetenter Seite ihm erwiesenen gütigen Anerkennung würdig zu zeigen.

Bereits hat das Staatsarchiv in Posen solche Akten uns zugestellt. Die anderen werden folgen, je nachdem sie die periodischen inneren Ordnungsarbeiten vornehmen.

Endlich danken wir aus vollem Herzen einer grossmütigen Spenderin, Frau Geh. Rat Becker, die aus Anlass ihres 77. Geburtstages ein Kapital von 10 000 M gegeben hat zu einer „Henriette Becker-Stiftung zur Erforschung der Tätigkeit jüdischer Gelehrter, Künstler, Entdecker, Erfinder, Männer der Literatur und des öffentlichen Wirkens“ an unserem Archive, das hier eine neue, schöne, in den Rahmen seines Wirkens passende Aufgabe erhält.

Die wachsende Ausdehnung des Archivs und seiner Bestimmungen erforderten eine Vermehrung des bei ihm tätigen Personals. Im Juni 1910 erfolgte, zunächst provisorisch, die Anstellung eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters. Ausserdem ist seit letztem Herbst ein älterer Student als Volontär dort beschäftigt, und die hiermit gestellte weitere Aufgabe: Heranbildung von archivalisch geschulten jüdischen Historikern und Theologen, soll auch in Zukunft systematisch betrieben werden.

Liegt schon in allem dem, neben der äusseren, auch eine innere Entwicklung unseres Instituts, so hat letztere gleichfalls nach verschiedenen anderweiten Richtungen stattgefunden.

Im Juni 1908 erschien das erste Heft der „Mitteilungen des Gesamtarchivs der deutschen Juden“. Sie sind in erster Linie dazu bestimmt, die Berichte über den Fortgang der archivalischen Arbeiten aufzunehmen und das Material des Gesamtarchivs in Inhaltsübersichten bekannt zu machen. Weiterhin auch, den Mangel einer eigentlichen historischen Zeitschrift der deutschen Juden für das Gebiet urkundlicher Forschung — nicht der geschichtlichen Darstellung — zu ersetzen. Eine ständige Beigabe jedes zweiten Jahresheftes, denn für jedes Jahr sind zwei Hefte in Aussicht genommen, soll ein systematisch geordnetes Verzeichnis aller Neuerscheinungen zur Geschichte der Juden in Deutschland sein. Bisher haben die „Mitteilungen“ ihren regelmässigen Fortgang genommen, unter erfreulicher Beteiligung auch auswärtiger Gelehrter.

Ferner hat das Gesamtarchiv begonnen, seine Bestände durch Abschrift von wichtigen, die jüdischen Verhältnisse betreffenden Akten und Urkunden anderer Archive und Bibliotheken zu vervollständigen; sowohl staatliche und städtische wie gemeindliche Depots sind bereits in grosser Anzahl hierzu ausgebeutet worden. So soll es immer mehr seine Aufgabe erfüllen, die urkundlichen Grundlagen für die gesamte Geschichte der deutschen Israeliten, zumal in neueren Zeiten, zu vereinen und der Forschung zu eröffnen.

Die Bedeutung des Gesamtarchivs wird auch durch die von Jahr zu Jahr steigende Menge von Nachfragen erwiesen, die an dasselbe gerichtet werden. Ihre Gesamtzahl beträgt bis jetzt 174; sie sind dreifacher Natur: wissenschaftliche, familiengeschichtliche und endlich verwaltungsgeschäftliche von seiten der Gemeinden. Jede dieser Kategorien ist etwa mit je einem Drittel beteiligt. Die Gemeinden ziehen schon für ihre eigensten Zwecke aus dem Gesamtarchiv beträchtlichen Nutzen, zum Teil in wichtigen Fragen vermögensrechtlicher Beschaffenheit. So hat sich bereits gezeigt, eine wie bedeutsame Wirksamkeit das Gesamtarchiv in den verwaltungstechnischen Angelegenheiten der jüdischen Gemeinden Deutschlands zu üben berufen und befähigt ist. Daneben soll aber vor allem sein wissenschaftlicher Charakter gepflegt werden, wie Ihnen das Herr Dr. Täubler sogleich des näheren auseinandersetzen wird. Eine kleine religiöse Minderheit kann nur dann hoffen, sich in der gewaltigen Strömung der modernen Geistesentwicklung zu behaupten, wenn sie ihre wissenschaftlichen Kräfte mit Eifer und Einsicht ausbildet und zur Geltung bringt. In erster Linie wird das Gesamtarchiv der Geschichte der Judenheit Deutschlands dienen. In dieser Beziehung ist sein Nutzen auch im Auslande anerkannt worden; die Jewish Historical Society Englands hat bei ihrer Mocatta-Bibliothek, die der Londoner Universität angeschlossen ist, ein Archiv der jüdischen Gemeinden Englands begründet.

Das Gesamtarchiv soll aber nicht minder einem andern Zwecke dienen: den Zusammenhang des jüdischen Stammeselementes innerhalb des deutschen V o l k s k ö r p e r s mit diesem selbst nachzuweisen, die enge Verbindung der deutsch-jüdischen mit der allgemein deutschen Entwicklung darzutun. So wird einem zwiefachen Mangel abgeholfen werden, dass die meist nur theologisch gebildeten jüdischen Geschichtsschreiber für die allgemeinen historischen Zusammenhänge nur wenig Blick hatten, die nicht-jüdischen aber für die innerjüdischen Vorgänge geringes Interesse und Verständnis besaßen.

Es soll das Gesamtarchiv in den grossen und ruhmvollen Kreis der historischen Institute unseres Vaterlandes und vorzüglich seiner in jeder Beziehung ausgezeichnet organisierten, geleiteten und wirkenden Archive sich eingliedern. Eingerichtet und verwaltet, wenn auch in kleinerem Massstabe, nach den bewährten Grundsätzen und Gesichtspunkten der preussischen Staatsarchive, soll und wird es ein bescheidenes, aber hoffentlich nützlich Glied der umfassenden Kette der wissenschaftlich historischen Organisationen unseres teuren deutschen Vaterlandes bilden. Es wird von neuem dartun, dass unsere Glaubensgenossenschaft, von dem Geiste echter Kultur durchdrungen, sich immer bereitwillig in deren Dienst stellt, deren Aufgaben erfasst, für sie geistige und materielle Mittel zur Verfügung hat, und dass sie, ohne auf ihre durch die Jahrtausende überlieferten religiösen Ueberzeugungen zu verzichten, sich im besonderen der vaterländischen Kulturentwicklung anschliesst und unterordnet.

Wir dürfen nach den bisherigen erfreulichen und ermutigenden Erfahrungen die Hoffnung aussprechen, dass dieses vielseitige und doch einheitliche Wesen unseres Instituts allerwärts anerkannt und gewürdigt werde, und so gedenken wir es weiter auszubilden und zu vervollständigen — immer in Hinblick auf die schönen und fruchtbaren Ziele, die Gemeinbund, Grossloge, Grossgemeinden und Kuratorium ihm gesteckt haben, zu Ehren des deutschen Judentums, zum Dienste der Gemeinden, aber auch zum Nutzen und im Sinne der deutschen historischen Wissenschaft.“

R e d e s Dr. E. T ä u b l e r.

„Wenn ich das eben Gehörte vom Gesichtspunkte der im Archiv zu leistenden Arbeit zurückblickend und vorwärtsblickend zu ergänzen versuche, so wird es kein Zufall sein, dass der Rückblick nicht an dem Masse des Ausblicks messbar erscheinen wird. Und in dem, was dieses Verhältnis erklären soll, wird zugleich die Begründung dafür liegen, dass trotz dieses Missverhältnisses die gegenwärtige Entwicklungsstufe des Gesamtarchivs die Mitte zwischen der untersten Sprosse des Rückblicks und der obersten Sprosse des Ausblicks darstellt.

Das Ende bezeichnet der Name des Archivs, das ein Gesamtarchiv der deutschen Juden werden will; den Anfang in anderem Sinne ebenfalls der Name; denn an unserem Anfange war nichts als das Wort. Das Archiv wurde nicht auf einen Bestand, sondern auf

ein Programm hin, nicht in eigenen, sondern in erborgten Räumen gegründet. Zwischen diesem Anfang und dem Ende wird aber die Stufe des bis heute Erreichten nicht durch Zahl und Raum schlechthin bezeichnet, sondern dadurch, dass der Raum, den wir gewonnen haben, hinreicht, ein Gesamtarchiv der deutschen Juden in sich aufzunehmen, und dass die Zahl der in unserem Archiv mit ihren Akten vertretenen Gemeinden bereits hinreicht, um Gewissheit über die Möglichkeit eines Fortschritts zu geben, welcher den Namen eines Gesamtarchivs der deutschen Juden nicht nur nach der Seite des Erstrebten, sondern auch nach der des Erreichten rechtfertigt.

Die Schwierigkeiten, welche der Zusammentragung der Akten im Wege stehen, sind nicht kleiner geworden, aber die Erfahrung hat gelehrt, sie leichter zu überwinden.

Der Weg, der am schnellsten und verhältnismässig am sichersten zum Ziele führt, ist die mündliche Unterhandlung. Es kann nicht wundernehmen, dass ein hinreichendes Verständnis für archivalische Interessen nicht gerade häufig angetroffen wird. Und wo es vorhanden ist, setzt es sich meist in ehrlich empfundenen, aber schlecht durchdachten Lokalpatriotismus um und wird uns in dieser Gestalt gefährlicher als die Gleichgültigkeit, die unter dem Aktenstaub den Akteninhalt nicht sieht. In Rede und Gegenrede kann man die Gleichgültigkeit leicht verscheuchen und dem Lokalpatriotismus das höhere Ziel setzen, die Akten einem Zusammenhange einzugliedern, in welchem sie über das engbegrenzte Geschehen, von dem sie zeugen, hinaus zu einem Teilzeugnis des Ganzen werden, in das ihr Geschehen einmündet. Dieser Sammelweg konnte von uns aber nur in engen Grenzen beschränkt werden. Er erfordert grosse Kosten und trägt Schwierigkeiten in sich, die ihn oft um den Erfolg bringen. Nur sehr selten wird es dem die Gemeinde besuchenden Vertreter des Archivs möglich sein, die Aktenabsendung auch noch zu überwachen. Meist wird er sich begnügen müssen, sich über den Befund zu unterrichten, die passendsten Anregungen zu weiterem Nachsuchen zu geben und die Gewissheit zu erlangen, den Gemeindevorstand von der Notwendigkeit der Aktenübergabe überzeugt zu haben. Es fragt sich dann, ob diese Ueberzeugung imstande ist, die lange, in kleinen Gemeinden sich oft bis auf ein halbes oder sogar ein ganzes Jahr ausdehnende Frist bis zur nächsten Vertretersitzung zu überdauern und dann auch noch auf den grösseren Kreis der Gemeindevertreter überzugehen. Ist dies nicht der Fall, so lässt sich die Arbeit in dieser Gemeinde in absehbarer Zeit nicht wieder aufnehmen. Und

der blosse schriftliche Antrag zieht, wenn sich an dem Orte nicht zufällig ein einflussreicher Mann mit offenem Blick für unsere Interessen findet, fast immer ein Nein nach sich. Aber auch die Zustimmung lässt den Erfolg meist noch in weiter Ferne. Dann sollen die Akten oft erst einmal in der Gemeinde repertorisiert werden, eine Arbeit, die im besten Falle überflüssig ist, im weniger guten schädlich durch das Zerreißen des Zusammenhängenden, durch eine unbewusste Zerstörung der meist nur schwer erkennbaren Zeichen, die das Auge des Archivars in der genetischen Rekonstruktion des Zusammenhangs leiten. In jedem Falle ergibt sich eine Verzögerung, die in einzelnen Fällen nun schon mit der Lebensdauer des Archivs Schritt hält, ohne Aussicht auf ein Ende zu bieten. Und werden die Akten endlich für die Versendung freigegeben, so können nach unseren Erfahrungen immer noch zwei bis drei Jahre voll endloser Schreibmühen vergehen, bevor das Archiv sie erhält.

Diese Erfahrungen führten darauf, einen Weg zu gehen, der die Mitte zwischen Bereisung und schriftlichem Antrag hält und der Sammlung einen Antrieb aus eigenem zuführt. Wir haben begonnen, die Provinzial-, Landes- und Reichsverbände der Gemeinden und der Beamten als Zwischeninstanzen und Agitationsorgane auszunutzen. Ihre Tagungen geben die geeignetste Grundlage zur Verbreitung unserer Absichten und Forderungen. Ihre Mitglieder müssen dazu gebracht werden, sie in die Gemeinden hineinzutragen und in den Gemeinden zur Erfüllung zu bringen. In vielen Bundesstaaten stehen die Gemeindeverbände unter staatlicher Leitung. Um so autoritativer muss in diesen die Beeinflussung der Einzelgemeinde durch das staatliche Verbandsorgan zu gestalten versucht werden.

Auf diesem Wege beginnt die Sammelarbeit unseres Archivs den Charakter eines organischen Auftriebs zu gewinnen, welcher den Erfolg nicht mehr allein vom Willen der Einzelgemeinde abhängig macht.

Auf diesem Wege wird das Gesamtarchiv der deutschen Juden in der organisierten Vorwärtsbewegung zum Endziele seinem Namen den Inhalt der Wirklichkeit verschafft haben, bevor noch der Aktengeiz des letzten Gemeindeparkularisten überwunden sein wird.

Auf diesem Wege wird es endlich auch möglich werden, im Fortschritt der Sammelarbeit die Träger eines nach Bezirken und Gemeinden gegliederten Pflugschaftssystems zu gewinnen, dessen das Archiv als dauernder Hilfsorganisation bedarf. Zu mehrfachem Zweck. Der nächste ist die Vervollständigung des uns von der Ge-

meinde übergebenen Aktenbestandes durch ältere Reste, die uns selbst aus grösseren gut verwalteten Gemeinden stossweise zugehen, je nachdem das Finderglück unseres Vertrauensmanns sie in versteckten Winkeln aufstört. Das zweite ist die Sammlung der im privaten Besitz befindlichen oft überraschend wertvollen Archivalien. Die weiteren Aufgaben des Pflegers erwachsen aus unseren bald zu bezeichnenden Ergänzungsarbeiten.

Setzen wir die Sammelarbeit als getan voraus. Dann ständen wir mit unsern Akten, rückwärts gesehen, an der Zeitgrenze des ausgehenden 30jährigen Krieges. Erst in der Zeit des 30jährigen Krieges wurden die Keime des heutigen Bestandes jüdischer Gemeinden in Deutschland gelegt. Nur wenige Gemeinden haben die Stürme des ausgehenden Mittelalters und der beginnenden Neuzeit überstanden. Die grossen Judenhetzen des 13. und 14. Jahrhunderts zitterten im 15. und 16. Jahrhundert in territorialen und lokalen Verfolgungen nach. Erst die Not des grossen Krieges, der die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts ausfüllte, drängte die auf dem flachen Lande zerstreuten Juden in den Schutz der Städte; und weil die grosse Not nicht enden wollte, endete auch der Schutz nicht und liess die hineingewehten Keime sich entwickeln und Wurzel schlagen. Die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts bot dann die Grundlagen einer Entwicklung, die es den Juden ermöglichte, in langsamem Fortschritte mit dem Staats- und Volkskörper organisch zu verwachsen. Das war die Zeit, in welcher das Reich sich in seinen Territorien neu zu bilden anfang und die harten Fäuste der Landesfürsten begannen, durch das Gestrüpp der alten ständischen und religiösen Beschränkungen Bresche zu schlagen für die Bildung freierer Wirtschafts- und Gesellschaftsformen; und trotz wiederholter Rückfälle in die alten Verhältnisse bot dieser neue Wirtschafts- und Verwaltungsorganismus den vom Kleinhandel in das Land geführten Juden verhältnismässig rasch die festen Punkte, an die sich geschlossene Körperschaften, dauernde Siedelungen ankristallisieren konnten. Ihr mühseliger Entwicklungsprozess hat in vielen Gemeinden von Anfang an einen schriftlichen Niederschlag hinterlassen. Dieser Niederschlag bezeichnet die Frühgrenze geschlossener Gemeindeakten. Über diese Zeit hinaus führt mit grösseren Beständen nur eine Gemeinde, Frankfurt am Main.

Das Gesamtarchiv der deutschen Juden wird also durch die Sammlungen, die es im Original aufbringen kann, als neuzeitliches gekennzeichnet. Bei dieser Grenze stehen bleiben, hiesse nicht, ein

Archiv schaffen, sondern Registraturen sammeln. Nicht der Zufall der Erhaltung und Zuführung, sondern das wissenschaftliche Bedürfnis muss dem Ausbau des Gesamtarchivs die Richtung geben, und dieses Bedürfnis findet nicht an dem seine Grenze, was wir dem Gesamtarchiv im Original zuführen können, sondern sucht alles zu erfassen, was sich in fremden Sammlungen seinem Interesse bietet. Ergänzungen nicht originaler Natur wird kaum ein Archiv entbehren können. Die Besonderheit unseres Arbeitsgebiets und unserer Arbeitsbedingungen bestimmt aber anderen Archiven gegenüber die besondere Bedeutung unserer Ergänzungsarbeiten für den Aufbau des Ganzen. Zunächst für das Zeitgebiet des Mittelalters, das im grossen und ganzen mit dem überwiegenden Geltungsgebiet der Urkunde zusammenfällt. Was wir im Original an Urkunden, Register- und Kopialbüchern aufzubringen vermögen, ist so gering, dass es als Grundlage eines Urkundenarchivs nicht in Frage kommt. Der Bestand an Urkunden zur Geschichte der Juden in Deutschland liegt in Staats-, Stadt-, Schloss- und Kirchen-Archiven fest. Für dieses Gebiet wandelt sich das Verhältnis von Hauptsammlung und Ergänzung. Die indirekte Zuführung des Stoffes fremder Archive in das Gesamtarchiv wird zur Hauptsache. Die Arbeit läuft in zwei Richtungen; die eine ist durch das Ziel eines Regesten-Katalogs aller jüdischen Verhältnisse oder Juden erwähnenden Urkunden bereits bezeichnet. Diese Arbeit nimmt ihren Ausgang von der gedruckten Urkundenliteratur und soll von dieser zu den Originalen und den älteren Abschriften führen. Das Ordnungsprinzip ist das chronologische. Die notwendige Ordnung nach dem Sachorte wird durch ein mit den Urkundensdaten ausgefülltes Register geschaffen. Sach-, Personen-, Herkunfts- und Literaturregister treten hinzu. Der Regesten-katalog wird soweit wie nötig durch Urkundenabschriften ergänzt. An die Stelle der Abschrift soll aber bei Urkunden, die nicht nur Einzelangelegenheiten von Juden, sondern Gemeinde- und Rechtsverhältnisse behandeln, die Photographie treten. Auf diesem Wege wird es möglich sein, in grösster Vollständigkeit und mit dem grössten Masse diplomatischer Genauigkeit mit Ersatzmitteln ein mittelalterliches Archiv zu schaffen, das seine Ergänzung in einer Inschriften-sammlung finden soll, die ebenfalls auf das Mass grösster Genauigkeit gebracht und deshalb mit mechanischen Mitteln, dem Abklatsch und der Photographie, hergestellt werden muss. An dem Urkunden-katalog wird bereits gearbeitet; auch für die Inschriftensammlung ist der Anfang vorbereitet.

Abschriftliche Ergänzungen treten auch zu unserm originalen Archivbestande hinzu. In verschiedenen Formen, welche durch die Stufen des Aufstiegs dieser Arbeiten bezeichnet werden. Ein Verzeichnis des Bestandes fremder Archive an Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Deutschland ist das erste. Exzerpte sind das zweite, ganze Abschriften das dritte.

Die Arbeit kann selbst in einem kleinen Stadtarchive nur mit grosser sachlicher und zeitlicher Konzentrierung durchgeführt werden. Während die Arbeit an den mittelalterlichen Urkunden zumeist den Beamten des Archivs vorbehalten bleiben muss, wird die Ergänzung der neuzeitlichen Akten in grossem Umfange auf der Pflerschaftsorganisation aufgebaut werden können, wie es bisher schon geschah. Nach Orten und Bezirken vorwärts schreiten, hiesse, die Arbeit der Versendung zuführen. In kleineren Bezirken die Arbeit zu organisieren und die Arbeitsmethoden auszuprobieren, war die Aufgabe der vorbereitenden Zeit. Nun müssen wir versuchen, das Ganze zu umspannen und eine Arbeitsorganisation zu schaffen, welche unser Archiv zu dem Mündungsbecken eines über das ganze Reich verteilten Systems dauernd fliessender Zuflussadern macht.

Das leidige Muss, in unsere Rechnung die irrationelle Grösse des Interesses, das wir in den Gemeinden finden, einzustellen, hat die Erweckung und Stärkung dieses Interesses für uns zu einer nicht immer erfreulichen Pflicht gemacht. Um so bedeutungsvoller wird auch in diesem Zusammenhange der jüngste Zweig des Gesamtarchivs werden, die familiengeschichtliche Abteilung, welche nach festen Plänen für die Art der Aufzeichnung den Bestand und die Geschichte der über das Jahr 1800 zurückführbaren Familien festhalten soll. Die Arbeit soll vom Archiv geleitet und unterstützt, aber nicht ausgeführt werden. Die Ausführung steht den Familienangehörigen, dem Pfleger oder einem von diesem gewonnenen Bearbeiter zu. Es ist zu erwarten, dass auf diesem Arbeitswege viel in privatem Besitz befindliches Archivmaterial in unmittelbarer Verbindung mit den familiengeschichtlichen Aufzeichnungen dem Archiv zufließen wird. Es ist weiter zu erwarten, dass dieser Weg es uns erleichtern wird, Eingang und Interesse in den Gemeinden zu finden und in ihnen die Kräfte zu gewinnen, deren wir für die Leitung und Lebendigerhaltung der notwendigerweise oft Jahre hindurch in den einzelnen Gemeinden fortfliessenden Arbeiten bedürfen.

Das Archiv sucht die ihm übergebenen Akten aufs schnellste der Benutzung zu administrativen und wissenschaftlichen Zwecken

zugänglich zu machen. In der kürzesten Frist nach dem Eingang der Akten erhält die abliefernde Gemeinde eine Präsenzliste, die aber bereits Vorarbeiten für das Inventar enthält und als erste Grundlage für die Benutzung hinreicht. Dann folgt die kein Aktenblatt und kein Schreiben unberücksichtigt lassende Inventarisierung, die weit über das hinausgeht, was sonst als Inventaraufnahme bekannt ist. Eigenheiten des Stoffs und der Benutzung wiesen auf grössere Vereinzelung. Die allgemeinen Titel weichen in den Beständen der einzelnen Gemeinden zum grössten Teil nur in den Jahreszahlen ab. Das individuelle Gepräge geben den einzelnen Inventaren erst die Untertitel; sie sollen die Grundlinien des geschichtlichen Bildes, das sie bergen, leise hervortreten lassen, um den Anreiz zu weiterem Eindringen zu geben.

Der Gedanke einer Vereinigung aller jüdischen Urkunden und Akten in einem Archiv wird zunächst nicht nur den Lokalpatrioten, sondern auch den Archivar bedenklich machen. Akten sind ein Teil des Bodens, auf welchem sie erwachsen sind. Was für die Akten der Staatsbehörden die Gliederung nach Provinzen ist, das ist für Gemeindeakten die Gliederung nach den Ursprungsgemeinden. Die enge Verbindung des Ursprungs- und des Erhaltungsorts gibt die beste Gewähr für die aus wissenschaftlichen Rücksichten nicht weniger als aus ethischen zu erstrebende geschichtliche Sicherung des Zusammenhangs der Gegenwart und der Zukunft mit der in ihrem schriftlichen Niederschlag zu ewiger Gegenwart erhaltenen Vergangenheit.

Diese Theorie und unsere Praxis stehen gedanklich im Gegensatz. Die Wirklichkeit überwindet den Gegensatz und verbindet seine Elemente zu der doppelten Einheit der Bedingungen und der Ziele.

Innerhalb der Gemeinden, mit Ausnahme weniger, fehlt für die Aktenfürsorge nicht weniger als alles: die Möglichkeit einer feuersicheren Aufbewahrung, einer archivalischen Bearbeitung, einer wissenschaftlichen Ausnutzung. Die wenigen Ausnahmen sollen auch uns als Ausnahmen gelten, diese Bestände dem Gesamtarchiv als Aussenfonds angeschlossen werden.

Zu den fehlenden Bedingungen für den Aktenverbleib innerhalb der Gemeinden tritt die Tatsache, dass die äusserliche Entfremdung der Sache nach durch die Art der Aktenverwaltung im Archiv in ihr Gegenteil, in eine Erweckung des geschichtlichen Interesses, verwandelt wird. Diesem Zwecke dient die Veröffentlichung

der Archivinventare in unseren Halbjahresveröffentlichungen, den „Mitteilungen des Gesamtarchivs der deutschen Juden“. Diese Mitteilungen sind nicht dazu bestimmt, eine geschichtliche Zeitschrift, sondern nur das zu sein, was in ihrem Namen liegt, ein Organ, das die im Archiv geleistete Arbeit der Allgemeinheit, die einzelnen Inventare vor allem den Heimatsgemeinden ihrer Akten zuführen, ihre wissenschaftliche Ausnutzung anregen und durch die propädeutischen Behandlung ausgewählter, meist dem Zwischengebiet der jüdische und der allgemeinen Geschichte entlehnter Fragen anleiten soll. Demselben Zweck dient die Jahresbibliographie. Sie berücksichtigt nicht nur die Spezialarbeiten unseres Gebiets, sondern sucht ihren Stoff in den allgemeinesgeschichtlichen Arbeiten. Sie bringt damit äusserlich zum Ausdruck, worum es sich innerlich handelt: die Geschichte der Juden in Deutschland aus der organischen Bedingtheit der allgemeinen deutschen Geschichte heraus zu erfassen.

Das Archiv ist ein Sammelinstitut. Aber es greift schon mit der Wahl und Bearbeitung seiner Sammlungen weit in die wissenschaftliche Tätigkeit ein und muss überdies von sich aus der wissenschaftlichen Tätigkeit in den durch die führenden Archive festgelegten Grenzen Impulse zuzuführen suchen. Deshalb weitete sich die Frage nach den leitenden Gesichtspunkten unserer archivalischen Arbeit zu der Frage nach den leitenden Gesichtspunkten des Zweiges unserer Wissenschaft.

Die Frage ist kurz diese: was bringt die Geschichte der Juden in Deutschland zum Ausdruck? Die allgemeine Geschichte ist nach den Begriffen Staat und Volk orientiert. Welche Begriffe orientieren unser Teilgebiet? Ist es als Kirchengeschichte, als Geschichte einer geistigen Bewegung mit politischen, sozialen, wirtschaftlichen Nebenwirkungen und in der äusseren Struktur als eine Summe von Gemeindegeschichten zu erfassen?

Wenn wir die Antwort von der Frage nach dem objektiven Befund abhängig machen wollten, so müssten wir bei der Verschiedenheit der über diese Voraussetzung die Köpfe und die Herzen bewegenden Meinungen und Empfindungen auf eine allgemeingültige Antwort von vornherein verzichten. Anders, wenn wir uns darauf beschränken, in der Antwort nichts als geschichtliche Erscheinungen zum Ausdruck zu bringen. Wir gewinnen dann zwar nicht den Eckstein einer geschichtlichen Theorie, wohl aber die leitenden Gesichtspunkte einer Methode. Für unseren Zusammenhang eine methodische Begriffsbestimmung, die nicht über eine Gliederung

des Stoffes hinausgeht und aus meinem Denken heraus ihr Kriterium in der Ausschliesslichkeit ihrer Teilbegriffe findet; der drei Begriffe: Siedelung, Assimilation und Eigenart. Ihnen ist gemeinsam, dass ihre Bedingungen und ihre Wirkungen alle Erscheinungsformen des gesellschaftlichen Lebens durchlaufen, dass sie politisch, wirtschaftlich, sozial, religiös und allgemein-kulturell bedingt und wirksam sind. Also erschöpft sich die Geschichte der Vertreibung der Juden in Deutschland sowie ihrer Zu- und Abwanderung nicht in statistischen Feststellungen, sondern vertieft sich zu den Fragen nach den Bedingungen der Siedelung im ganzen, in territorialer, in lokaler Gliederung, nach den besonderen Bedingungen ihres Beginnes, ihres Endes, nach Art und Bedingung ihrer tatsächlichen und rechtlichen Formen, nach ihrer Dichte, nach dem Grade ihrer Verbindung mit den allgemeinen Siedelungskörpern, nach Anlass, Art, Intensität und den Wegen ihrer Verschiebung, und diese und andere Fragen verlangen eine Antwort, die an den allgemeinen geschichtlichen Siedelungsvorgängen abgemessen und in Bedingung und Wirkung an den bezeichneten Erscheinungsformen des gesellschaftlichen Lebens geprüft ist. Die Verwendung der Juden in der Kolonialpolitik Heinrichs des Löwen, der Einfluss der kurmainzischen Enklaven auf ihre Verschiebung vom Rhein zur Elbe, die Bedeutung der in der Nähe der Grenze liegenden Messstadt Frankfurt a. O. als Brückenpfeiler für den Zuzug aus dem Osten, die Wirkung der Woll-einfuhr aus Polen auf die Ansiedlung von Juden in den neumärkischen Tuchweberstädten und aus der Gegenwart der Rückgang der Judensiedelung in Pommern und Posen und ihr Aufstieg in den schlesischen und rheinisch-westfälischen Industriegebieten — das sind herausgegriffene Beispiele, die zeigen, um was es sich in der Geschichte der Judensiedelung in Deutschland handelt.

Die Assimilation fasst alle Erscheinungsformen zusammen, welche der Prozess des Hineinwachsens des jüdischen Volkselements in den deutschen Volkskörper auf der jüdischen und der allgemein-deutschen Seite hervorgebracht hat. Dieser Prozess ist in allen Erscheinungsformen des individuellen und des gesellschaftlichen Lebens nach Inhalt und Intensitätsgrad zu bestimmen. Unter diesem Gesichtswinkel wird z. B. die öffentlich-rechtliche Stellung der Juden, von der staatlichen Seite betrachtet, zu einem Ausdruck des Grades, in welchem die Juden Element des Volkes und des Staates wurden. Die von der Tendenz politischer Ideale oder der allgemeinen Menschenliebe beeinflusste Anschauung hat auf die geschichtliche Erkenntnis

dieser Vorgänge gradezu vernichtend gewirkt. Am Beispiel des brandenburgisch-preussischen Staates bezeichnet ist bereits die 1671 den Ständen vom Fürsten aufgezwungene Aufnahme der Juden in die Mark nur aus dem werdenden fürstlichen Einheitsstaate heraus zu verstehen und von dieser bestimmenden Seite aus unter demselben Gesichtswinkel wie die Begründung des stehenden Heeres und der ewigen Steuern zu beurteilen. Der bestimmende Zweck ist staatswirtschaftlicher Natur: der Gewinn neuer Handels- und Steuerträger, aber zugleich von politischer Wirkung: der Gewinn eines ausserständischen, den Ständen aufgezwungenen, nur von dem Fürsten abhängigen Volkselements.

Von hier aus wird die Entwicklung der politischen Assimilation von den grossen Veränderungen der Struktur des Staates bestimmt; sie wandelt und entwickelt sich nach dem Masse des politischen Entwicklungsprozesses, der den preussischen Staat durch die Kategorien des Kriegs-, Beamten- und Polizeistaats, des kommerziellen, merkantilen und physiokratischen Systems hindurch zu dem Verfassungsstaat geführt hat. Der Verfassungsstaat brachte die Verschmelzung innerhalb der allgemeinen Wehrpflicht; diese ist die Grundlage wie der preussischen Verfassung so der Judenemanzipation.

Der aus dem Gesichtswinkel des Staates angesehene politische Verschmelzungsprozess zeigt die geschichtliche Entwicklung nur von einer Seite. Aber die einseitige Betrachtung ist notwendig; nur nicht ein Stehenbleiben bei einer Seite. Die Elemente, welche die geschichtliche Entwicklung teils verbunden, teils unverbunden bestimmt haben, müssen in demselben Masse der Verbindung im geschichtlichen Bilde nebeneinander stehen.

Die sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen sind untereinander ebenso eng verbunden, wie mit den politischen. Die gesellschaftliche Schichtung hat die Tendenz zur Beharrung und trotz ihrer für die völkisch-staatliche Assimilation Einlass Begehrender notwendigen Lockerung am längsten. Die Untersuchung der Erscheinungsformen dieses Entwicklungsvorgangs wird zu einer Untersuchung der öffentlichen Meinung in der unendlichen Fülle ihrer möglichen Differenzierung. Das erzwungene oder freiwillige Fernhalten von bestimmten Berufen und als Gegensatz dazu die Ausfüllung wirtschaftlicher Lücken, wie sie zu Zeiten im Geldgeschäft und im Hausierhandel den Juden zufiel, aber auch schon der Grad der wirtschaftlichen Abstufung greift in den sozialen und politischen

Verschmelzungsprozess ebenfalls hinein, nicht nur hemmend und fördernd, sondern ist in Bedingung und Wirkung sogar nur ein Teil dieses biologischen Prozesses, der auch die somatischen und die allgemein-kulturellen Entwicklungserscheinungen beherrscht und selbst auf religiösem Gebiete wirksam ist.

Die angedeuteten geschichtlichen Erscheinungskomplexe fügen sich *einem* Begriffe: sie sind Ausdrucksformen der Assimilation, der im einzelnen in der Sache und im Grade in sich ausserordentlich verschiedenen Verbindung des jüdischen Volkselements mit dem Gesamtkörper des deutschen Volkes.

Der Begriff der Eigenart steht zu dem Begriff der Assimilation im Verhältnis der Ergänzung. Er beginnt dort, wo diese endet und umfasst ausschliesslich, um hier nur seine gesellschaftlichen Erscheinungen anzudeuten, die Geschichte der Religion und des religiösen Lebens, die Geschichte einzelner Wissenszweige ganz oder zu Teilen, die Geschichte der jüdisch-politischen und gesellschaftlichen Ideen und Bewegungen und die Geschichte der jüdischen Organisationen. Dieser zuletzt genannte Teil, beginnend bei dem Verein und der Gemeinde und über die Landes- und Reichsverbände bis zu den Weltorganisationen aufsteigend, ist das spezielle Gebiet aktenmässiger Geschichtsforschung, das Quellengebiet unseres Archivs, das aber den Fragen der Siedelung und der Assimilation nur dem Umfange, nicht der Sache nach weniger dienen soll, während die Geschichte der Religion und der Zweige der jüdischen Wissenschaft so gut wie gar nicht, des religiösen Lebens nur wenig Material in ihm finden können.

Die Stellung des Teilgebiets der jüdischen Geschichte im Ganzen der deutschen Geschichte rückt das Gesamtarchiv der deutschen Juden in die Linie der Teilgebiete der deutschen Geschichte pflegenden Organisationen. Der Vergleich schliesst viele Verschiedenheiten in sich ein. Im Verhältnis zu dem lokal- und territorialgeschichtlichen Kleinbetrieb liegt die Eigenart der Erforschung der jüdischen Geschichte darin, dass sie viel weniger territorial gebunden werden kann, viel mehr als Ganzes genommen werden muss. Im einzelnen ruht sie grossenteils auf lokalgeschichtlichen Forschungen. Aber die Summe der Lokalgeschichten kann die Summe der aus dem Stoff zu holenden Erkenntnis nicht ersetzen.

Dasselbe gilt für das Territorium. Die im einzelnen recht verschiedene Geschichte der Juden innerhalb der grossen deutschen Territorien greift in ihren allgemeinen Bedingungen und Wirkungen

so sehr über die Territorien hinaus, dass es unmöglich ist, ihre tiefer gehende Erkenntnis bei isolierter Betrachtung zu gewinnen und zur Darstellung zu bringen. Es ist unmöglich, den schweren Gang, den die Verhältnisse der Juden in ihrer Entwicklung genommen haben, zu erkennen, wenn man ihn nicht aus dem Ganzen heraus zu erkennen versucht.

Das Ganze für den Teil, in der Erkenntnis, in ihrer Vorbereitung. Erst dann wird es möglich, in den toten Nachrichten Reflexe von Lebenserscheinungen und hinter den Lebenserscheinungen ihre Lebensbedingungen zu erkennen.

Es konnte nicht anders sein, als dass die Geschichte der Juden im Schatten der Synagoge zu wachsen begann. Doch muss die Zeit vorüber sein, da sie wesentlich als Kirchengeschichte galt, darüber hinaus nur als Pflanzung, in welcher sich Moralisten in ihren Mussestunden ergingen, um die Grösse Gottes in der Natur zu bewundern.— Tag für Tag formt sich um uns, in uns, durch uns Geschichte. Die Beobachtung des Seienden und des Werdenden schärft den Blick für die breite Fülle harter irdischer Elemente, die im Gewordenen zu Kampf und Wirkung kamen und führt das suchende Auge auf die unendliche Verschlingung wirtschaftlicher, politischer, sozialer, religiöser und kultureller Kräfte, die das allmähliche Verwachsen der jüdischen Schicht mit dem deutschen Volkskörper bestimmt und die inneren Wandlungen des jüdischen Volkselements in hervorragender Weise beeinflusst haben. Es sind eben zwei grosse Wissenskreise, die sich im Segment der Geschichte der Juden in Deutschland decken: der eine die jüdische Gesamtgeschichte, der andere die Gesamtgeschichte des deutschen Volkes.“

Die Verlegung des Archivs in die neuen Räume musste sowohl der Aktensammlung, wie der Aktenbenutzung einen starken Auftrieb bringen. Diese Erwartung hat nicht getäuscht. Die Lage des Archivs in der Nähe der grossen wissenschaftlichen, besonders auch der jüdisch-wissenschaftlichen Institute hat die persönliche Benutzung des Archivs sehr gehoben. Auch nach auswärts zeigt sich die Wirkung seiner Tätigkeit in einer gesteigerten Inanspruchnahme der Sammlungen und des wissenschaftlichen Rats; sowohl zu wissenschaftlichem, wie zu administrativem Zweck. Die Benutzung ist nicht auf jüdische Kreise beschränkt, und erlaubt dem Gesamtarchiv oft, Einfluss auf die Art der Arbeit zu gewinnen, besonders in der Richtung,

dass man nicht nur das Nebenbei der Theologie als jüdische Geschichte aus den Akten heraushebt, sondern versucht, die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Verhältnisse der Juden in ihrem Zusammenhange mit der allgemein-geschichtlichen Entwicklung zu erkennen. Auch den Gemeinden wird erfreulicherweise immer mehr bewusst, dass wir ihre Akten nicht für uns, sondern für sie selbst ordnen und verwalten. Die Ausnutzung der Akten und der Arbeitskräfte des Archivs durch die Gemeinden steigt entsprechend. Es ist keineswegs notwendig, dass der Vorstand im Bedürfnisfalle nur das Aktenstück zurückerbittet und sich selbst die Mühe macht, den Stoff aus den Akten zusammenzustellen. Eine kurze Angabe des Zwecks genügt, um die Arbeitskräfte des Archivs für diesen Zweck in Bewegung zu setzen. Die fachwissenschaftliche Vorbildung und die andauernde Aktentätigkeit wird es zumeist dem Archivar nicht nur sehr viel leichter machen, den Stoff zusammenzusuchen, sondern wird auch eine gründlichere Arbeit garantieren, wenn es nötig ist, eine Beurteilung des Falles veranlassen und dem Archivar Gelegenheit geben, die Frage durch Präzedenzfälle aus den Akten anderer Gemeinden zu klären. Die anfragende Gemeinde bekommt den Bescheid auf das eiligste, wenn es nötig erscheint, unter Beifügung der Akten, auf die sich der Bescheid stützt.

Wir stellen die Benutzungsziffern in den Jahren 1906 bis März 1909 und April 1909 bis März 1911 einander gegenüber:

April 1906—März 1909: zu wissenschaftlichem Zweck 48,
zu geschäftlichem 20 Anfragen;

April 1909—März 1911: zu wissenschaftlichem Zweck 81,
zu geschäftlichem 45 Anfragen.

Von April bis Oktober 1911 betrug die Zahl der wissenschaftlichen Anfragen 37, der geschäftlichen 10.

Der Aufbau des Gesamtarchivs stellt sich augenblicklich wie folgt dar:

1. Gemeindearchiv. S. S. 60 und 81 ff.
2. Regestensammlung von Urkunden zur Geschichte der Juden in Deutschland. S. S. 68.
3. Vereinsarchiv. Von den Akten der vielen, in jeder Gemeinde bestehenden Vereine gelangt immer nur ein kleiner Teil mit den Gemeindeakten in das Archiv; soweit die Vereine nämlich in der Verwaltung der Gemeinde angegliedert sind. Das Gesamtarchiv hat begonnen, die Akten aller Vereine, Stif-

tungen, Institute usw. gesondert von den Gemeindeakten zu sammeln.

4. Familiengeschichtliche Abteilung. S. S. 69. Eine genauere Mitteilung über die Einrichtung dieser Abteilung erfolgt später.
5. Henriette Becker-Stiftung zur Erforschung der Tätigkeit jüdischer Gelehrter, Künstler, Entdecker, Erfinder, Männer der Literatur und des öffentlichen Wirkens. S. S. 62.

Der Zweck der Abteilung ist des näheren in den hier folgenden Paragraphen 2, 4 und 7 der Stiftungsstatuten niedergelegt:

§ 2: Der Zweck der Stiftung ist, die Tätigkeit der Juden aller Nationen in der Technik, Wissenschaft, Kunst, Literatur, Staats- und Kommunalverwaltung und als Forscher, Entdecker und Erfinder personen- und sachgeschichtlich zu erforschen und zu verfolgen und das so gesammelte Material zu einem Buche zu verarbeiten.

§ 4: Die Zinsen werden zur Vorbereitung eines Buches auf Grund gedruckten und archivalischen Materials über jüdische Entdecker und Erfinder verwandt. Die Arbeiten werden durch einen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter des Archivs unter Leitung und Aufsicht des Archivvorstandes beschafft. Die Arbeiten und Sammlungen der Stiftung sollen der familiengeschichtlichen Abteilung des Gesamtarchivs der deutschen Juden in Berlin überwiesen werden. Über die Arbeiten wird alljährlich in dem Geschäftsberichte der Mitteilungen des Gesamtarchivs der deutschen Juden Rechenschaft gegeben.

Nachtrags-Paragraph 7: Die Bestimmungen der §§ 1 und 2 erstrecken sich auch auf Frauen.

6. Bücherei zur Geschichte der Juden in Deutschland. Eine Präsenzbibliothek, welche zu möglichst grosser Vollständigkeit gebracht werden soll; nicht nur für die spezifisch jüdisch-geschichtliche, sondern auch unter Berücksichtigung der grundlegenden allgemein-geschichtlichen Literatur. Der bisherige Bestand ca. 2500 wird zum grössten Teile der jetzt aufgelösten Bibliothek des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes verdankt.

Für die Entwicklung des Archivs ist ausser den Sammlungen, dem äusseren und inneren Ausbau und der Benutzung auch noch das Verhältnis zu den anderen geschichtsforschenden Instituten und Vereinen massgebend. Es kommt darauf an, dass das Gesamtarchiv sich in diesem Kreise den seinen Arbeitsaufgaben entsprechenden

Platz erringt. Erst dadurch wird die gebührende Berücksichtigung der jüdischen Geschichte innerhalb der deutschen Gesamtgeschichte, an der es fehlt, garantiert. Das Arbeitsmaterial des Gesamtarchivs für diesen Zweck ist sein Publikationsorgan, die zweimal jährlich erscheinenden „Mitteilungen des Gesamtarchivs der deutschen Juden“. Oben S. 62 und 70f. Mittels dieser Mitteilungen wird die Verbindung mit anderen geschichtsforschenden Instituten in der Weise geknüpft, dass wir in Zeitschriftenaustausch treten. Wir erhalten bisher im Austausch folgende Zeitschriften und Zeitungen:

Aachen: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins.

Berlin: Allgemeine Zeitung des Judentums.

Im deutschen Reich. Zeitschrift des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Der jüdische Handwerker. Organ des Vereins selbständiger Handwerker jüd. Glaubens zu Berlin.

Jüdische Presse.

Jüdische Turn-Zeitung. Monatsschrift . . . her. von der Jüdischen Turnerschaft.

Israelitisches Wochenblatt.

Korrespondenz-Blatt des Verbandes der Deutschen Juden.

Mitteilungen vom Deutsch-Israelitischem Gemeindebunde.

Mitteilungen des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands.

Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins.

Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden. Her. vom Bureau für Statistik der Juden.

Breslau: Jüdisches Volksblatt.

Mitteilungen aus dem Stadtarchiv und der Stadtbibliothek zu Breslau.

Danzig: Mitteilungen des Westpreussischen Geschichtsvereins.

Zeitschrift des Westpreussischen Geschichtsvereins.

Dessau: Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Geschichte und Altertumskunde.

Dillenburg: Veröffentlichungen des Historischen Vereins zu Dillenburg.

Dillingen: Jahrbuch des Historischen Vereins Dillingen.

Düsseldorf: Beiträge zur Geschichte des Niederrheins. Jahrbuch des Düsseldorfer Geschichtsvereins.

- Einbeck:** Jahresbericht des Vereins für Geschichte und Altertümer der Stadt Einbeck und Umgegend.
- Elberfeld:** Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins.
Zeitschrift des Vereins für Rheinische und Westfälische Volkskunde.
- Frankfurt a. M.:** Der Israelit.
Frankfurter Israelitisches Familienblatt.
- Friedberg:** Friedberger Geschichtsblätter. Beiträge zur Geschichte von Friedberg und der Wetterau. Her. im Auftrage des Geschichts- und Altertumsvereins Friedberg.
- Friedrichshafen:** Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung.
- Fulda:** Fuldaer Geschichtsblätter. Zeitschrift des Fuldaer Geschichtsvereins.
- Gebweiler:** Israelitische Wochenschrift.
- Guben:** Niederlausitzer Mitteilungen. Zeitschrift der Niederlausitzer Gesellschaft für Anthropologie und Altertumskunde.
- Halle:** Neujahrsblätter. Her. von der Historischen Kommission f. d. Prov. Sachsen und das Herzogtum Anhalt.
Thüringisch-Sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst.
Her. von dem mit der Universität Halle-Wittenberg verbundenen Thüringisch-Sächsischen Geschichtsverein.
- Hamburg:** Mitteilungen des Vereins für Hamburgische Geschichte.
Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte.
- Hanau:** Hanauer Geschichts-Blätter. Neue Folge des Hanauer Geschichts-Vereins.
- Hannover:** Hannoversche Geschichtsblätter. (Veröffentlichungen mehrerer Vereine in Stadt und Provinz Hannover.)
Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen, zugleich Organ des Vereins für Geschichte und Altertümer der Herzogtümer Bremen und Verden und des Landes Hadeln.
- Heidelberg:** Neues Archiv für die Geschichte der Stadt Heidelberg und der rheinischen Pfalz. Her. von der Kommission für die Geschichte der Stadt.
- Homburg:** Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Altertums-Kunde zu Homburg v. d. Höhe.
- Insterburg:** Zeitschrift der Altertumsgesellschaft Insterburg.
- Jena:** Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde.

- Kassel:** Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde.
- Köln:** Israelitisches Gemeindeblatt.
Die Welt.
- Siegen:** Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde des Hasegaaues.
- Magdeburg:** Geschichts-Blätter für Stadt und Land Magdeburg. Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde des Herzogtums und Erzstifts Magdeburg.
- Mannheim:** Mannheimer Geschichtsblätter. Monatsschrift für die Geschichte, Altertums- und Volkskunde Mannheims und der Pfalz. Her. vom Mannheimer Altertumsverein.
- Marienwerder:** Zeitschrift des historischen Vereins für den Reg.-Bezirk Marienwerder.
- Nürnberg:** Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums.
Mitteilungen aus dem Germanischen Nationalmuseum.
- Oldenburg:** Jahrbuch für die Geschichte des Herzogtums Oldenburg, her. von dem Oldenburger Verein für Altertumskunde und Landesgeschichte.
- St. Petersburg:** Ebreiska Starina her. von der Hebräischen historisch-ethnographischen Gesellschaft.
- Philadelphia:** The Jewish Quarterly Review. Her. von The Dropsie College for Hebrew and Cognate Learning of Philadelphia.
- Posen:** Historische Monatsblätter für die Provinz Posen. (Beilage der nächstfolgenden Zeitschrift.)
Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen, zugleich Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für den Netzedistrikt zu Bromberg.
- Saarbrücken:** Mitteilungen des Historischen Vereins für die Saargegend.
- Schmalkalden:** Zeitschrift des Vereins für Hennebergische Geschichte und Landeskunde in Schmalkalden.
- Schwerin:** Jahrbücher und Jahresberichte des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde.
- Stuttgart:** Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte. In Verbindung mit mehreren Vereinen her. von der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte.
- Thorn:** Mitteilungen des Copernicus-Vereins für Wissenschaft und Kunst zu Thorn.

W e t z l a r: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins.

W o l f e n b ü t t e l: Braunschweigisches Magazin. Im Auftrage des Geschichtsvereins für das Herzogtum Braunschweig herausgegeben.

Jahrbuch des Geschichtsvereins für das Herzogtum Braunschweig.

W o r m s: Vom Rhein. Monatsschrift des Altertums-Vereins für die Stadt Worms.

Die Archivalien des Gesamtarchivs der deutschen Juden stammen aus den Gemeinden und Siedelungen:

Ahrheiligen	Burg	Falkenberg
Alsbach	Burgsteinfurt	Filehne
Ampen	Chemnitz	Flatow
Andernach	Chwalischewo	Floss
Apolda	Clausthal (W.-Pr.)	Fordon
Auerbach	Coepenik	Frankfurt a. O.
Aurich	Coerlin	Fraustadt
	Coeslin	Fürstenfelde
Berlin	Cosel	
Beuthen	Czempin	Gadderbaum
Beverungen	Darmstadt	Gandershausen
Bialoblott	Delkenheim	Geinsheim
Bibesheim	Dt. Krone	Genthin
Bibra	Diedenbergen	Giessen (Westpr.)
Bickenbach	Dobrzyca	Ginsheim
Bielefeld	Dornberg (Hessen)	Glogau
Bichheim	Dornberg (Westf.)	Gnesen
Bleicherode	Dornheim	Gollnow
Bochum	Dreissigacker	Gorzyczkowo
Borek	Eberstadt	Gostyn
Borghorst	Eberswalde	Grabia
Brakwede	Egelsbach	Graetz
Breckenheim	Ellar	Greifenhagen
Bromberg	Ellrich	Greifswald
Brotzen	Eppstein	Gremboczyn
Bublitz	Esens	Griebenau
Bürgel		Griessheim

Grossgerau	Körbecke	Münsterberg
Grosshausen	Kolmar	Murowana-Goslin
Gr. Pöplau	Koschmin	Muth
Gr. Sittno	Kostschin	Nakel
Gr. Strelitz	Kosten	Namslau
Grostwo	Kröben	Neubruh
Gurske	Krotoschin	Neuenkirchen
Güstrow	Krummstadt	Neustadt (O.-S.)
Gütersloh	Kurnik	Neustadt a. d. W.
Guttau	Laer (Westf.)	Neustadt b. Pinne
Guttstadt	Landsberg a. d. W.	Neustettin
Halberstadt	Langen	Nicolai
Haltern	Langendorf	Nordhausen
Halle	Leibitsch	Ober-Lagiewnik
Hammerstein	Levern	Oberthulba
Hann	Lichtenberg	Obornik
Hechingen	Liederbach	Ochtrup
Heddernheim	Lissa	Offenbach a. M.
Heepen	Lonzin	Offenthal
Herford	Loslau	Ohlau
Horstmar	Leipzig	Okollo
Jankow	Lutogniewo	Oppeln
Jaratschewo	Märk. Friedland	Orpizewo
Jarotschin	Mannheim	Ostrowo
Jutroschin	Marburg	Paderborn
Idstein	Margonin	Papau
Ingenheim	Massenheim	Pasewalk
Insterburg	Mastholte	Pfungstadt
Karlsruhe	Medebach	Piaski
Kaunitz	Mehrfelden	Piazonka
Kelsterbach	Meiningen	Pless
Kirf	Meseritz	Pleschen
Kobylin	Metelen	Podgorze
Königstein	Mieskow	Pogorzela
Königsberg (N.-M.)	Miloslaw	Polzin
Königsberg (O.-Pr.)	Mixstadt	Posen
Königshütte	Moschin	Prinzenthal
	Mühlhausen	Pr. Oldendorf

Przyciek	Schmiegel	Umstadt
Pudewitz	Schneidemühl	Verl
	Schocken	Vollmerz
Ratibor	Schöndorf	
Reinheim	Schrimm	Wallau
Rentzschkau	Schwarzbruch	Walldorf
Rheinberg	Schwedenhöhe	Wallenbrück
Rietberg	= Schwedrowo	Wallerstätten
Rogasen	Schwedt	Wandsbeck
Rogowo	Schwersenz	Warlang
Rohrheim	Sohrau (O.-S.)	Weener
Rosenberg Vorwerk	Soldin	Weiler
Rossdorf	Stargard (Pomm.)	Weissenau
Rozdracewo	Steele	Wiessbaden
Rupieniece	Steinsbach	Wolfskehlen
Rüsselsheim	Stendal	Wongrowitz
Rybnik	Stettin	Worms
	Stockstadt	Wreschen
Samotschin	Stolp	Wronke
Sandberg	Stralsund	
Santomischel	Suechteln	Xions
Sarne	Sundhagen	Zduny
Sassendorf		Zeckendorf
Seeheim	Tangermünde	Zehden
Seligenstadt	Tempelberg	Zerkow
Soegel	Thorn	Zielenzig
Soest	Tilsit	Zimmern
Schildberg	Tost	Zülz
Schlawe	Trebur	Zypnow

Von einer grossen Anzahl von Gemeinden steht die Aktenübergabe unmittelbar bevor.

Auch durch Kauf, durch Abgabe seitens der Kgl. Regierung zu Bromberg und des Kgl. Landratamts zu Ostrowo sowie von privater Seite wurden die Sammlungen vermehrt.

Namen der Spender:

Ad. Apt-Charlottenburg, Prof. Dr. A. Berliner-Berlin, Rabbiner Dr. Bamberger-Wandsbeck, Erziehungs-Inspektor Baronowitz-Repzin, Rabbiner Dr. Bergmann-Berlin, Rabbiner Prof. Dr. Bloch-Posen, Rabbiner Dr. Blumenthal-Berlin, Dozent Dr. Brann-Breslau, Haupt-

lehrer a. D. Carsch-Emmerich, Rabbiner Dr. A. Cohn-Kattowitz, Dr. med. A. Crzellitzer-Berlin, M. Daun-Frankfurt a. M., Frau N. Eckstein-Dresden, Dr. med. H. Eckstein-Berlin, Eichmann-Rietel-Salzkotten, Dozent Dr. J. Elbogen-Berlin, Rabbiner Dr. Elsass-Landsberg a. d. W., Rabbiner Dr. Finkel-Berlin, Bibliothekar Dr. A. Freimann-Frankfurt a. M., Rabbiner Dr. Freund-Görlitz, M. Freund-Berlin, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Geiger-Berlin, Direktor Dr. Goetz-Berlin, M. Guggenheim-Worms, Rechtsanwalt Dr. Guggenheim-Offenbach a. M., Frau Prof. Hamburger-Berlin, Rabbiner Dr. Heppner-Koschmin, cand. phil. J. Jacobson-Berlin, Dr. A. Kahn-Charlottenburg, Rechtsanwalt Dr. Kaufmann-Crefeld, Regierungs-Assessor Dr. B. Körner - Berlin, Louis Lamm - Berlin, Dr. Landsberger - Breslau, Dr. S. Levinstein-Leipzig, Kgl. Bibliothekar Dr. H. Löwe-Berlin, A. Levy-Hechingen, A. Loewenstein-Berlin, J. Loewenstein-Berlin, A. Marcus-Ostrowo, Rabbiner Prof. Dr. S. Maybaum-Berlin, Frau Dr. Mayer-Riga, Dr. med. J. Moses-Berlin, Dr. N. M. Nathan-Berlin, Dr. med. A. Nordmann-Basel, A. Oppenheim-Mannheim, Prof. Dr. M. Philippson-Berlin, Rabbiner Dr. Porges-Leipzig, S. Rothmann-Berlin, Oberlehrer Dr. Rosenthal-Berlin, Dr. J. Rösel-Berlin, Lehrer Rothschild-Worms, C. W. Simons-Düsseldorf, Rabbiner Prof. Dr. Simonsen-Kopenhagen, Gemeinde-Registrator a. D. J. Süßmann-Pankow, L. Schäfer-Loslau, Syndikus Dr. Schlesinger-Berlin, Dr. Schönhoff-Steglitz, Dr. Steinthal-Berlin, Rabbiner Dr. Tänzer-Göppingen, Rabbiner Dr. Vogelstein-Königsberg, Hauptlehrer J. Wetzler-Floss, Dr. med. Wintritz-Deutsch-Eylau, Rabbiner Dr. Worms-Stettin, J. Wütow-Berlin, Lehrer M. Zuckermann-Hannover. Ferner gaben Bücher und einzelne Archivalien die Gemeinden Mannheim und Prenzlau, der Verband der Synagogen-Gemeinden des Regierungs-Bezirks Oppeln, die Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums-Berlin, das Rabbiner-Seminar-Berlin.

Als Beamte des Gesamtarchivs waren tätig: als Leiter Dr. E. Täubler von Okt. 1906 an; als wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. N. M. Nathan Juli 1910—Sept. 1911, cand. J. Jacobson Nov. 1910—Febr. 1911, stud. E. Heppner für die Arbeiten der Henriette Becker-Stiftung von Mai 1911 an. Die Neubesetzung der beiden unbesetzten Stellen steht bevor. Als Sekretäre Lehrer M. Weiss Okt. 1906—Febr. 1907, E. Wentzel März-Juni 1907, M. Grünfeld von Juli 1907 an.

**Die auf Juden bezüglichen Akten des Kgl.
bayerischen Kreisarchivs der Oberpfalz**

in

Amberg.

Von

Dr. M. Weinberg.

Vorwort.

Das K. Kreisarchiv der Oberpfalz geht nur gelegentlich über das Jahr 1400 zurück. Die früheren Archivalien wurden, nach Auskunft des derzeitigen Herrn Kreisarchivars, an das K. allgemeine Reichsarchiv in München ausgeliefert. Seit jenem Zeitpunkt aber fließen die Quellen reichlich, und um so reichlicher, je mehr wir uns unserer Zeit nähern. Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts waren die Juden aus ganz Bayern vertrieben. Nur der Oberpfalz wurden von Zeit zu Zeit Territorien angegliedert, die Judenansiedlungen hatten, die man denn auch, unter dem Drucke allerlei staatsrechtlicher Bedenken, duldete. So ergibt sich, dass von ca. 1550 bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts die Geschichte der Juden in der Oberpfalz zugleich auch die Geschichte der Juden in Bayern ist. Denn nirgends sonst (selbst nicht in München) gab es Judengemeinden.

In der Oberpfalz selbst entwickelten sich die Gemeinden Schnaittach, Ottensoos, Hüttenbach, Forth, Sulzbürg, Sulzbach, Floss und endlich Regensburg, deren Geschieke denn auch meist im Mittelpunkt der vorliegenden Archivalien stehen. Für die neuere Entwicklung des jüdischen Verfassungslebens in Bayern, seit etwa 1790, insbesondere für die Einführung und die weitere Gestaltung des Judenediktes vom Jahre 1813, bietet das Kreisarchiv besonders wertvolles Material für das ganze Königreich.

Da ich sämtliche Nummern an Ort und Stelle selbst einer Durchsicht unterzogen und mich nicht auf die Wiedergabe der Repertorien beschränkt habe, war es mir möglich, den Inhalt der einzelnen Aktenstücke ihrem Kerne nach zu charakterisieren. Um auch dem Ferneren ein Urteil über den ungefähren qualitativen, oder doch quantitativen, Wert der Archivalien zu geben, habe ich jeder Nummer die Anzahl der Folien oder der Produkte (Einzelstücke innerhalb eines Faszikels) beigesetzt.

Für den Literaturnachweis kommt zumeist in betracht: Aretin „Geschichte der Juden in Bayern“, sowie meine „Geschichte der hebräischen Druckereien in Sulzbach“ und meine „Geschichte der Juden in der Oberpfalz III“. Diese 3 Werke stützen sich übrigens wesentlich auf unser Kreisarchiv.

Die Signierung der einzelnen Nummern schliesst sich selbstverständlich an diejenige an, die sie im Archiv selbst führen.

Ich schliesse mit der Erfüllung einer angenehmen Pflicht, indem ich auch an dieser Stelle dem K. Kreisarchivar der Oberpfalz, Herrn Breitenbach, für stets bereitwilliges Entgegenkommen, sowie für sachkundige Ratschläge und freundliche Winke herzlichen Dank ausspreche; auch Herrn Lehrer L. Godlewsky, Amberg, für mancherlei treue Dienste und gastfreundliche Aufnahme bei Ausarbeitung dieser Arbeit.

Neumarkt (Oberpfalz), 30. Januar 1912.

W.

Rep. 8. Hochstift Eichstätt.

263. Erlass des Bischofs von Eichstätt an den Dechanten von Neumarkt, die Verkehrsverhältnisse zwischen Christen und Juden betr. 1487. 1 Prod.

Vgl. Anlage 1.

Rep. 11. Reichsstadt Nürnberg.

1286. Beschwerde des Oberaufschlägeramtes Neumarkt wider das Nürnberger Pflegamt Altdorf, die Schnaittacher Juden und andere Viehhändler betr. 1720—1721. 4 Prod.

Rep. 12. Gemeinschafts-Amt Parkstein-Weiden.

548. Protest der Regierung Amberg gegen den Plan der Pfalz-Sulzbacher Regierung, in Weiden auf den Plätzen der niedergelegten Festungswerke Juden anzusiedeln. 1715. 1 Prod.

Rep. 18. Reichsherrschaft Wolfstein.

88. Pfleger zu Freystadt gegen Rabbi Moses von Sulzbürg wegen angeblich wiederholt umgangener Judenabgaben. 1582—1592. 4 Prod.

89. Akten über die Erlaubnis für die Sulzbachschen und Wolfsteinschen (= Sulzbürger) Juden, die Oberpfalz zu passieren. 1716—1717. 7 Prod.

103. Neumarkt gegen Wolfstein, wegen eines ohne vorherige Erlaubnis durch pfälzischen Grund transportierten jüdischen Arrestanten aus Schnaittach. 1573. 2 Prod.

Rep. 19. Reichssachen.

119. Hanns Snaytter, Bürger zu Freystadt, gegen den Juden Gumprecht daselbst, wegen übler Nachrede. Prozessakten. 1553—1555.

Rep. 21. Oberpfälzische Administrativ- und Rechtsgegenstände.

349. Ungeldsfreiheit für die Judenschaft von Koscherwein betr. 1722. 1 Prod.

Erläuterungen zum Rothenberger Schutzbrief. Vgl. meine „Oberpfalz“ III S. 83.

396. Gutachten anlässlich der vom Kurfürsten behufs Anbahnung besserer Verhältnisse der bayerischen Judenschaft angeordneten Enquête, von den ersten Räten der Regierung, darunter Aretin. 1801 u. 1804. 65 Fol.
Vgl. Aretin „Geschichte der Juden in Bayern“ 1803 S. 96 ff.

397. Akten der Amberger Regierung, den von der Judenschaft zu Sulzbach und Floss erbetenen freien Eintritt in die Oberpfalz, besonders in Amberg, betr. 1737. — Nebst einem Faszikel Kopien von Akten aus früheren Jahren. 84 Prod.

398. Die Abstellung des Handels der im diesseitigen Bayern zu Marktzeiten sich einfindenden fremden, meistens unbemittelten, Juden betr. 1781. 8 Prod.
Mit einem gedruckten kurfürstl. Erlass d. d. 3. XII. 1781.

813. Akten der Amberger Regierung betr. Beiträge der Judenschaft in der freiherrl. v. Lochnerschen Hofmark Hüttenbach und in dem v. Binau'schen Dorfe Forth zu den jährlichen Toleranzgeldern, welche die Juden von Schnaittach für die Schutzbriefe zu erlegen haben; ferner Beschwerde der Juden zu Hüttenbach wider den Frh. v. Lochner wegen

toleranzwidrigen Einhalts in Verheiratung lediger Judensöhne und Beschwerden der Juden zu Schnaittach wider den v. Binau zu Forth wegen widerrechtlicher Beschränkung ihrer Toleranzfreiheiten. 1779—1788. 117 Prod.

1268. Gesuch der Juden in Sulzbürg um Bestätigung des freien Handels mit Grundstücken und Hofgütern sowie anderen Realitäten betr. 1790—1801. 103 Folien.

Beleuchtet die damaligen Handelsverhältnisse der Juden in ganz Bayern.

1315. Akten der Amberger Regierung betr. Verschaffung des nötigen Ochsenfleisches für die Festungsstadt Ingolstadt durch die Juden. 1797. 3 Prod.

1474. Akten betr. Freipass durch das diesseitige Bayern für den Handelsmann Josef Emanuel aus Ansbach, auf Veranlassung des K. preussischen bevollmächtigten Ministers in München. 1801. 3 Prod.

1658. Den Getreideankauf an der Grenze durch auswärtige Juden und Lieferanten betr. 1803. 1 Prod.

1708. Die Einführung der Totenschau und die zu frühe Begrabung der jüdischen Leichen betr. 1804. 8 Prod.

1860. Die Güterverkäufe der Juden betr. 1807. 3 Prod.

2583. Die Toleranzgelder von der Judenschaft zu Schnaittach, Ottensoos, Hüttenbach und Forth betr. 1716—1805. 42 Prod.

3714. Gesuch der Judenschaft zu Sulzbürg um Erlaubnis, dass ihre Söhne und Töchter zusammenheiraten dürfen. 1769. 1 Prod.

5268. Gutachten über Güterzertrümmerungen und Judenkäufe bei der Amberger Regierung. (Unvollständig). 1791. 12 Prod.

Bricht mit dem 12. Bogen ab und lässt daher nicht erkennen, von wem es abgegeben ist.

5649. Akten der Rentkammer Amberg, den Handel der Sulzbacher Judenschaft in Amberg und auf dem Lande betr. 1753—1759. 4 Prod.

Einige, z. Tl. sehr umfangreiche, Gutachten über die Handelsusancen der Sulzbacher Juden.

7616. Tischbuch über das in einigen Orten übliche Judensalz. 1722 bis 1723. 20 Folien.

7773. Abschrift des Erkenntnisses des Kurfürsten von Bayern an die Regierung Amberg betr. die Privatationssache zwischen dem Fiskal zu Amberg und den Leoprechtingschen Erben, bezüglich 1400 Reichsthaler Judenschutzgelder. 1682. 1 Prod.

Vergl. „Oberpfalz“ III S. 23 und Rep. 30 nr. 2824.

7812. Akten der Hauptkasse Amberg betr. den Toleranzbrief für die Schutzjudenschaft zu Hüttenbach und Forth. 1793. 2 Prod.

7846. Erlass des Pfalzgrafen August von Sulzbach an den Zollner daselbst, betr. Revidieren des Passzettels und Passieren der Juden. 1623. 1 Prod.

7849. Erlass der Sulzbacher geheimen Kanzlei an den Hauptzollner daselbst, betr. den Zoll eines Juden von Hüttenbach. 1678. 1 Prod.

10250. Differenzen zwischen zwei Juden in der Ganerbschaft Rothenberg wegen Schutzgelder und Steuern. 1669—1675. 38 Prod.

10251. Die den Juden zu Schnaittach und Hüttenbach erteilte *salva guardia* betr. 1631—1677. 12 Prod.

10252. Ermordung eines Juden in Schnaittach durch einen Musketier der Festung Rothenberg. 1631. 1 Prod.

10253. Gesuch einer Judenwitwe zu Schnaittach um Erlass des Schutzgeldes. 1665. 1 Prod.

Rep. 24. Fiskalische Akten.

70. Fiskal gegen den Tillyschen Richter zu Freystadt in causa des bisher unbefugter Weise eingeforderten Judenzolles. 1658—1678. 48 Prod.

90. Fiskal gegen Bürgermeister und Rat zu Auerbach wegen angemasteten Judenzolles. 1670—1671. 24 Produkte, darunter ein Privilegbrief des Königs Wenzel, d. d. Montag vor St. Vincenty 1399, der aber Juden nicht erwähnt.

Vgl. Rep. 51 nr. 3327.

Rep. 26. Hammer- und Bergwerks- akten.

5. Enthält unter anderem, nicht hierher Gehörigen, eine Beschwerde von Bürgermeister und Rat in Amberg gegen den Juden Simon in Pfreimd (1523). 1522—1527. 12 Prod.

Rep. 30. Münchener Hofkammer- akten.

381. Gutachten der Regierung Amberg über die staatsrechtliche Stellung des Hofmarksherrn Frh. v. Lochner in Hüttenbach zu Bayern, insbesondere über die dortigen Judenabgaben. 1758—1764. 11 Prod.

1396. Beratungen bei der Oberlandesregierung in München über den Handel der Juden in der Oberpfalz. — Beschwerden gegen die Juden und von diesen. 1782—1788. 73 Prod.

1401. Akten über eine Beschwerde sämtlicher Juden der Oberpfalz gegen den Stadtmagistrat Amberg in puncto Bedrückungen im Handel und Verkehr. 1780—1781. 13 Prod.

1463. Kollektiv-Beschwerde der Tuchmacher in der Oberpfalz gegen die Juden wegen Handwerksbeeinträchtigung durch Verkauf ausländischer Tuche. 1789—1792. 6 Prod.

1538. Beschwerde des Wirtes zu Loderbach gegen die Errichtung eines Wirtshauses in Richtheim durch Ansel Levi aus Schnaittach. 1780 bis 1789. 33 Prod.

1579. Beschwerde des Metzgerhandwerks in Schnaittach gegen die Judenschaft in Hüttenbach wegen Fleischverkaufes durch letztere. 1789 bis 1791. 10 Prod.

1767. Akten über eine angeblich in Prag ausgebrochene bösartige Kontagion. 1790—1791. 47 Prod.

Vgl. meine Abhandlung „Eine Zeitungsente aus dem Jahre 1790 und ihre Folgen“ in „Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums“ 48. Jahrg. (1904) S. 731 ff.

1794. Einige jüdische Münzlieferanten in Sulzbach bitten um freie Aufenthaltserlaubnis in Amberg. 1775. 5 Fol.

1805. Annullierung von Güterzertrümmerungen, die Moses Dottenheimer aus Schnaittach vorgenommen, durch die Oberlandesregierung. 1780 bis 1781. 47 Prod.

Vgl. unten nr. 1865.

1806. Ergänzungen der vorigen Nr., Ausdehnung des Verbotes des Grundstückhandels der Juden auf die ganze Oberpfalz, mit Ausnahme der Sulzbürger Juden. 1780—1787. 30 Prod.

1828. Ueber die Verhältnisse der im Wolfstein'schen (Sulzbürg) ansässigen Juden. 1630. 1 Prod.

1837. Ueber den Grundstückshandel der Juden in Sulzbürg. 1785 bis 1786. 36 Prod.

1846. Allerlei Akten über die Juden in Schnaittach, Ottensoos, Forth, Hüttenbach. 1664—1785. 69 Prod.

1848. Akten über den den eben genannten Gemeinden i. J. 1698 erteilten Schutzbrief. 1698—1702. 23 Prod.

1849. Agitation behufs Austreibung der Juden in den eben genannten Gemeinden 1699—1702. 39 Prod.

Vgl. unten nr. 2830.

1850. Bezieht sich nur in einigen Produkten auf Juden, und zwar in Schnaittach und Ottensoos. 1719—1791. 47 Prod.

1851. Ausführliche Akten über alle Verhältnisse der Gemeinden Schnaittach, Ottensoos, Forth, Hüttenbach, hauptsächlich über Schutzbriefe. 1729—1769. 158 Prod.

1852. Akten über das Hauskaufsgesuch des Reichs-Kontingentslieferanten Seligmann Löw in Schnaittach. 1761—1762. 17 Prod.

1853. Akten über die Niederlassungsgenehmigung für Josef Maier aus Treuchtlingen in Schnaittach. 1771—1772. 11 Prod.

1854. Desgl. für den bisherigen Schächter Gabriel Hirsch in Schnaittach. 1781. 13 Prod.

1855. Gesuch des Simon Levi aus Schnaittach, z. Z. Schulmeister in Fürth, um Schutzaufnahme seines Schwiegersohnes Mendle Lazarus aus Hüttenbach in Schnaittach. 1786—1788. 10 Prod.

1865. Anklage gegen den Kameral-Negotianten Moses Dottenheimer wegen Verfehlungen beim Grundstückshandel. 1781. 8 Fol.

Vgl. oben nr. 1805.

2776. Judenabgaben im Landgericht Schnaittach. 1663—1684. 3 Prod.

2819. Akten über die angeblich rechtswidrige Erhebung von Judenabgaben durch den Tillyschen Richter in Freystadt. 1657—1673. 22 Prod.

2820. Akten über die Verfügung, den Juden bei Eintritt in die Tore Neumarkts statt der bisherigen bleiernen Zeichen geschriebene Polleten auf Siegelpapier als Quittung über bezahlten Judenzoll zu geben. 1701. 4 Prod.

2824. Akten über die vom Kommandanten v. Leoprechting in Schnaittach erhobenen, aber nicht verrechneten Judenschutzgelder. 1651—1683. 85 Prod.

Vgl. oben Rep. 21 nr. 7773.

2826-2828. Akten über die Rothenberger Judenschaft, hauptsächlich über die Erträgnisse der besonderen Judenabgaben. I.: 1663—1684, 5 Prod. II.: 1684, 1 Prod. III.: 1673—1767, 157 Prod.

2829. Gesuch der Judenschaft zu Schnaittach um Aufhebung des Leibzollens im Inland. 1685—1687. 6 Prod.

2830. Gutachten der Regierung Amberg (Reg. Rat Burger) zugunsten der Rothenberger Juden anlässlich ihrer vom Kurfürsten beabsichtigten Austreibung, sowie Abgabenlisten. 1701. 10 Prod.

Vgl. oben nr. 1849.

2833. Gesuch der Armeelieferanten Ansel Levi und Seligmann Löw in Schnaittach um persönlichen Leibzoll-Befreiungspass. 1762. 2 Prod.

2834. Gesuch des Jakob Benedikt in Forth um Schutzgeldnachlass. 1762. 3 Prod.

2835. Umfangreiche Akten über die Verhältnisse der Juden in Schnaittach, Ottensoos, Hüttenbach und Forth. 1768—1782. 192 Prod.

2837. Über den Leibzoll und andere Abgaben der Juden des Herzogtums Sulzbach. 1726—1787. 154 Prod.

3920. Bericht des Vitzedoms in Neumarkt an Pfalzgraf Philipp (Heidelberg) über verschiedene Amtsangelegenheiten, insbesondere auch über die Niederlassungsgesuche und Schutzgelder einiger namentlich aufgeführter Juden. 1547. 2 Prod.

4167. Beschwerde des Pfarrers zu Schnaittach gegen den Hauskauf eines dortigen Juden. 1749. 8 Prod.

4395. Streit zwischen dem Rabbiner in Schnaittach und dem Hofmarksherrn v. Lochner in Hüttenbach über die Kompetenz, die Inventuren bei Sterbefällen von Juden vorzunehmen. 1773—1779. 18 Prod.

Rep. 33. Dreissigjähriger Krieg.

4437. Vexation der Juden in Neustadt a. d. Waldnaab durch den in Weiden einquartierten Oberstleutnant Hanns Konrad Zünd von Kitzingen. 1639—1640. 15 Prod.

Rep. 35. Oberpfälzisches Gewerbs- und Zunftwesen.

27. Gesuch des Moses Adler aus Kirchenbürg in Böhmen um Erteilung der Konzession für Handel mit rohen Häuten in der Oberpfalz. 1796. 4 Prod.

68. Gesuch des Moses Salomon in Floss um Erteilung eines Handelspatents für alle oberpfälzischen Gebiete. 1794. 6 Fol.

Rep. 38. Münzakten.

20. Bericht des Pflegers von Heimburg an den Statthalter der oberen Pfalz in Amberg über 3 von ihm in Berg angehaltene und in Arrest gelegte, ihm verdächtig erscheinende Juden. 1621. 8 Prod.

Rep. 47. Zoll- und Mautakten.

12. Jud Gumprechts Beschwerde gegen „die zu Freystadt“ wegen ungebührlich hoher Judenzölle. 1552. 1 Prod.

16. Der Judenzoll zu Pleystein. 1565—1616. 6 Prod.

Behandelt die Verhältnisse des Judenzolls im ganzen Lande.

51 b. Bericht des Hofkastners zu Amberg über Unordnung bei der Erhebung der Zölle, darunter der Judenzölle, durch die Torwarte. 1591. 3 Prod.

123. Das Judengeleit und den Judenzoll zu Bärnau und Tirschenreuth betr. 1618—1638. 15 Prod.

Ergänzung zu Rep. 80 nr. 10.

230. Verarrestierung von 3 Juden aus Forth zu Treffelstein wegen Umgehung der Maut zu Schwarzhofen. 1710. 3 Prod.

Kurpfälzische Ämter, Rep. 49—77.

Rep. 49. Amberg, Stadt.

247. Akten über das in Amberg für die Juden bestehende Aufenthaltsverbot. 1728—1729. 77 Prod.

Rep. 50. Amberg, Landgericht.

1915. Amtsbericht über Zollsachen. 1723. 4 Prod.

Nur 1 Produkt bezieht sich auf Juden (in Sulzbach).

Rep. 51. Amt Auerbach.

3327. Regierungsbescheid in einem Behördenstreit über Erhebung der Judenzölle. 1681. 1 Prod.

Vgl. Rep. 24 nr. 90.

Rep. 55. Amt Eschenbach.

212. Zollangelegenheiten des Pflegamtes Eschenbach. 1666—1768. 194 Prod.

Nur das letzte Produkt bezieht sich auf Juden.

Rep. 57. Amt Freystadt.

3. Akten über des Juden Jakob Wohnrecht in Freystadt. 1538. 4 Prod.

11 u. 13. Akten über die vom Juden Gumprecht in Freystadt nachgesuchte Wohnrechtsverlängerung und den von Bürgermeister und Rat daselbst dagegen erhobenen Einspruch. 1554. 7 Prod.

14. Akten über die nachgesuchte Wohnrechtsverlängerung des Juden Gumprecht in Freystadt und seines Schwiegersohnes. 1553. 3 Prod.

Rep. 60. Amt Hartenstein.

210. Die Nachsteuer des als Rabbiner nach Laupheim (Württemberg) verzogenen Schnaittacher Schutzjuden David Löw betr. 1804—1805. 8 Prod.

212. Die Nachsteuerstreitigkeiten bezüglich der Verlassenschaft des Juden Benedikt (genannt Lekisch) in Schnaittach. 1775—1793. 76 Prod.

213. Die Schutzbriefe für die Juden in Schnaittach, Ottensoos, Forth und Hüttenbach. Staatsrechtliche Streitigkeiten mit den Hofmarksherren von Hüttenbach und Forth wegen der Juden. 1716—1797. 189 Prod.

214. Die Judenschaft zu Schnaittach und Ottensoos gegen jene zu Hüttenbach und Forth wegen Verteilung der Unkosten bei Einlösung der Schutzbriefe. 1721—1782. 90 Prod.

215. Die Kämpfe der Juden im Bezirk Rothenberg um Erneuerung ihrer Schutzbriefe in den Jahren 1747, —62, —77, 1746 —77. 161 Prod.

Umfasst auch das jüdenfeindliche Vorgehen der Geistlichkeit, gelegentlich auch der Bürgerschaft. Kampf zwischen Pflegam und Landrabbiner Juda Gumperz (Emmerich).

216. Die Judenschaft zu Schnaittach gegen die zu Forth wegen Konkurrenz zu den Kosten der Schutzbriefe. 1746—1748. 5 Prod.

218. Die Anstellung, Verpflichtung und die Amtsbefugnisse eines Oberparnos (Obervorstehers) zu Schnaittach. 1770—1801. 42 Prod.

Enthält auch mancherlei für die Amtsführung der Landrabbiner Wallerstein, Salman Kohn und Meier Pretzfelder.

219. Streitigkeiten zwischen der Judengemeinde Forth und der in Schnaittach. 1776—1792. 51 Prod.

221. Schutzaufnahmen einiger Juden in Schnaittach. 1777—1793. 21 Prod.

222. Akten betr. angeblich defraudierte Erbschaftsnachsteuer des kurpfälzbayerischen Hoffaktors Löw Seligmann Schnaittacher, jetzt in Fürth. 1781—1787. 15 Prod.

223. Beschwerde der Judenschaft zu Schnaittach, Hüttenbach und Forth gegen die Niederlassung des Löw Michel Hessdorfer in Forth. 1792. 1 Prod.

241. Die Nachsteuer von der Verlassenschaft des Löw Hirsch Levi in Schnaittach. 1785. 29 Prod.

244. Akten betr. Vertheidigung des Schnaittacher Hauptrabbiners Baruch Kohen Rapoport und seines Vizerabbiners. — Ausweisungsbefehl gegen den Judenknecht Josef Maier, aus Schwaben, in Schnaittach. — Verpflichtung des Rabbiners Wallerstein und seine, sowie des Oberparnos' Amtsbefugnisse. 1723—1785. 34 Prod.

249. Die Schnaittacher Judenvorsteher Löw Ansel Levi und Isak Wolf im Namen sämtlicher Juden des Rothenberger Bezirkes gegen den Magistrat in Amberg wegen ungesetzlicher Eingriffe in ihre persönlichen und Handelsfreiheiten. 1779—1781. 53 Prod.

250. Akten betr. ein Gesuch der Juden zu Sulzbach, Floss und Sulzbürg um Aufhebung des Leibzolles. 1781—1786. 3 Prod.

252. Beschwerde des Herrn v. Binau in Forth gegen den Landrichter und den Rabbiner (Wallerstein) in Schnaittach wegen ihrer Eingriffe in das ihm zustehende ius recipiendi Judaeos. 1780—1787. 8 Prod.

255. Jakob Benedikts in Forth Beschwerde, dass ihm, trotz erhaltener Genehmigung, die Niederlassung in Schnaittach wegen des Einspruches des dortigen Pfarrers, unmöglich gemacht werde. 1753—1762. 13 Prod.

256. Amtliche Statistik über die Leibzolleleistungen der Rothenberger Juden an den verschiedenen oberpfälzischen Zollstätten. 1760. 23 Prod.

336. Streitigkeiten wegen Proviantlieferungen der Schnaittacher Juden für die Festung Rothenberg. 1748—1760. 28 Prod.

Rep. 67. Amt Neumarkt.

953. Umfangreiche Akten über die Juden in Sulzbürg. 1676—1781. 317 Prod.

1040. Gesuch des Löw Ansel Levi in Schnaittach, das Sulzbürg allodiale Gut Braunshof ankaufen und zertrümmern zu dürfen. 1769. 4 Prod.

1047. Ein gleiches Gesuch des Bermann Hirsch in Sulzbürg bezüglich eines Bauernanwesens in Mühlhausen. 1770—1771. 3 Prod.

1078. Die Sulzbürger Judenschaft und der Allodialzehent in Könnersdorf. 1777. 3 Prod.

1103. Liste des Mautamtes Neumarkt über das von den einzelnen Juden aus Sulzbürg im Jahre 1715 an verschiedenen Tagen eingegangene Geleitgeld. 1715. 14 Fol.

Diese Amtslisten führen bei jeder Einnahme den Namen des betr. Juden an.

1125. Akten über den Handel mit liegenden Gütern durch die Juden in Sulzbürg und einige auswärtige kurbayerische Hoffaktoren. 1790—1792, 61 Prod.

1127. Extraschutzerteilung für den Sohn des Meier Sussmann und den Sohn der Wwe. Kela Meier in Sulzbürg. 1790—1791. 23 Prod.

1128. Beschwerde der Juden in Sulzbürg über die von der kurf. Kammeral- und Mautdeputation in Amberg von ihnen geforderte Lösung von Handlungspatenten. 1792—1793. 12 Prod.

1140. Die Judenzollrechnungen des Ausschlägeramtes in Freystadt für das Jahr 1718. 3 Fol.

1142. Schutzaufnahmegesuche des David Mergentheimer (München), Berla Sussmann, Samson Moses, Josef Zufer in Sulzbürg. 1796—1798. 53 Prod.

1143. Die Schutzerteilung für Isak Josef (vulgo Zufer) in Sulzbürg. 1797. 7 Prod.

1166. Beschwerde des Löw Sussmann in Sulzbürg gegen den Amtsbefehl, seinen Sohn auf die Wanderschaft in die Fremde zu schicken. 1802. 19 Prod.

1190. Gesuch des verarmten Hielein Bermann, ihm sein Schutzgeld zu erlassen. 1806. 3 Prod.

4697. Tagebuch des Mautamtes Neumarkt über das im Jahre 1694 eingegangene Geleitgeld der Juden. 1694. 8 Fol.

4951. Schutzzedierung des Schutzjuden Josef Hirsch an Abraham Berle in Sulzbürg. 1798. 4 Fol.

4952. Gesuche um Schutzaufnahme, bezw. Heiratslizenz, für Hayum Simson, Abraham Berle und Josef Zufer in Sulzbürg. 1796—1797. 11 Prod.

4953. Desgl. für Hayum Simson in Sulzbürg. 1796—1797. 2 Prod.

4954. Desgl. für Josef Abraham in Sulzbürg. 1796—1797. 3 Prod.

4955. Desgl. für Löw Mayer in Sulzbürg. 1792. 3 Prod.

4956. Gesuch der Schutzjuden Abraham und Bernhard Nathan Berle, ein Gut in Mühlhausen zertrümmern zu dürfen. 1796. 1 Prod.

4957. Gesuch des Löw Hayum in Sulzbürg um Schutzaufnahme und Heiratslizenz. 1796. 2 Prod.

4958. Gesuch der kurf. Hofagentin Reichle Mayin in München, ihrer Base die Heirat mit Moses Sussmann in Sulzbürg zu gestatten. Ferner Schutzbrief für Jakob Löw, daselbst. 1790—1795. 11 Prod.

4959. Gesuch um Schutzaufnahme und Heiratslizenz für Abraham Bernhard in Sulzbürg. 1794. 2 Prod.

4960. Desgl. für Kusel Hayum. 1793—1794. 8 Prod.

4961. Der kurf. Münzlieferant Lämmle Isak erwirkt Extraschutz für seinen Schwiegersohn Hayum Josef Hirsch in Sulzbürg. 1795. 13 Prod.

4962. Gesuch um Schutzaufnahme und Heiratslizenz für den zuletzt genannten. 1793. 1 Prod.

4963. Desgl. für Löw Maier in Sulzbürg. 1789—1790. 2 Prod.

4964. Desgl. für Salomon Bermann. 1789—1790. 4 Prod.

4965. Desgl. für Jakob Löw. 1789—1790. 7 Prod.

4966. Desgl. für Moses Hirsch. 1788. 2 Prod.

4967. Forderung des Löw Anshel Levi in Schnaittach auf staatliche Entlohnung für seine Auskundschaftung von Sulzbürgischen Lehensgütern. 1777—1788. 9 Prod.

4968. Gesuch um Schutzaufnahme des Isak Löw zu Regensburg in Sulzbürg. 1788. 1 Prod.

4969. Gesuch um Schutzaufnahme und Heiratslizenz für Lazarus Hirsch in Sulzbürg. 1787—1788. 6 Prod.

4970. Gesuch des Lazarus Abraham in Sulzbürg um Schutzgeldnachlass. 1783. 1 Prod.

4971. Gesuch um Schutzaufnahme und Heiratslizenz für Simon Hirsch aus Fürnbach in Sulzbürg. 1782—1783. 5 Prod.

4972. Desgl. für Wolf Isak in Sulzbürg. 1779. 2 Prod.

4973. Desgl. für Jakob Berle. 1779—1780. 3 Prod.

4974. Desgl. für Berle Nathan. 1780. 1 Prod.

4975. Desgl. für Moses Mayer. 1780. 2 Prod.

4976. Desgl. für Moses Nathan. 1781. 1 Prod.

4977. Desgl. für Jakob Berle. 1781. 1 Prod.

4978. Desgl. für Hirsch Berle. 1782. 1 Prod.

4979. Desgl. für Bernhard Nathan. 1779. 4 Prod.

Ergänzt durch Nr. 5154.

4980. Das dem Abraham Nathan zu Sulzbürg erteilte und wieder abgenommene Handelspatent betr. 1782—1783. 5 Prod.

4981. Gesuch der Juden in Sulzbürg, mit ihren Kramwaren im Lande frei handeln zu dürfen. 1789. 4 Prod.

4982. Akten über die Forderung des Abraham Nathan zu Sulzbürg an die zu Neuburg deponierten Aron Beer'schen Erbschaftsgelder. 1791. 4 Prod.

4993. Ernennung eines neuen Parnoss in Sulzbürg wegen Tod des bisherigen. 1798. 3 Prod.

5012. Auflehnung der Juden in Sulzbürg gegen die von der kurf. Landesregierung angeordnete 48stündige Liegefrist der Leichen. 1792. 2 Prod.

5028. Beschwerde der Sulzbürger Bürgerschaft gegen die Vermehrung der dortigen Juden und wegen ihres Handels. 1795. 1 Prod.

5151. Gesuch der Juden in Sulzbürg wegen des von ihnen bei Vermittlung von Grundstücksverkäufen abgeforderten Handlohns. 1784. 3 Prod.

5152. Bericht des Kastenamtes Sulzbürg, den Ausstand des Anselm Levi aus Schnaittach betr. 1785.

5153. Gesuch des Josef Löw aus Ottensoos, sich in Sulzbürg niederlassen zu dürfen. 1780. 3 Prod.

5154. Ergänzung von Nummer 4979.

5331. Akten über die Bürgerschaft des Georg Regnet in Thannhausen für eine Schuldforderung des Juden Moses in Sulzbürg. 1697—1699. 4 Prod.

5393. Die Bezahlung des kurf. Militär-Lieferanten Hirsch Nathan in Sulzbürg und Kons. für gelieferte Fourage. 1801. 3 Prod.

Rep. 73. Amt Thurndorf.

1189. Akten über das in Leups ohne Wissen der übergeordneten Behörde errichtete Judenzoll-Amt. 1752—1755. 7 Prod.

Rep. 77. Amt Waldsassen.

1079. Beschwerde der Zeugmacher in Waldsassen gegen die Juden, besonders in Floss, wegen ihres Wollhandels, und diesbezügliche Regierungserlasse. 1793—1794. 35 Prod.

2101. Streitsachen zwischen dem Amt Bärnau und der Abtei Waldsassen . . ., unter anderem auch wegen des Judenzolls zu Tirschenreuth. 1502—1512. 44 Prod.

Nur 3 Produkte auf Juden bezüglich (1512).

Rep. 80. Geistliche Sachen, Amt Tirschenreuth.

10. Judenzoll zu Tirschenreuth betr. 1615—1616. 6 Prod.

Vgl. Rep. 47 nr. 123.

Rep. 88. Landgrafschaft Leuchtenberg.

5208. Austreibung der Juden aus der Grafschaft Leuchtenberg, nachdem diese an Bayern gefallen. 1614. 15 Prod.

5318. Die Juden in der Landgrafschaft Leuchtenberg. 1584—1614. 12 Prod.

5319. Schuldforderungen des Juden Josef in Pfreimd (Landgrafschaft Leuchtenberg) betr. 1591. 9 Prod.

5320. Die Juden im Leuchtenbergschen Marktorte Luhe betr. 1584—1585. 15 Prod.

5321. Schuldklage gegen den Juden Benedikt in Pfreimd. 1574. 1 Prod.

5323. Zwei Leuchtenbergsche Schutzbriefe für zwei Juden in Pfreimd. 1535—1536. 2 Prod.

Rep. 89. Leuchtenberger Lehenakten.

9. Über das Zollwesen in der Landgrafschaft Leuchtenberg. 5 Faszikel. In Fasz. III. IV. und V. über den Judenzoll. III. 1594—1692. 75 Prod. IV. 1623—1773. 5 Prod. V. 1660. 18 Prod.

Rep. 91. Sulzbacher Gerichts- und Verwaltungsakten.

Zugang 6.

77. Der Judenzoll im Landsassengut Plössberg. 1566—1596. 30 Prod.

434. Beschwerde des kurf. Hoffaktors Jakob Josef in Sulzbach im Namen der Sulzbacher und Flosser Juden gegen das von der Amberger

Rentkammer für die Juden des Herzogtums Sulzbach erlassene Verbot, in der Oberpfalz Handel zu treiben und sich überhaupt in Amberg aufzuhalten. 1756—1759. 45 Prod.

441. Beschwerde der Judenobmannschaft in Sulzbach gegen das dortige Landrichteramt wegen einer angeblich widerrechtlich erhobenen Gebühr von einer Judenhochzeit in Höhe von 5 fl. 1784. 12 Prod.

ad **441.** Eine ähnliche Angelegenheit, betreffend die Hochzeit einer Tochter des kaiserl. und kurf. Hoffaktors Abraham Sinzheimer Wien in Sulzbach. 1754. 5 Prod.

467. Akten über den (in Druck beiliegenden) Erlass eines Verbotes des Güterhandels in der Oberpfalz durch Juden. 1787. 9 Prod.

469. Akten über religiöse, Personal- und Gemeindeverhältnisse der Juden in Sulzbach. 1670—1744. 163 Prod.

654. Die Demolierung und Entweihung des jüdischen Friedhofs in Sulzbach i. J. 1751—1752. 1752—1753. 162 Prod.

Vgl. Rep. 135 nr. 20.

678. Akten über die Frage, ob die Juden in Sulzbach und Floss bei Heiraten, Wegzügen und dergl. zur Nachsteuer verpflichtet oder von ihr befreit sind. 1774—1787. 124 Prod.

721. Zensurakten über die von der hebräischen Druckerei in Sulzbach in den Jahren 1721 und 1722 (5482—5483) gedruckten Wandkalender. 1722. 10 Fol.

Beide Wandkalender liegen im Drucke bei, der zweite mit den Notizen des Zensors. Vgl. meine „Hebräischen Druckereien in Sulzbach“. S. 38—39.

763. I. Akten über den Druck des Talmud (rot) sowie des Alfasi durch den Drucker Salman Ahron in Sulzbach. 1754 und 1762. 29 Fol.

II. Akten über die Drucklizenz für verschiedene durch die Drucker Salman Ahron, bezw. seine Söhne und Nachfolger Ahron und Naftali, in Sulzbach hergestellte Bücher. — Mit pflichtmässig eingereichten Belegdruckbogen. 1753—1770. 19 Prod. und 79 Druckbogen.

862. Die vom Judenobervorsteher, kurpfälz. Hoffaktor Nathan Isak Schwabacher, im Namen der gesamten Sulzbacher Judenschaft gegen den

mit der Judenobmannschaft betrauten Frh. v. Leistner erhobene Beschwerde wegen seiner Eingriffe in die verbürgten Rechte der Juden. 1790. 137 Prod.

1106. Akten über erbitterte Streitigkeiten zwischen einzelnen Juden in Floss. 1699—1700. 22 Prod.

Mit einem Aquarell und einer Federzeichnung der jüdischen Wohnungen.

1168. Protest von Pfalz Sulzbach gegen die durch Pfalz Neuburg veranlasste Ansiedlung von Juden in Weiden. 1636—1640. 58 Prod.

Mit einem gedruckten Erlass der Pfalzgrafen, Brüder Philipp Ludwig und Ottheinrich, über die Juden in Pfalz Neuburg d. a. 1601.

1172. Akten über das Druckprivileg für den Sulzbacher (reformierten) Buchdrucker Abraham Lichtenthaler, sowie für seine Geschäftsnachfolger. 1664—1767. 53 Fol.

Mit gelegentlichen Hinweisen auf die Sulzbacher hebräischen Druckereien. Vgl. „Hebräische Druckereien in Sulzbach“ S. 7—9 und S. 12—13.

1766. Joh. Mich. Hermann, Schneider in Sulzbach, gegen die dortige Judenschaft, wegen des angeblich durch sein Besitztum gehenden Fussweges zum jüdischen Friedhof. 1803. 21 Fol.

Zugang 30.

132. Kollektivpetitionen sämtlicher oberpfälzischer Krämer und Handwerker gegen die Handelsbeeinträchtigung durch ausländische Hausierer. 1710. 30 Fol.

Die Beschwerde wendet sich nur nebenbei auch gegen die Juden.

193. Genehmigung der Erweiterung des Judenfriedhofes in Floss. 1755. 7 Prod.

Rep. 93. Sulzbachische Fürstensachen.

202. Das Freudenfest in Sulzbach anlässlich des Beilagers des Kaisers Leopold I. mit der Prinzessin Magdal. Theresia, an dem auch die Juden teilnahmen, mit namentlichem Verzeichnis derselben. 1678. 18 Fol.

Rep. 96. Amt Floss.

37. Widerstand der Bürgerschaft in Floss gegen den Hauskauf des Hönig Jakob, der ihm von der Regierung genehmigt war. 1734—1739. 13 Prod.

96. Schutzaufnahme für Marum Ahron in Floss. Gesuch der Frau des Isak Scheyer daselbst, einen Teil ihres Hauses ihrem Sohne einrichten und einräumen zu dürfen. 1809—1810. 11 Prod.

375. Über die Nachsteuer der Juden im Herzogtum Sulzbach. 1798. 6 Prod.

403. Die angebliche Zolldefraudation des Juden Moses Hirsch in Floss. 1742. 3 Prod.

416. Genehmigung des leibzollfreien Einlasses der Hochzeitsgäste bei der Hochzeit des Abr. Isak Bloch in Floss. 1769—1770. 2 Prod.

418. Über den Ankauf von Getreidevorräten, besonders durch die Flosser Juden, zum Nachteil der Reichsarmee. 1758. 16 Prod.

419. Die angebliche Zolldefraudation des Koppel Seckel in Floss. 1758 bis 1759. 17 Prod.

420. Gesuch der Flosser Juden um Erleichterung der Zollbestimmungen für Wolle und Leder. 1757. 19 Prod.

484. Wiederholtes Gesuch Jakob Blochs und endliche Bestätigung des Kaufes (vgl. folg. Nr.) durch das Ministerium. 1799—1806. 170 Prod.

487. Verweigerte Verbriefung eines von Jakob Bloch in Floss behufs Errichtung eines Hauses erkaufte Grundstückes. 1798—1799. 49 Prod.

503. Gesuch des kathol. Pfarrers in Floss, dem eingewanderten Wolfgang Löw sein Niederlassungsrecht wieder zu entziehen. 1792. 1 Prod.

553. Streitfrage, ob die Zuschreibungsgebühr für ein von Jakob Hönig in Floss erkaufte Grundstück dem Staat oder der Ortsgemeinde gehöre. 1798. 13 Prod.

560. Ablehnung eines Gesuches des Frh. v. Podewils, 6 Judenfamilien aus Floss auf seiner Hofmark Kalmreuth ansiedeln zu dürfen. 1806 bis 1807. 8 Prod.

663. Ablehnung, und dann Genehmigung, eines Grundstückkaufes des Jakob Hönig in Floss. 1794. 27 Fol.

673. Genehmigung eines Schutzgeldmoderationsgesuches des Abraham Isak in Floss. 1799. 5 Prod.

674. Schutzerteilung für Mendel Jakob Hirsch in Floss. 1798. 14 Fol.

682. Schutzgeldmoderationsgesuche des Samuel Bloch in Floss. 1797. 1800. 6 Prod.

683. Schutzgeldmoderationsgesuch des Roschhakohol David Löw in Floss für seine Enkel. 1800. 6 Prod.

696. Schutzgeldmoderation für Gütel Hönigin in Floss. 1802. 4 Prod.

711. Fixierung des Schutzgeldes für Jakob Hönig in Floss. 1799. 5 Prod.

753. Schutzaufnahme und Heiratslizenz für Sara, Tochter des verst. Jakob Simon in Floss. 1798. 7 Prod.

759. Akten über Schutzaufnahmen sowie über das Schutzgeld einer grösseren Anzahl von Flosser Juden. 1791—1797. 90 Prod.

764. Eine grössere Anzahl von Handespässen auf je 1 Jahr, als Legitimation ausgestellt für Flosser Juden. 1790—1791. 43 Prod.

804. Genehmigung von Baugesuchen verschiedener Juden in Floss 1736—1737. 10 Prod.

844. Akten über Zollfreiheit für auswärtige Teilnehmer an Judenhochzeiten in Floss. 1721. 4 Fol.

874. Akten über einen Hauskauf des David Jakob in Floss (1729), sowie unrechtmässige Konfiszierung von Waren eines Juden durch eine adlige Dame. (1731). 15 Prod.

986. Kasualgebetordnung, die von der Gemeinde Floss der Regierung eingereicht wurde. (1761). 1 Prod.

Vgl. „Hebr. Druckereien in Sulzbach“, S. 139, Nr. 198.

1240. Über den Leibzoll der Sulzbacher und Flosser Juden in Weiden. 1706—1735. 64 Fol.

1297. Akten über die exemplarische Bestrafung des Landgerichtsverwesers in Kemnath wegen ungesetzmässiger Behandlung von Juden auf dem dortigen Markt und Insubordination gegen höhere Verfügungen. 1787 bis 1788. 65 Prod.

Vgl. Rep. 99 nr. 5824.

1301. Akten über die Belästigung eines Flosser Juden durch den Lobkowitz'schen Amtsknecht in Neustadt a. Wn. 1783—1784. 14 Prod.

1309. Ablehnung der Gesuche zweier Flosser Juden, ihnen Konzession zum Salzhandel zu erteilen. 1785. 7 Prod.

1322. Die Zolldefraudation zweier Flosser Juden. 1756. 12 Prod.

1477. Haussteuerveranlagung der Juden in Floss. 1749—1752. 39 Prod.

1478. Schutzaufnahmegesuch des aus Böhmen eingewanderten Flosser Juden David Löw. 1757. 3 Prod.

1479. Schutzgeldmoderationsgesuch des Scheyer Eisig in Floss. 1757. 4 Prod.

1480. Amtsbericht wegen Fixierung des Schutzgeldes der einzelnen Juden in Floss. 1746. 4 Prod.

1481. Hirschel Moses bittet wiederholt um Schutzaufnahme seiner Tochter in Floss. Dezember 1756. 4 Prod.

Vgl. folgende Nr.

1482. Hirschel Moses bittet um Schutzaufnahme seiner Tochter in Floss. März 1756. 3 Prod.

Vgl. vor. Nr.

1483. David Jakob in Floss bittet um Fixierung des Schutzgeldes für seinen Sohn. 1756. 4 Prod.

1484. Schutzgeldmoderationsgesuch des Hirsch Bloch in Floss. 1755. 2 Prod.

1485. Fixierung des Schutzgeldes des Joel Bloch (des vorigen Sohn). 1754. 3 Prod.

1486. Fixierung des Schutzgeldes für Moses Levi (Schwiegersohn des Moses Bloch). 1752—1753. 9 Prod.

1487. Desgl. für Jakob Hirsch in Floss. 1751—1752. 14 Prod.

1488. Desgl. für Moses Blochs älteste Tochter, die sich verheiratet. 1748. 5 Prod.

1489. Gesuch des Joachim Isak aus Neuburg, sich eine Zeit lang bei seiner Tochter in Floss aufhalten zu dürfen. 1743. 2 Prod.

1490. Gesuch des Moses Bloch wegen des Schutzgeldes seines Sohnes Isak Bloch in Floss. 1744. 4 Prod.

1491. Gesuch des Moses Bloch um Transferierung seines Schutzes an seine Tochter. 1750—1757. 4 Prod.

1492. Schutzbrief und Leibzoll der Juden in Floss betr. 1727. 5 Prod.

1495. Jahresrechnungen über die Schutzgelder der Juden in Floss. 1735—1748. 13 Prod.

1497. Die Schutzgeldrückstände der verstorbenen Wwe. Hirschlein Moses in Floss. 1774. 9 Prod.

1498. Isak Bloch (Sohn des Moses Bl.) in Floss bittet um Fixierung seines Schutzgeldes. 1744. 5 Prod.

1537. Schulforderung der Wwe. des Moses Bloch in Floss. für 46 von ihrem Mann an den Staat gelieferten Stossdegen. 1757. 11 Prod.

1550. Erhöhung der Haussteuer des Ahron Boskowitz in Floss. 1786 bis 1790. 9 Prod.

1582. Bestrafung des Mautbeamten in Schönsee wegen gesetzwidriger Behandlung des Flosser Handelsmannes Ahron Levi auf dem dortigen Markt. 1787—1788. 62 Prod.

1634. Akten über die Häuser zweier Juden in Floss. 1746—1751. 6 Prod.

1709. Verkauf eines Ackers an die Judenschaft zu Floss, behufs Erweiterung des Begräbnisplatzes. 1780. 4 Prod.

1737. Gesuch der Judenschaft zu Floss wegen des Leibzolles. 1787. 6 Fol.

1899. Abweisung eines Gesuchs des Jakob Hönig in Floss um Erteilung der Konzession zum Branntweinbrennen. 1726. 3 Prod.

2006. Klage des Samuel Isak Bloch in Floss gegen den Stadtwachtmeister Indobler wegen eines ihm durch diesen in Weiden abgenommenen spanischen Röhrchens. 1782. 1 Prod.

2224. Befehl bezüglich Hausierens der Flosser Juden, sowie Angelegenheit der Ausweisung einer Magd aus sittenpolizeilichen Gründen. 1800 bis 1803. 3 Prod.

2227. Schutzerteilung für die Tochter des verst. Jakob Simon in Floss und Heiratskonsens für sie. 1797. 6 Prod.

2273. Über den Leibzoll der Juden in Weiden. 1735. 2 Prod.

2274. Über die Abgaben einiger Juden in Floss. 1737. 15 Prod.

2509. Die infolge des grossen Brandes in Erbdorf allen Ortsgemeinden auferlegte Extrasteuer ad $\frac{1}{4}$ der ordentlichen Steuer; hier hauptsächlich bezüglich der Judengemeinde Floss. 1771. 21 Prod.

2886. Abweisung des Gesuches des Moses Bloch in Floss um Zuweisung eines Handelsdistriktes für seinen Sohn Isak. 1739. 8 Prod.

2887. Akten über den Bau einer neuen Synagoge in Floss. 1721. 9 Prod.

2893. Wiederverheiratungs-Konsens für die Wwe. Rifka Bloch in Floss. 1789—1790. 6 Prod.

Rep. 97. Amt Parkstein.

71. Über die Judenzölle im Amte Pleystein. 1765. 8 Prod.

801. Gesuch der Juden in Floss, ihnen die sofortige Beerdigung der Leichen zu gestatten, unter Verzicht auf die angeordnete 48stündige Liegezeit. 1804. 2 Prod.

2294. Akten über die Handhabung des Leibzolles und des Geleitgeldes der Juden in Pfalz Neuburg, insbesondere im Landgericht Parkstein (neben einer Reihe anderer, die Juden nicht betreffender Angelegenheiten 1518 bis 1603). 1561—1565. 25 Fol.

Rep. 99.

Pfalz-Sulzbacher Administrativ- und Rechtsgegenstände.

41. Die vom polnischen Hoffaktor Simon Philipp an Amsel Moses Nathan und von diesem an den ansbachischen Geh. Rat und Oberststallmeister Frh. v. Reizenstein zedierte Schuldforderung an den herzoglichen Hof in Sulzbach. 1717—1776. 11 Prod.

160. Ein Monitum der Regierung Regensburg an die Depot-Registatur Amberg wegen noch seit 1792 ausstehender Sulzbachscher Judenschutzzelder. 1817. 3 Prod.

253. Akten über eine Anleihe des Majors Baron v. Schwaben bei dem pfälzischen Hoffaktor Nathan Moses von Schwabach und Gabriel Fränkel in Fürth u. Cons., hauptsächlich zur Ausrüstung von 4 Bataillonen Hilfstuppen für die Republik Venedig. 1716. 32 Fol.

254. Abrechnung mit den in vor. Nr. genannten Juden. 1717. 83 Fol.

303. Aktenfragmente der Amberger, bezw. Neuburger Regierung (1551—1782), von denen sich nur ein einziges Produkt auf Juden bezieht (2. VI. 1777). Es betrifft die von der freien Reichsstadt Nürnberg geforderte Auslieferung eines im Amt Vohenstrauß arrestierten, steckbrieflich verfolgten getauften Juden durch die Regierung Sulzbach.

491. Akten über die alljährig zu wiederholende Einschärfung eines i. J. 1601 von den Pfalzgrafen Philipp Ludwig und Ottheinrich gegen den Handel der Untertanen mit Juden gerichteten Erlasses (der im Druck beiliegt). 1616. 3 Prod.

509a. Akten über ein grösseres Anlehen des kurf. Hofes in Sulzbach bei dem dortigen Hoffaktor Jakob Josef und in spezie bei dessen Bruder Jonas Josef in Treuchtlingen. 1730. 42 Prod.

564. Die Nachsteuer der Juden in Sulzbach. 1787. 29 Fol.

612. Das Schutzgeld der einzelnen Juden in Floss. 1775—1790. 203 Prod.
Mit amtlichen Statistiken.

731. Verhandlungen wegen Baues einer Rabbinerwohnung in Floss.
1792—1795. 67 Prod.

786. Akten über den Haustausch des kurf. Hofbuchdruckers Kilian Gallwitz in Sulzbach mit den jüdischen Buchdruckern (Brüdern) Ahron und Naftali Salomon daselbst. 1779. 4 Prod.

901. Bitt- und Dankgebete, während der Schwangerschaft und nach der Entbindung der Kurfürstin Karolina Friederika von der Gemeinde Floss rezitiert und von Rabbiner David Hessel (Hurwiz) verfasst. 1805. 6 Prod.

Die Gebete werden den Behörden zur Kenntnisnahme eingeschickt.

941. Die Synagogenfeier in Floss anlässlich der Erhebung Bayerns zum Königreich. 1806. 6 Prod.

1329. Pensionsgesuch des Hoffaktors Nathan Isak Schwabacher in Sulzbach und Ablehnung desselben. 1787. 6 Prod.

1355. Einziehung einer Forderung des Hofes an tit. v. Oettingen durch Faktor Nathan Isak Schwabacher. 1762. 13 Fol.

1445. Besoldungen und Privilegien für die Hoffaktoren Jakob Josef und (seinen Schwiegersohn und Nachfolger) Nathan Isak Schwabacher in Sulzbach. 1749—1771. 123 Fol.

1446. Rückständige Schuldforderungen und Pensionsgesuch des früheren Hoffaktors Nathan Isak Schwabacher an den Staatsärar. 1802—1807. 23 Prod.

1657. Polizeiwesen, Ratswahl und Judenobmannschaft in Sulzbach betr. 1790. 3 Fol.

1753. Akten über den Mietzins des Moses Beer und David Hirsch in Sulzbach für den gemieteten Stadel im dortigen Bauhof. 1801. 4 Prod.

1767. Das Ungeld der Juden in Sulzbach vom verzapften Wein. 1685. 4 Fol.

1768. Beschwerde von Bürgermeister und Rat in Sulzbach gegen den Viehhandel der Juden. 1674—1675. 7 Fol.

1769. Allerlei Personalien aus der Sulzbacher Judengemeinde. 1673—1674.
Zumeist Streitigkeiten zwischen Bürgern und Juden geschäftlicher Art.

1770. Verwaltungsmassregeln verschiedener Art in der Gemeinde Sulzbach. 1678—1733. 6 Prod.

1771. Akten, die Judenbuchdruckerei in Sulzbach betr. 1670—1709.
4 Prod.

1772. Das mit Arrest belegte Guthaben des Samson Jakob bei der fürstlichen Hofkammer in Floss 1709—1712. 11 Prod.

1773. Akten, die Gemeinde Sulzbach betr. 1660—1726. 310 Prod.
Mit einem Schutzbrief für die Juden in Pfalz Neuburg (1662).

1986. Protest von Bürgermeister und Rat in Sulzbach gegen einen Hauskauf des Juden Josef Löw daselbst. 1740 u. 1785. 19 Fol.

2199. Erlass Karl Theodors, Pfalzgrafen, durch den dem Nathan Isak Schwabacher das Prädikat Hoffaktor erteilt wird. Schwetzingen, 20. VII. 1751. 1 Prod.

2223. Akten über den Judendoktor Aron Schwab zu Fürth contra Salman Fränkel in Sulzbach pto debiti. 1713. 47 Fol.

Vgl. nr. 2368 und meine Abhandlung: „Der Konvertit Friedrich Christian Christhold“ in der „Monatsschrift für Gesch. u. Wissenschaft des Judentums“ 1906 S. 94—99.

2368. Akten über die Schuldforderungsklage des Arztes Aron Schwab n Fürth gegen Salman Fränkel in Sulzbach. 1722. 62 Prod.

Vgl. oben nr. 2223.

2370. Umfangreiche Akten über den Hoffaktor Jakob Josef in Sulzbach, seine Rechte und Pflichten. 1758—1793. 116 Fol.

2454. Auslieferung der vom Hoffaktor Jakob Josef hinterlassenen Schriftstücke, die seine herrschaftlichen Geschäfte betreffen, an die kurfürstliche Regierung in Schwetzingen. 1770. 5 Prod.

2479. Über die Frage, ob die für die jüdischen Hoffaktoren in Pfalz-Sulzbach ausgestellten Freipässe in Kurbayern respektiert werden sollen, vice versa. 1768. 29 Prod.

2638. Freipass durch das Herzogtum Sulzbach für den nach Prag passierenden Moses Jakob aus Heidingsfeld. 7. Juni 1784. 1 Prod.

2820. Akten über eine Beschwerde des Löw Anselm Levi in Schnaittach gegen angeblich zu hohe von ihm erhobene Sporteln bei Vermittlung eines Gutkaufes. 1793. 2 Prod.

2894. Verhandlungen über des Buchdruckers Seckel Ahron in Sulzbach Bücherabsatz nach Österreich. Mit Abschriften diplomatischer Akten. 1808—1809. 12 Prod.

2905. Bericht des Landgerichtes Sulzbach wegen der Konskription der Juden. 1807. 2 Prod.

2992. Erteilung des Prädikates „Hofgraveur“ an Jakob Löw in Sulzbach. 1799. 3 Prod.

3041. Anzeige gegen einige Bürger und Juden, die ohne Entrichtung der Gebühren Salzhandel treiben. 1723. 1 Prod.

3042. Beschwerden der Juden in Sulzbach gegen die durch die neue Accis- und Mautordnung von 1770 für sie sich ergebende Beschränkung der Handelsfreiheit. 1771. 36 Fol.

3046. Gesuch des Löw Wolf in Sulzbach um Erteilung eines Handelspatentes für die ganze Oberpfalz. 1794. 7 Fol.

3048. Akten über die Beschwerde des Sulzbacher Moses Isak gegen die ungesetzliche Durchführung der Mautordnung d. a. 1787 durch einige Mautämter. 1792. 5 Prod.

3097. Amtliche Statistik über die Judengemeinde Sulzbach. 1807. 2 Prod.

3269. Ausstellung von Freipässen für kurbayerische Hoffaktoren in Pfalz-Sulzbach. 1770—1777. 32 Prod.

3669. Kurfürstlicher Erlass über die Heranziehung der Sulzbacher Juden zur Türkensteuer. 1738. 2 Prod.

3908. Urteil der kurf. Regierung in Sulzbach in der Streitsache des Josef Nathan aus Tachau in Böhmen gegen den kurf. Fiskus zu Sulzbach in puncto usurario pravitatis 11. Juli 1783. 1 Prod.

3909. Gesuch Josef Lazarus Seligmanns in Sulzbach um Rückzahlung zuviel gezahlter Schutzgelder und Schadloshaltung für im 7jährigen Krieg im Dienste der Armee erlittene Verluste. 1779—1784. 17 Fol.

3910. Das Gesuch des Samuel David Hirsch in Sulzbach um Erteilung des Titels „Pfalz-Sulzbachscher Kammerfaktor“ und verschiedener Zollvergünstigungen. 1782. 15 Fol.

3948. Verschiedene Klagen gegen Josef Moses Schwabacher in Sulzbach 1755. 9 Prod.

3949. Akten über die Handelsberechtigung der Pfalz-Sulzbacher Juden in der Oberpfalz. 1753—1790. 6 Prod.

3950. Über die Schutzgeldbefreiung Jakob Löw's, Dieners des kurf. Hoffaktors Jakob Josef in Sulzbach. 1749—1760. 16 Prod.

3951. Ersatzansprüche des Jakob Feistel in Sulzbach für Verluste in den jüngsten Kriegsunruhen, besonders bei der Belagerung Amberg's. 1755—1756. 23 Prod.

3952. Umfangreiche Personal- und Gemeindeakten der Juden in Sulzbach. 1743—1762. 93 Prod.

Bietet manches über den Talmudruck Salmans.

3953. Die im Gefolge der 1779 vorgenommenen Feuerschau über die Judenschaft in Sulzbach verhängte Strafe. 1780. 2 Prod.

3954. Befehl an Samuel David Hirsch in Sulzbach, den durch sein Haus führenden öffentlichen Durchgang zu sperren. 1787. 1 Prod.

3955. Ablehnung des Gesuches des Kammerfaktors Nathan Isak Schwabacher in Sulzbach um Ausdehnung seiner Steuerfreiheit auch auf 2 seiner Söhne. 1764—1765. 12 Prod.

3956. Akten über den nach Bayreuth ausgewanderten Sohn des Vorigen, Moses Nathan. 1779—1783. 36 Prod.

3957. Verbot des Grundstückhandels für die Juden in der Oberpfalz. 1787. 5 Prod.

3958. Schutzerteilung an Samuel Moses aus Schwabach. 1737—1738. 7 Prod.

3959. Die Anstellung des Kammerfaktors Nathan Isak Schwabacher in Sulzbach als zeitweiligen Vertreters des oft abwesenden Oberparnoss, des Hoffaktors Jakob Josef. 1761. 5 Prod.

3960. Schutzaufnahmen und Schutzgelder der Juden in Sulzbach. 1756 bis 1757. 34 Prod.

3961. Desgl. 1755. 24 Prod.

3962. Desgl. 1742—1750. 102 Prod.

3963. Desgl. 1751—1754. 53 Prod.

4112. Fornikationsstrafe eines Sulzbacher Mädchens. — Ferner Akten über einige aus Frankfurt a. M. mit ihren Effekten nach Sulzbach geflüchtete Juden. 1794—1796. 11 Prod.

4113. Wie nr. 3960. 1787—1792. 124 Prod.

4114. Desgl. 1780—1786. 229 Prod.

4115. I. Desgl. 1760—1768. 48 Prod.

Mit amtlichen Statistiken.

II. Desgl. 1770—1779. 111 Prod.

4452. Akten über die, gestützt auf seine Abgabefreiheit, vom Hoffaktor Jakob Josef in Sulzbach verweigerte Leistung einer Steuer auf einen Stadel. 1758. 12. Prod.

4566. Schutzaufnahmen und Schutzgelder der Juden in Floss. 1759 bis 1774. 263 Prod.

5143. Akten betr. den Handel der Juden im Umherziehen in der Oberpfalz und im Sulzbachschen. 1788. 5 Fol.

5315. Gewährte und wieder zurückgezogene Zollerleichterungen für den Juwelenhändler Samuel David Hirsch in Sulzbach. 1775—1788. 23 Fol.

5467. Akten über die finanziellen Beziehungen des Hoffaktors Jakob Josef in Sulzbach zu dem dortigen kurf. Hof. 1733—1737. 33 Prod.

5824. Betrifft die Publizierung eines Urteils, durch welches der Landgerichtsadministrator v. Burgau in Kemnath zum Schadenersatz an Hönig

David und Moses Feifas in Floss verurteilt wird, an alle höheren und niederen Gerichtsinstanzen und Mautämter zur warnenden Mahnung für alle Beamten. 1788. 1 Prod.

Vgl. Rep. 96 nr. 1297.

5848. Entziehung des einzigen dem Hoffaktor Nathan Isak Schwabacher in Sulzbach noch zustehenden Privilegs, der Ungeldfreiheit von Wein. 1793. 2 Prod.

5863. Über die Ungeldfreiheit der Sulzbacher Judenschaft für den rituell benötigten Wein, zu 4 Eimer p. a. 1767—1768 und 1787. 17 Fol.

6347. Schuldklage des Josef Lazarus Seligmann in Sulzbach gegen das Ehepaar Hofbuchdrucker Josef Kilian Gallwitz daselbst. 1753. 3 Prod.

6361. Desgl. des Schulvorsingers Hayum Josef gegen die Gallwitzschen Erben. 1780. 49 Fol.

6662. Befehl des Pfalzgrafen Chr. August von Sulzbach, der den Untertanen ohne jedesmalige, vorher bei Amt eingeholte Genehmigung den Handel mit Juden verbietet. 20. VII. 1693. 1 Prod.

6672. Wechselbriefe, von Theodor, Pfalzgraf von Sulzbach, an den kurf. Neuburgischen Hoffaktor Nathan Moses in Schwabach mit Kons. 1719—1720. 9 Prod.

6739. Desgl. des Seckel Fränkel in Sulzbach gegen die Wwe. des Dr. Stockmayer. 1763. 15 Prod.

6863. Die vom Hoffaktor Jakob Josef in Sulzbach gegen die verwitwete Hofkammerrätin Bach bei der kurf. Regierung eingereichte Klage auf Bezahlung der Wechselschuld ihres verst. Sohnes, des Richters Leonhard Gottfried Bach in Erbendorf ad 95 fl. 1786. 4 Fol.

6958. Über die Erbschaft der Brüder Koppel Löser und Seligmann in Sulzbach. 1758—1760. 14 Fol.

7171. Gesuch der Judenschaft zu Schnaittach um Moderation des Leibzollens im Herzogtum Sulzbach. 1657. 20 Fol.

7236. Akten über die Besoldung des Hoffaktors Jakob Josef in Sulzbach. 1721—1734. 16 Fol.

7332. Schuldforderungs- und Injurienklagen gegen einige Juden in Sulzbach. 1754—1755. 5 Prod.

7624. Kurfürstlicher Ordonanzbefehl aus München an Clemens Josef, Graf von Sensheim, Obristwachtmeister in Amberg, seine Wechselschuld an Josef Lazarus in Sulzbach sofort zu begleichen. 1753. 3 Prod.

7655. Akten über den allerhöchsten Erlass, durch welchen der kurf. Hoffaktor Nathan Isák Schwabacher in Sulzbach wegen seiner notorischen Armut bezüglich verschiedener anhängiger Prozesssachen auf das Armenrecht gesetzt wird. 1794. 2 Prod.

7658. Resolution des Kurfürsten von Sulzbach über Wechselsachen des Zacharias Fränkel in Fürth. 1719. 3 Prod.

7667. Wolllieferung des Juden David Wollner zu Sulzbach in das Strafarbeitshaus im Amberg. 1817.

8697. Gesuch des Juden Michael Hirschel in Sulzbach und des Georg Starz von Freudenberg, ihnen die Stroh- und Heulieferung für verschiedene oberpfälzische Kastenämter zu übertragen. 1800. 6 Prod.

8830. Prozess über die von Martin Suntzner zu Pächtersfeld dem Hirsch Salomon in Sulzbach für eine Schuldforderung, ad 173 fl., hypothekarisch zugeschriebene halbe Öde, genannt der „Rummersberg“. 1738. 3 Prod.

8830a. Hypothekenforderungsklage des Hirsch Salomon in Sulzbach. 1738. 4 Prod.

8832. Der Verkauf der Öde Rummersberg vonseiten des Juden Hirsch Salomon an Gg. Schätz zu Pächtersfeld. 1738. 2 Prod.

8914. Aufhebung des Leibzolle in Sulzbach bei 2 besonderen Anlässen. 1668 und 1671. 2 Prod.

Vgl. „Hebr. Druckereien in Sulzbach“ S. 16, Anmerkung.

8945. Befehl bezüglich des militärischen Naturalquartiers, dem Anwalt der Sulzbacher Judengemeinde die Vorakten zur Einsicht vorzulegen. 1809. 1 Prod.

10029. Hoffaktor Jakob Josef in Sulzbach contra Hammerwerks-Oberinspektor Dünzenhofer in puncto debiti ex contractu ferramentorum. 1726 bis 1731. 44 Fol.

10032. Schuldforderungsklage des Lazarus Josef gegen denselben. 1725 bis 1726. 17 Fol.

10070. Wechselforderungsklage des Hoffaktors Jakob Josef und seiner Rechtsnachfolger gegen die Gebrüder v. Brand zu Neidstein. 1761—1780. 70 Fol.

10072. Die Gebrüder Bermann und Herzel Fränkel in Sulzbach gegen das Ehepaar Joh. Christoph v. Brand in puncto debiti cambialis. 1774. 46 Fol.

Zugang 8.

228. Gedruckter Erlass des Herzogs von Sulzbach (Pfalzgraf Carl Phil. für den minderjährigen Carl Philipp von Pfalz-Sulzbach), der den Untertanen verbietet, ohne vorherige obrigkeitliche Genehmigung Borgschulden über 5 fl., besonders bei Juden, einzugehen. 9. XI. 1740. 1 Prod.

350. Kollektivgesuche der einzelnen Handwerkerzweige an den Herzog, den Juden aus Sulzbach auszutreiben. 1662. 53 Prod.

Es wohnt erst 1 Jude in Sulzbach.

351. Gesuch des Hirschel Maier in Floss, das im Walde verfaulende Holz zum Brennen von Fluss- und Potasche verwenden zu dürfen. 1691. 4 Fol.

364. Akten über die Vermögensstreitigkeiten in der Familie des Buchdruckers Salman Ahron in Sulzbach. 1780. 39 Prod.

459. Akten über die Ausplünderung des Juden Nathan aus Neustadt an der Waldnaab. 1622. 140 Prod.

1301. Verbot an die Juden in Floss, gutes Geld auszuwechseln und dafür schlechtes ins Land zu bringen. 1692. 1 Prod.

1302. Gesuch des Hirschel Maier in Floss um Niederlassungsgenehmigung und Ehekonsens für seinen Sohn Moses Maier. 1693. 4 Prod.

1304. Desgl. des Enoch Maier in Floss für seine Tochter. 1694. 4 Prod.

1312. Akten über den hebräisch abgefassten Heiratsbrief der Sara, Frau des Salomon Hönig, in Floss. 1766. 3 Prod.

2391. Anhaltung und Bestrafung eines Sulzbach ohne Geleit passierenden und über Samstag sich aufhaltenden Juden aus Raudnitz in Böhmen. 1591. 6 Prod.

Rep. 103. Reichsgrafschaft Lobkowitz-Sternstein.

21. Den Leibzoll der Juden in der Lobkowitzschen Herrschaft Sternstein betr. 1804. 2 Prod.

Rep. 105. Standbücher.

19. Kopie einiger oberpfälzischer Regierungsverfügungen über Landesverweisung der Juden. 1554. 1 Prod.

Rep. 108. Neuere Oberpfälzische Regierungsakten.

Zugang 120: Stadt Regensburg.

1. Über die besonderen Abgaben der Juden in Regensburg. 1814—1815. 31 Prod.

Rep. 109 u. 110. Neuere Oberpfälzische Regierungsakten.

102. Akten über Druckangelegenheiten, Bücherzensuren und dergl. in Sulzbach. 1795—1800. 80 Fol.

Mit gelegentlich auf die hebräische Druckerei bezüglichen Akten.

264. Die in verschiedenen bayerischen Städten gegen die Juden ausgebrochene Gärung. 1819. 63 Prod.

334. Allerhöchste Bestimmungen über die Juden. Verschiedene Enquêtes. 1812—1845. 121 Seiten.

335. Verfügungen über die Evidenthaltung der Judenmatrikeln. 1839 bis 1854. 20 Prod.

678. Geburts-, Trau-, Sterberegister der Juden in Sulzbürg. 1851 bis 1861.

781. Salomon Wieners Gesuch um Niederlassungserlaubnis, ausserhalb der Matrikelzahl, in Floss, in seiner Eigenschaft als Grosshändler. 1833—1834. 24 Prod.

1424. Genehmigung der Statuten des israel. Wohltätigkeitsvereins in Sulzbach durch die Regierung. 1843. 23 Fol.

1425. Akten über die Begründung einer besonderen jüdischen Armenpflugschaft in Sulzbach. 1848—1849. 38 Fol. Mit den gedruckten Statuten der jüdischen Armenpflege in Bamberg.

1603. Ministerialentschliessung über die Abschaffung der Schutzgelder („Rezeptionsgelder“), als Ausführungsbestimmung zum „Judenedikt“. 1813. 3 Prod.

Rep. III. Neuere Oberpfälzische Regierungsakten.

Zugang 132.

366. Die Juden in Regensburg betr. 1804.

1137. Enquête über die religiösen und politischen Gerechtsame der Juden in Regensburg. 1810. 1 Prod.

1138. Akten über das Gesuch des hochfürstl. Thurn und Taxisschen Hoflieferanten Jakob Gugenheimer um Schutzaufnahme in Regensburg. 1810—1811. 10 Prod.

- 1139.** Einzelakten, zur vor. Nr. gehörig. 1810. 3 Prod.
- 1140.** Amtliches Verzeichnis der Juden in Regensburg. 1803—1804. 1 Prod.
- 1141.** Beschwerde des Reichs-Erbmarschallamtes gegen die Polizeidirektion in Regensburg, wegen Behandlung der dortigen Juden; mit einer Denkschrift. 1805. 5 Prod.
- 1142.** Verschiedene amtliche Denkschriften über die Stellung der Juden in Regensburg. 1807. 17 Prod.
- 1143.** Schutzaufnahme des Salomon Reitlinger in Regensburg. Ferner Reglement über das Schutzgeld der dortigen Juden. 1805. 10 Prod.
- 1144.** Akten über die Kollektivbeschwerde der offenen und geschlossenen Gewerbe gegen die Juden in Regensburg. 1807—1809. 20 Prod.
- 1145.** Akten über das Gesuch der Juden in Regensburg um Besserstellung ihrer bürgerlichen Stellung. Gegeneingaben der Bürgerschaft. 1808—1809. 65 Prod.
- 1146.** Befehl, eine Liste der Juden in Regensburg anzufertigen. 1810. 1 Prod.
- 1148.** Festsetzung der von den Juden in Regensburg in Zukunft zu zahlenden Abgaben. 1805—1808. 10 Prod.
- 1149.** Auftrag, eine erschöpfende Statistik über die sämtlichen politischen und religiösen Verhältnisse der Juden in Regensburg aufzustellen. 1808. 2 Prod.
- 1150.** Über die Ausfertigung von Pässen für die Leichen auswärts zu beerdigender Juden. 1802—1810. 3 Prod.
- 1151.** G. W. Henle bittet, ihm unter Aufhebung entgegenstehender Bestimmungen zu erlauben, ein von ihm angekauftes Haus in Regensburg auf seinen Namen besitzen zu dürfen. Mit 2 Gutachten. 1808. 4 Prod.
- 1152.** Ein gleiches Gesuch Wertheimers in Regensburg. 1808. 1 Prod.
- 1153.** Verhandlungen über Abtretung des Judenschutz- und Geleitrechtes vom Reichs-Erbmarschallamt an die fürstbischöfliche Regierung in Regensburg. 1804—1807. 234 Prod.

1154. Gesuch des Thurn und Taxisschen Hoflieferanten Isak Koppel, Kleinerdingen, um kurfürstliche Schutzaufnahme in Regensburg. 1805—1806. 12 Prod.

1241. Amtsbericht der provisorischen Polizeidirektion in Regensburg, betr. Judenabgaben. 1811. 1 Prod.

1243. Das Gesuch des Isak Löw um Schutzaufnahme seines Sohnes in Regensburg. 1810—1811. 11 Prod.

1244. Das Gesuch des Adolf Bomeisler in Kumpfmühl um Schutzaufnahme in Regensburg. 1810. 12 Prod.

1543. Akten über ein Gesuch der Judenschaft in Floss, den Leibzoll aufzuheben. 1803—1804. 10 Prod.

Zugang 133.

10. Akten über den Grundstückshandel der Juden in der Oberpfalz. 1809—1858. 115 Prod.

149. Akten über den Modus der Vorstandswahl der Judengemeinde Sulzbach. Mit historischen Gutachten. 1802—1804. 8 Prod.

150. Akten über das Gesuch der Sulzbacher Judengemeinde, ihre schutzbrieffmässigen Rechte nicht einzuschränken. 1789—1790. 34 Prod.

151. Verschiedene Regierungsverordnungen bezüglich der Judengemeinden des Herzogtums Sulzbach. 1744—1799. 6 Prod. — Beiliegend: „Auszug aus einer Beschreibung berechtigter jüdischer Diebs-Räuber-Banden. Cassel 1758.“

152. Akten über Beschwerden der Pfarrer und der Bürgerschaft in Sulzbach gegen die Juden. 1788—1800. 18 Fol.

153. Die Gesuche der Judengemeinden Sulzbach und Floss um ihre Gleichstellung bezüglich des Leibzolles mit den übrigen Judengemeinden der Oberpfalz (Schnaittach etc. und Sulzbürg). 1780—1786. 29 Prod.

154. Akten der Landesdirektion Amberg über die Abschaffung des Leibzolles. 1804—1808. 5 Prod.

155. Akten über die Einführung hebräischer Bücher durch die Buchdrucker Gebrüder Arnstein in Sulzbach (und Zirndorfer in Fürth) in die Österreichische Monarchie. 1829—1831. 7 Prod.

156. Streitigkeiten zwischen der hebräischen Druckerei in Sulzbach (S. S. Arnstein) und der in Fürth (Isak David Zirndorfer) über Druck und Verlag eines jüdischen Kalenders. 1821—1822. 14 Prod.

157. Über Seckel Ahrons (in Sulzbach) Wollankauf in Böhmen. 1813. 2 Prod.

Vgl. meine „Hebräische Druckereien in Sulzbach“ S. 90.

158. Gesuch des Schulklopfers und Beglaubten Meier Levinger um Aufnahme in die Matrikelzahl zu Sulzbach. 1816—1817. 3 Prod.

159. Akten über die gegen den Einspruch der Judengemeinde erfolgte Schutzaufnahme des Metzgers Jakob Steinhard aus Floss in Sulzbach. 1826—1827. 14 Prod.

160. Akten über die Metzgerkonzession des Joel Rothschild in Sulzbach, der seinen Schutzbrief beim grossen Brand i. J. 1822 verloren hatte. 1837. 17 Prod.

161. Allerhöchste Verfügung über die Ablösung der bisherigen Judenschutzgelder durch die allgemeine „Gewerbsteuer“ und das „allgemeine Familien-Schutzgeld“. 1811. 1 Prod.

162. Akten über den Aufenthalt des früheren Buchdruckers Naftali Salomon in Sulzbach. 1809—1810. 8 Prod.

Vgl. „Hebr. Druckereien in Sulzbach“ S. 86 f., vgl. weiter nr. 172.

163. Über die gewohnheitsrechtliche Aufnahme von Kultusbeamten in Sulzbach ohne besondere behördliche Genehmigung. 1801. 3 Prod.

164. Der Anspruch des 80jährigen Josef Lazarus Seligmann in Sulzbach auf Unterstützung durch die Gemeinde. 1805. 1 Prod.

165. Akten über das Gesuch des Handlungshauses S. Arnstein in Sulzbach um Aufhebung der noch bestehenden alten Bestimmung, die jüdischen Kaufleuten Zessionen von Schuldforderungen an Dritte verbietet. 1817 bis 1819. 16 Prod.

166. Der Verzicht des Moses Hirsch in Sulzbach auf seinen Schutz, zugunsten seines Sohnes. 1813. 2 Prod.

167. Bestätigung einer Unterschrift des Jonas Josef in Sulzbach durch das dortige Landgericht. 1810. 2 Prod.

168. Schutzerteilung an Sara, Tochter des Josef Löw Uhlmann in Sulzbach, und Heiratskonsens. 1817—1819. 14 Prod.

170. Schutzaufnahme eines Sohnes des Rabbiners Ahron Kaufmann Kohn in Sulzbach und Heiratskonsens. 1814—1815. 7 Prod.

171. Desgl. für Herz Seligsberger in Sulzbach. 1815. 5 Prod.

172. Genehmigung des Gesuches der Gütel, Wwe. des Löw Josef in Sulzbach, den z. Z. als „Bassist“ in Wannbach wirkenden Naftali Salomon heiraten zu dürfen. 1808. 8 Prod.

173. Akten über verschiedene Schutzaufnahmegesuche, über den Tod des Rabb. Kaufmann Kohn und seinen Nachfolger Isak Aronsohn Mannheimer. 1802—1839. 47 Prod.

174. Beschwerde der Judenschaft zu Sulzbach gegen eine jüngst erlassene, in ihren verbrieften Rechten sie verkürzende Regierungsverfügung. (Neuer Mauttarif). 1788—1790. 77 Prod.

175. Schutzbrief für die Juden des Herzogtums Sulzbach (1744) mit Erläuterungen und Anwendungen auf einzelne Fälle. 1744—1765. In Druck beiliegend: „Erläuterung der Conzession an die Judenschaft der Stadt Mannheim“ d. d. 21. Nov. 1765. (20 Seiten.)

176a. Hausierpatente für Schutzjuden in Sulzbach. 1834—1841. 349 Prod.

Zugang 134.

62. Polizeiliche Äusserung über die angeblichen Gesundheitsgefahren bei Benutzung des Ritualbades für die jüdischen Frauen in Floss. 1804. 1 Prod.

167. Matrikelauszüge der oberpfälzischen Judengemeinden.

I. 1817—1822. 116 Prod. (Sämtliche Gemeinden.)

II. 1823—1825. 52 Prod.

III. Ausführliche Enquête, anschliessend an den Landtagsabschied 29. XII. 1831. 1832—1836. 113 Fol.

234. Matrikel der Juden im Landgerichtsbezirk Neumarkt. 1823 bis 1837. 58 Prod.

Betrifft die Juden in Sulzbürg.

244. Die Herstellung einer Matrikel der Juden in Floss. 1814—1815. 39 Fol.

245. Flosser Judenmatrikel aus d. J. 1851. 24 Fol.

246. Statistische amtliche Liste über die Berufs- und Besitzverhältnisse der Juden in Floss. 1833. 25 Fol.

247. Akten über das Schutz- und Heiratslizenzesuch des Elias Boskowitz in Floss; mit einer amtlichen historischen Denkschrift. 1811—1812. 18 Fol.

248. Schutzgesuche von Juden in Floss. 1811—1818. 128 Fol.

249. Akt über die Prüfung der Jahresrechnungen der Flosser Judengemeinde durch das Landgericht. 1817. 5 Fol.

250. Streitigkeiten der Judengemeinde Floss über die Befugnisse des Vorstandes. 1831—1832. 17 Fol.

251. Streit zwischen der Flosser Judengemeinde und der dortigen Metzgerinnung. 1811—1821. 50 Fol.

295. Matrikelauszüge der Judengemeinde Sulzbach. 1814—1857. 53 Prod.

Rep. 119. Bezirksamt Amberg.

Zugang 44.

1147. Rechnungen über den Leibzoll der Juden in Vilseck. 10 Heftchen. 1791—1801.

Rep. 128. Bezirksamt Neustadt.

Zugang 82.

45. Gutachten des Magistrates in Floss über alle öffentlichen, privaten und historischen Verhältnisse der Judengemeinde Floss. 1799. 58 Prod.

46. Berichtliche Äusserung des Landgerichtes Parkstein in Neustadt a. Waldnaab über die historische Entstehung und Entwicklung des Schutzgeldes in Floss. Daraufhin vorläufige Aufhebung desselben, bis auf weiteres, durch die Finanzdirektion in Amberg. 1808—1809. 4 Prod.

47. Bericht des Rentamtes Weiden über die noch zu Recht bestehenden Abgaben der Juden in Floss. Definitive Aufhebung des Schutzgeldes. 1814. 8 Prod.

48. I. Amtshandlungen zur Ausführung der im Edikt über die Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen im Königreiche Bayern d. a. 1813 erlassenen Bestimmungen; hier hinsichtlich der Gemeinde Floss. 1814—1837. 206 Prod.

Aufstellung der ersten, durch jenes Edikt notwendig gewordenen Matrikel und eines Katasters. Ausführung der Familien-Namengebung.

II. Weiterer Ausbau der Bestimmungen des Judenediktes. 1822 bis 1825. 52 Prod.

Enthält ferner die infolge des Landtagsabschiedes 1819 nötig gewordene, auf Grundlage der Berichte aller 8 bayerischen Regierungen aufgestellte offizielle statistische Liste über die Verhältnisse der Juden im Lande.

III. Matrikelauszüge, Matrikelrevisionen, Schutzerteilungen in der Gemeinde Floss. 1820—1837. 51 Prod.

IV. Matrikelangelegenheiten der Gemeinde Floss. 1835—1852. 43 Prod.

V. Matrikel der Judengemeinde Floss. 1823—1851. 228 Prod.

49. Akten über die Aufhebung der bis dahin noch bestehenden politischen Judengemeinde Floss. 1819—1839. 181 Fol.

50. I. Betr. die finanziellen Verpflichtungen der Judengemeinde Floss und der einzelnen Juden dem Staate gegenüber. Auch anderes. 1744—1803. 63 Prod.

II. Desgl. Ferner meist Streitigkeiten zwischen der Gemeinde und ihren Vorstehern. 1736—1808. 188 Prod.

III. Über die Jurisdiktion der Rabbiner (vor 1813), Gemeindestreitigkeiten, Ausführung des Judenediktes; Landtagsabschied 1832 und darauffolgende Enquêtes. 1808—1832. 302 Prod.

IV. Akten über die gesamte bayerische Judenheit berührende politische und religiöse Fragen, insbesondere über die vom Staate angeordneten Kreisdeputiertenversammlungen der Juden vom Jahre 1836. 1833—1849. 163 Fol.

51. Erlass gegen die Vornahme von jüdischen Trauungen in Wirtschaftshäusern. 1833. 2 Prod.

52. Verfügung, anstelle der bisher massgebenden Beschneidungsbücher ordnungsmässige Geburts-, Trau- und Sterberegister einzuführen. 1814. 2 Prod.

53. Auflehnung einiger Flosser Juden gegen den dortigen Rabbiner, Mosés Abr. Wittelshöfer, und ihre Zurechtweisung durch das Landgericht. 1821. 8 Prod.

54. Streit über die Gebühren des Rabbiners in Floss bei Sterbefällen. 1832. 8 Prod.

55. Klage desselben gegen die Gemeinde wegen verweigerten Ersatzes von Auslagen. 1820. 7 Prod.

56. Enquête der kgl. Regierung über die Kasualgebühren des Rabbiners in Floss. 1829. 9 Prod.

57. I. Akten über eine Klage des Metzgerhandwerkes in Floss gegen die dortigen Juden. Ferner über Streitigkeiten innerhalb der Gemeinde über den Verkauf des Fleisches. 1807—1817. 178 Prod.

II. Streitigkeiten zwischen der Metzgerinnung in Floss und den jüdischen Fleischverkäufern. 1820—1850. 150 Prod.

III. Metzgerinnung in Floss gegen den jüdischen Metzger Juda Engelmann. 1829—1831. 18 Fol.

58. Akten über die Handelsverhältnisse der Juden in Floss, z. Tl. bezüglich Einführung und Ausführung diesbezüglicher Bestimmungen des Ediktes d. a. 1813. 1809—1821. 190 Prod.

59. Akten über das durch das Landgericht mit Bezug auf die Juden in Floss angewandte Bestreben, in Ausführung der §§ 15 und 18 des Ediktes zwangsweise die jüdische Jugend zu geordneten Berufen anzuhalten.

I. 1818—1821. 177 Prod. II. 1822—1823. 111 Prod. III. 1823 bis 1833. 211 Prod.

60. Akten über die „jüdische Bruderschaft“ in Floss. 1817—1858. 147 Prod. Mit gedruckten Statuten (1842).

61. Akten über Purimbelustigungen der Flosser Juden in der Fastenzeit. 1826 und 1841. 7 Prod.

69. Akten über die Errichtung einer jüdischen Elementarschule in Floss (1812) und ihre weitere Gestaltung. 1810—1841. 165 Prod.

Rep. 131. Bezirksamt Regensburg.

Zugang 104.

838. Verschiedene Judenzollakten; besonders des Zollamtes Donau-
stauf. 1667—1804. 15 Prod.

Rep. 135. Bezirksamt Sulzbach.

Zugang 83.

19. Allerlei gelegentliche Verordnungen bezüglich der Judenschaft in Sulzbach. 1702—1801. 70 Prod.

20. Aufregung und Erbitterung gegen die Juden in Sulzbach als Folge der Denunziation gegen die Bürgerschaft und bestimmte Bevölkerungsklassen bezüglich der Demolierung des Friedhofes. 1752—1753. 83 Fol.

Vgl. Rep. 91 nr. 654.

21. Akten über die Disziplinarbefugnisse des Parnos Seckel Arnstein in Sulzbach, sowie über verschiedene dort vorgenommene Vorstandswahlen. 1821—1849. 51 Prod.

23. Beschwerden verschiedener Berufsstände, sowie des Bürgermeisters und Rates, gegen die Juden in Sulzbach. 1740—1744. 50 Fol.

31. Akten über die Organisation des Religionsunterrichtes und Errichtung einer jüdischen Elementarschule in Sulzbach. 1824—1837. 57 Prod.

Rep. 137. Bezirksamt Vohenstrauss.

Zugang 40.

308. Judenmatrikel für das Landgericht Vohenstrauss. 1823—1839.
6 Fol.

Zugang 87.

17. Fürst Lobkowitzsche Verfügungen bezüglich der Verkaufsbuden der Juden bei der Wallfahrtskirche zu Fahrenberg. 1797. 8 Prod.

Rep. 139. Urkundensammlung.

558. Schulstiftungsurkunde aus dem Markte Pressath, d. d. 2. II. 1580, in welcher der „Judenhof“ erwähnt wird.

702. Pergamenturkunde. Kaufbrief eines Hauses, das an der „Eckh“ der Judengass in Weiden gelegen. 14. Nov. 1561.

816. Abschrift einer kaiserlichen Urkunde, durch welche die Bürger im Gebiete Sulzbach von allen Schulden gegen Juden freigesprochen werden. 1364. — Beglaubigte Abschrift von dem im Rathaus zu Sulzbach liegenden Original gefertigt. 17. III. 1792.

Vgl. Anlage 2.

1164. Abschriften aller von Kaisern, Königen und bayrischen Fürsten der Stadt Stadtamhof bei Regensburg gegebenen Privilegien. Darunter (fol. 21b—22b) ein Erlass des Pfalzgrafen, Herzogs zu Ober- und Niederbayern, Albrecht, der die Synagoge der jetzt ausgetriebenen Juden, s. Z. von den bayerischen Fürsten den Juden eingeräumt, der Stadt behufs Erbauung eines neuen Rathauses überlässt, 23. Juli 1551.

Abgedruckt bei Aretin, S. 58.

1862. Kaufsrevers, in welchem der „Judengarten“ zu Frisach erwähnt wird. 19. August 1376.

Rep. 140. Urkundendepot Cham.

89. Vergleichsbrief, in welchem der Jude Ahron erwähnt wird. Cham, 2. Juni 1371.

202. Pergamenturkunde. Herzog Ruprecht, der Jüngste, stellt der Stadt Cham einen Schuldschein über ein Darlehen aus, das von „Gutel Reppcin der Judein vnd Anshelm yrem vatter“ stammt. Neunburg, feria tertia ante Simonis et Judae (= 24. Oktober) 1385.

928. Haustauschurkunde, in welcher die „Judengasse“ zu Cham erwähnt wird. Mittwoch nach Sonntag nach Jubilate 1588.

1022. Verkaufsurkunde mit derselben Erwähnung, Cham 29. Dezember 1672.

Ungangbare Repertorien Nr. 4 und 5.¹⁾

42. Hirschbergischer Landgerichtsbrief zwischen Samuel Juden vnd Hannsen von Wolfstein de anno 1464.

Abschrift im Kreisarchiv Amberg. Samuel wohnte in Neumarkt.

134. Uhr Kundt, wie Pfalzgraf Ludwig H. Otten Schlickern, Pristern, vnser Frauen altar in der Capellen zu Amberg, so zuvor der Juden Schuell gewesen, eingegeben hat, mit dem Anhang, das Er vnd seine Capläne solches zu ewigen Zeiten Inhaben vnd von Ihm dazu jerlich 30 fl. haben sollen. Anno 1410.

1570. Schuldbrief von Hansen von Wolf Stein Salickhman (= Seligmann) Juden Vmb 12 fl., gegeben 1457.

1571. Schuldbrief von Hansen von Wolfstein den Salekman Jueden vmb 12 fl., gegeben 1456.

1572. Vertrag, das Gottfritt Wolfhart vnd Georg von Wolfstein Salckmann Juden 195 fl. vf Weinachten bezahlen solle. 1463.

1573. Schadlossbrief, durch Hansen von vndt zum Wolfstein Salckman Juden, von wegen der für Ihme von Wolfstein gegen Selig Juden geleisteten Purgschaft. 1458.

1574. Schuldbrief durch Hansen v. Wolfstein Selickmann Juden umb 80 fl., gegeben 1458.

1575. Schuldbrief durch Hansen von und zum Wolfstein Selig Juden vmb 22 fl., gegeben 1458.

¹⁾ Die Urkunden, Amberger Provenienz, sind bei der Zentralisierung der über das Jahr 1400 hinausreichenden Urkunden nach München in das Reichsarchiv gekommen, werden aber im Kreisarchiv Amberg nach den oben wörtlich wiedergegebenen Regesten als ungangbare Urkunden fortgeführt. Es empfahl sich daher, sie hier aufzunehmen.

1576. Schuldbrief von Georgen von Wolfstein Abraham Vriel Jueden vmb 192 in goldt, gegeben 1464.

1577. Schuldbrief durch Hansen v. Wolfstein Abraham Vriel Jueden vmb 133 fl., gegeben 1457.

1580. Schuldt-, Versatz- und Schadlossbrief, wie Gottfriedt und Wolfgang von Wolfstein Hannsen Pachstizen von wegen 29 fl., für welche Er gegen Samuel Jueden Purg worden, mit Verpfandung eines Holzes, das Loher genant, schadloss zu halten verschriben. 1464.

1583. Hirschbergischer Landgerichtsbrief, das Seligkman Jud 70 marcks silbers Schadens vnd Beschedigung vf Hansen von Wolfstein guettern und dem Dorf Laber behabt. 1463.

1585. Hirschbergischer Landgerichtsbrief, das Seligmann Juedt 70 Mark silbers Schadens vnd Beschedigung vf allen Hansen von Wolfsteins güettern, besonder dem Schloss Wolf Stein vnd dem Dorf Laber behabt. 1464.

1601. Versazung, wie Gottfried vndt Wolfhart von Wolfstein gebrüder, Samuel Jueden vmb 230 fl., die Ihm Hans von Wolfstein schuldig geblieben, einen Hof zu Enzenhouen vnd ein gueth zu Laber eingesetzt vnd verpfendt haben. 1463.

Anlagen.

1) Rep. 8 nr. 263.

„Wilham von gots genaden Bischof zu Eystetn dem Ersamen andechtign vns Sunderlichen in cristo Techant der Techney Newnmarckt vnnsers Bistumbs den grus Im Herrn. Wann zu vnsern gehorn kumen ist, wie In ettlichn Stetn vnd Dörrfern vnnsers Bistumbs, da Juden wonen, ein smech (= Schmach) gewachsen sey, das vnder Juden vnd Christen In den klaydern chain vndterschied erchant werdet, vnd dy Juden mit den Christen verpoten Hanttyrung habn, vnd sich mit In vermischn auch zwvil maln die öbristn stet In den malen vnd paden Irren, vnd das nochmer zu verachtn ist, das dy Christen das Fleischn so dy Juden mit Irn vermaeligtten Henden beruren Zechauffn genött werdn, das alles dy gotlichn vnd menschlichn gesetz weren als sach, die der Vernufft misshellig, dem heylign Cristenlichn gesetzn vnd der Cristenlichn geistlichait gantzlich widerwertig vnd fremdt sein sulln, solich Laster In den gelaubign Hertz n vil schandt gepern. Wann aber der pösen gesellschaft nit allain dy zu lastern bereit sein sundern menig mal auch dy guten zerstörn, So aber dy gemeinschaft der gelaubign mit den Juden gantzlich schedlich ist Vnd vns aus vnserm Bischofflichen ampt solichem souil wir mit gots genadn mügn begern zw endtgegen, beuelln wir dir In krafft der heylign gehorsam vestigklich schaffn gepietende, das du solich vnser mandat zw alln In sunderhait deiner Technei pfarrern nachpfarrern vnd stathaltern derselbn In Ir wissen nit lassest zepringn vnd den vnd yeglichm In Sunderhait aus vnserm gewalt schaffest vnd gepietest, das sy allen gelaubign Ir pfarren allenthalben, wo dy sein, von dem predigstul gepieten, das sy mit den Juden chainerlay mal oder zech oder höflen (!) senterling (!) habn, wann das vnwirdig vnd laydigung gottes ist, Ir speis von den Cristn zenemen, wann die speis dy wir nemen, von In vnrain gericht werdn, geleich als dy Cristn minder dan dy Judn geschätzt sein soltn, So dy Cristn sich der speis, so In von den Juden furgesetzt, geprauchtn vnd sy doch was In (von) vns furgelegt wurde versmechten vnd wann aber mit Sweign der Smech der vnser Sünde getilgt hat, mit duldn sulln, darmit dy Juden zu smech vnser Schöpfers durstigklich furnemen zefreuen pringen, verpieten wir herttiglich, das dy Juden In den tägen der klag vnser herrn leydn auch dy gantzn acht tag des fronleichnams vnnsers herrn jhesu xpi chain venster Irer hewser aufthun, noch offenlich auff der gassn geen sunder die zeit sich In Irn hewsern endthaltn vnd das auch vnder cristn vnd Juden, als dy vernufft haisset vnd von vnsern grossern gesetzt ist, vndterschaid In den klaydern erchant werde, Gepietn wir, das dy Juden mann ein scheyben von gelber farb voren an der prust vnd dy weyber zwo zeil von plabn fadmen desgeleichen

an den slayren aufrichtiglich mit der tat tragn, darmit ein undterschaid zwischn den Cristen vnd Juden erchannt werde, auch das dy Cristen vnd briester mit den Juden In den Tabernen nit wonen noch mit In paden auch weder arczney noch rät zu artzney von In nemen, auch das dy Juden nit Cristen zu dyenern noch ammen haltn. noch nyemat sich vnderstee dy Cristen ze nött, Ir Vmacligts Fleyschs zechauffn, auch gepietn wir strenglich das chain Crist mit chainerlay geding aynerlay gemeinschaftt mit den Judn hab, die dy zaichn wie oben nit tragn vnd das solich oberuret sachen hinfur nit beschehn, So vellen wir In als Cristen beder geslecht die In den vorbemeltn sachn widersessig erfundn werdn, doch dreyer tag rechtlicher manung, In vorbehalt n vrtail des pannes yetzund als hinnach, hinnach als yetzund, in der geschriff offenen vnd erklärn, von dem sy nit dann von vns oder vnnsern in geistlichn sachn vicari ausgenommen Im tode enpundn werdn mögen, auch behalt n wir vns oder vnserm vicari In yglicher vasten der viertzigtag der selben absolucion vnd enpindung. Wir welln auch das solich vnser mandat von den pfarrern all Sontag das umbgeend Jar In der vasten der viertzig tag vnd darnach all Sontag zu quatemern auch dy offenen vberreter Cristen vnd Juden vns oder vnnsern vicari verkundet werdn vnd dan bey schaffn das auch wider dy Sewmigen zu der urtail des panes wilfarn werde. Gebn zu Eystet am andern tag des mertzn anno etc. LXXXVII.“

Vgl. Julius Sax „Geschichte des Hochstiftes und der Stadt Eichstädt“ 1857, S. 159.

2) Rep. 139 nr. 816.

„Ich Volkolt von Tann Lantrichter zu Sultzpach Bekenn offentlich mit disem Brief Vnd Tun kunt allen den di in sehen horent oder lesent, daz für mich komen auf das Lantgericht zu Sultzpach Erhart Löhel Vnd Heinrich Crämer purger zu Sulzpach Vnd zeigten einen offenn Brief guten Vnd gerechten mit meins gnedigen Herren Herren Karl Römischen Keißer Vnd König zu Beheim aufgedruckten Jusigel, datz auch ganz Vnd gerecht was Vnd die Vorgenanten, Erhart Löhel Vnd Heinrich Cramer, bäten mit Vorsprechen, den selben Brief zu lesen, Vnd zu Verhören, Vnd daz ward in erteilt mit dem Rechten, Vnd der Brief stund von Wortt zu Worte als hernach geschriben stet. Wir Karl von gots gnaden Römischer Keiser, zu allen zeiten Merer des Reichs Vnd König zu Beheim, Entbieten Vnserm Hawbtman vber Walt Vnd andern Vnsern Amptlewt n Vserr Vesten Vnd Stete in Sultzpacher gepiet gelegen di wo sint, oder her nach werden, Vnßer Gnade Vnd allez gut, Wann wir durch getriwer steter Dinste willen, di Vns Vnßer Liben getriwen Heinrich Truchsezz Von Holnstein, Fridriche ettwenn Fridrichs des Wyts son, Jörg e ettwenn Vlrich des Wyts son von Rosenberg, Erhart der Löhlein Vnd Heinrich der Crämer Burger zu Sulzpach, offt willicklich getan habent, alle Juden Briefe di in der Zeit geben sint, da man gemeincklich in Tewtschen Landen Juden Tötet Vnd ersluk da mit di egenanten unser getreuen Vmb schult oder Ander sachen, mochten gemant werden, ob di selben Briefe zu lihte gwemen, Von keiserlichem Gewalde, getött Haben Vnd vernichtet, also daz si den obgenanten Vnsern Burgern Vnd getreuen weder in gerichte der egenanten Vnßer Stete noch anderswo keinen schaden bringen süllen, ob si in cheinen zeiten von Juden oder an der Hand Lewten ymmer fürbracht wurden davon gepieten Wir ewren Trewen ernstlich Vnd Vesticklich, werdaz sache, daz yemand di selben Vnßer Burger oder ir Erben, wider die Vnßer gnade di Wir in Tun

mit disem brife, mit sulchen Brifen in gerichte oder anderswo ansprechen oder manten, daz ir in das niht gestattet, sunder die obgenanten Vnßer getrewen by Vnsern keiserlichen gnaden, di wir in Tun, getrewlichen behaldet. By Vnsern Hulden geben zu Sulzbach mit Vnserm cleinen Jnsigel Versigelt, nach Cristus gepurte drewzehen- hundert Jare darnach in dem Sechs Vnd funftzigsten Jare an sand Gallen Tage Vnser Reiche in dem eylften Vnd des Keisertums in dem andern Jare. Vnd da der Brief also gelesen Vnd Verhöret Vnd guter Vnd gantzer gesehen wart, da baten di obgenanten Erhart Löhel Vnd Heinrich Crämer mit Vorsprechen, daz man in denselben Brief als er hievor geschriben stet Vnter des Lantgerichts Jnsigel geschriben gebe, datz ward yn erteilet Vnd mit dem Volg mit Frage, mit Vrteil Vnd mit dem rechten daz man datz tun solt. Vnd darumb ist in diser Brief mit Vrteil Von gericht wegen geben mit des Lantgerichts Jnsigel besigelt daz daran hanget. Geben da man zalt Von Cristis gepurt drewtzehen- hundert Jar Vnd in dem Vier Vnd Sechtzigstem Jare des Mitwochen nach der Osterwochen 3^{ten} April.“

Register.¹⁾

A. Ortsregister.

- Altdorf (bei Nürnberg) 87.
Amberg 87. 88. 91*. 92. 93. 95*. 98.
111*. 115. 118*. 131.
Ansbach 89.
Auerbach 90. 96.
- Bamberg 121.
Bärnau 95. 102.
Bayreuth 115.
Berg (bei Neumarkt) 95.
Braunshof (bei Neumarkt) 98.
- Cham 130*. 131*.
- Donaustauf 129.
- Eichstädt (Hochstift) 87. 133.
Enzenhofen 132.
Erbendorf 110. 117.
Eschenbach (Oberpfalz) 96.
- Fahrenberg 130.
Floss 88. 94. 98. 102. 103. 104. 105*. 106
bis 110**. 112**. 113. 116. 117. 119**. 121.
123*. 124. 125. 126—128**. 129*.
Forth (bei Nürnberg) 88. 89*. 90. 92*.
94*. 95. 97**. 98*.
- Frankfurt a. M. 116.
Freudenberg 118.
Friesach 130.
Freystadt (Oberpfalz) 87. 88. 90. 93. 95.
96**. 99.
- Fürnbach (Unterfranken) 101.
Fürth 93. 97. 111. 113*. 118. 123. 124.
Heidingsfeld (bei Würzburg) 114.
Heimburg (bei Neumarkt) 95.
Hirschberg (bei Beilngries) 132*.
Holnstein (Oberpfalz) 134.
Hüttenbach 88*. 89. 90**. 91*. 92**. 93.
94*. 97**.
- Ingolstadt 89.
- Kalmreuth 107.
Kemnath 108. 116.
Kirchenbürg 94.
Kitzingen 94.
Kleinerdingen 123.
Könnersdorf (bei Neumarkt) 98.
Kumpfmühl (Oberpfalz) 123.
- Laaber (bei Regensburg) 132**.
Laupheim (Württemberg) 96.
Leuchtenberg (Landgrafschaft) 103**.
Leups (Oberfranken) 102.
Loderbach (bei Neumarkt) 91.
Luhe (Landgrafschaft Leuchtenberg) 103.
- Mannheim 125.
Mühlhausen (a. d. Sulz) 98. 100.
München 99. 100. 118.
- Neidstein (Oberpfalz) 119.
Neuburg (Pfalz) 105. 111*. 113.
Neuburg (Stadt) 101. 109.

¹⁾ Die Zahlen verweisen auf die Seiten. Die Hinzufügung von * bezeichnet zweimalige, von ** mehrmalige Erwähnung auf den betr. Seiten.

- Neumarkt (Oberpfalz) 87*. 93. 94. 99*.
131. 133.
Neunburg v. W. 130.
Neustadt (a. d. Waldnaab) 94. 99. 108.
119. 127.
Nürnberg 87. 111.
- Ottensos (bei Nürnberg) 89. 92**. 94.
97*. 102.
- Pächtetsfeld 118*.
Parkstein 111.
Pfreimd 91. 103**.
Pleystein 95. 110.
Plössberg 103.
Prag 92. 114.
Pressath 130.
- Raudnitz (Böhmen) 120.
Regensburg 100. 111. 120. 121—123.**
Richtheim (bei Neumarkt) 91.
Rosenberg (bei Amberg) 134.
Rothenberg (Ganerbschaft, später Pfleg-
amt u. Landgericht) 90. 93*. 97. 98**.
- Schnaittach 87. 88—91*. 92—94**. 96.
97—98**. 100. 102. 114. 117. 123.
Schönsee 109.
- Schwabach 111. 115. 117.
Schwarzhofen (Oberpfalz) 95.
Schwetzingen 113*.
Stadtamhof 130.
Sternstein 120.
Sulzbach (Oberpfalz), Stadt und Land
87—94. 96. 98. 103. 104—105**.
106. 108. 111—119**. 120—121*.
123—125**. 126. 129**. 130. 134.
Sulzbürg 87*. 89*. 92**. 98—102**. 121.
125.
- Tachau (Böhmen) 114.
Thannhausen (Oberpfalz) 102.
Tirschenreuth 95. 102*.
Treffelstein (Oberpfalz) 95.
Treuchtlingen 93. 111.
- Venedig 111.
Vilseck 126.
Vohenstrauß 111. 129
- Waldsassen 102*.
Wannbach (Oberfranken) 125.
Weiden 87. 94. 104. 105. 108. 110*. 127.
130.
Wien 104.

B. Personenregister.

- Abraham Berle (Bernhard), Sulzbürg
99*. 100.
Abraham Isak, Floss 107.
Abraham Nathan, Sulzbürg 100. 101*.
Abraham Uriel (Neumarkt?) 132*.
Ahron, Cham 130.
Ahron Ber 101.
Ahron Levi, Floss 109.
Ahron Salman, Buchdrucker in Sulzbach
104. 112.
Albrecht, Herzog zu Ober- und Nieder-
bayern 130.
Amsel Moses Nathan 111.
Anschel Levi, Schnaittach 91. 93.
112.
Anshelm, Cham 130.
Aretin, Regierungsrat 88.
Arnstein, Handelsfirma u. Buchdrucke-
rei in Sulzbach 123. 124*. 129.
August, Pfalzgraf v. Sulzbach 90.
- Bach, verwitwete Hofkammerrätin zu
Sulzbach 117.
— Leonhard Gottfried, Richter in Erben-
dorf 117.
Baruch Rapoport in Fürth, Schnait-
tacher Haupttrabbiner 98.
Benedikt, Pfreimd 103.
Berle (Bernhard) Nathan, Sulzbürg 100.
101*.
Berle Sussmann, Sulzbürg 99.
Bermann Hirsch, Sulzbürg 98.
v. Binau, Hofmarksherren zu Forth 88.
89. 98.
Bloch, Familie in Floss.
— Abraham Isak 106.
— Hirsch 109.
— Jakob 106*.
- Bloch Joel 109.
— Isak 109*. 110.
— Moses 109**. 110.
— Rifka, Wwe., 110.
— Samuel 107.
— Samuel Isak 110.
Bomeisler, Adolf, Kumpfmühl 123.
Boskowitz, Familie in Floss.
— Ahron 109.
— Elias 126
v. Brand, Neidstein 119*.
v. Burgau, Landgerichtsadministrator in
Kemnath 116.
Burger, Regierungsrat in Amberg 93.
- Carl Phi ipp, Pfalzgraf 119.
Christian August, Pfalzgraf v. Sulzbach
117.
Crämer, Heinrich, Bürger in Sulzbach
134. 135.
- David Hirsch, Sulzbach 112.
David Jakob, Floss 107, 108.
David Löw, Floss 107. 108.
David Löw aus Schnaittach, Rabbiner
in Laupheim 96.
David Mergentheimer, München 99.
David Wollner, Sulzbach 118.
Dünzenhofer, Oberinspektor 118.
- Emmerich, Juda Lion (Gumperz), Land-
rabbiner in Schnaittach 97.
Engelmann Juda, Floss 128.
Enoch, Maier, Floss 119.
- Fränkel, Familie in Fürth.
— Gabriel 111.
— Zacharias 118.

Fränkel, Familie in Sulzbach.
— Bermann 119.
— Herzel 119.
— Salman, Buchdrucker 94*. 113. 119.
— Seckel 117.
Friedrich, Sohn des Friedr. 134.

Gabriel Hirsch, Schnaittach 93.
Gallwitz, Druckerfamilie in Sulzbach 112.
117*.
Gugenheimer Jakob, Thurn- und Taxischer Hoflieferant in Regensburg 121.
Gumprecht, Freystadt 88. 95. 96*.
Gütel, Wwe. in Sulzbach 125.
Gütel Hönigin, Floss 107.
Gutel Reppcin, Cham 130.

Hayum Joseph, Schulvorsinger in Sulzbach 117.

Hayum Joseph Hirsch, Sulzbürg 100*.
Hayum Simson, Sulzbürg 99. 100.
Heinrich, Truchsess von Holnstein 134.
Henle, G. W., Regensburg 122.
Hermann, J. M. Schneider in Sulzbach 105.

Hielein Bermann, Sulzbürg 99.
Hirsch Berle, Sulzbürg 101.
Hirsch Nathan, Sulzbürg 102.
Hirsch Salomon, Sulzbach 118**.
Hirschel Maier, Floss 119*.
Hirschel (Hirschlein) Moses, Floss 108*.
109.

Hönig David, Floss 116.
Hönig Jakob, Floss 106.
Hurwiz David Hessel, Rabbiner in Floss 112.

Jakob, Freystadt 96.
(Jakob) Benedikt (Lekisch), Forth und später Schnaittach 94. 97. 98.
Jakob Berle, Sulzbürg 101*.
Jakob Feistel, Sulzbach 115.
Jakob Hirsch, Floss 109.
Jakob Hönig, Floss I 110.
Jakob Hönig, Floss II 106. 107*.
Jakob Josef, kurfürstl. Hoffaktor in Sulzbach 103. 111. 112. 113*. 115.
116**. 117*. 118. 119.

Jakob Löw, Sulzbach I 115.
Jakob Löw, Sulzbach II (Hofgraveur) 114.

Jakob Löw, Sulzbürg 100*.
Jakob Simon, Floss 107. 110.
Joachim Isak, Neuburg 109.
Jonas Josef, Sulzbach 124.
Jonas Josef, Treuchtlingen 111.
Jörg, Sohn Ulrichs v. Rosenberg 134.
Josef, Pfreimd 103.
Josef Abraham, Sulzbürg 100.
Josef Emanuel, Ansbach 89.
Josef Hirsch, Sulzbürg 99.
Josef Lazarus (Seligmann) Sulzbach 115.
117. 118. 124.

Josef Löw, Ottensos 102.
Josef Löw, Sulzbach I 113.
Josef Löw, Sulzbach II 125.
Josef Maier, Treuchtlingen 93. 98.
Josef Nathan, Tachau 114.
Josef Zufer, Sulzbürg 99*.

Indob'er, Stadtwachtmeister in Weiden 110.

Isak Josef (Zufer), Sulzbürg 99.
Isak Koppel, Kleinerdingen, Thurn- und Taxis'scher Hoflieferant 123.
Isak Löw, Regensburg 100. 123.
Isak Scheyer, Floss 106.
Isak Wolf, Schnaittach 98.

Karl IV., Römischer Kaiser 134.
Karl Theodor, Kurfürst 113.
Karoline Friederika, Kurfürstin 112.
Kaufmann Kohn, Rabbiner in Sulzbach 125*.

Kela Maier, Sulzbürg 99.
Koppel Löser, Sulzbach 117.
Koppel Seckel, Floss 106.
Kusel Hayum, Sulzbürg 100.

Lämmle Isak, Sulzbürg 100.
Lazarus, Abraham, Sulzbürg 101.
Lazarus Hirsch, Sulzbürg 100.
Lazarus Josef, Sulzbach 119.
v. Leistner, Judenobmann, Sulzbach 105.
Lekisch, s. Jakob Benedikt.
Leopold I., Kaiser 105.

- v. Leoprechting, Festungskommandant in Schnaittach 90. 93.
Levinger Meier, Beglaubter und Schulklopfer in Sulzbach 124.
Lichtenthaler Abraham, Drucker in Sulzbach 105.
v. Lobkowitz, Fürsten 108. 120. 130.
v. Lochner, Freiherren zu Hüttenbach 88. 91. 94.
Löhel Erhart, Bürger in Sulzbach 134. 135.
Löw Anselm Levi, Schnaittach 98, 100. 114.
Löw Hayum, Sulzbürg 100.
Löw Hirsch Levy, Schnaittach 97.
Löw Maier, Sulzbürg 100*.
Löw Michel Hessdorfer, Forth 97.
Löw Seligmann, Schnaittacher, später Hoffaktor in Fürth 97.
Löw Sussmann, Sulzbürg 99.
Löw Wolf, Sulzbach 114.
Ludwig, Pfalzgraf 131.
- Magdalena Theresia, Kaiserin 105.
Mannheimer Isak Aronsohn, Rabbiner in Sulzbach 125.
Marum Ahron, Floss 106.
Meier Pretzfeld, Landrabbiner in Schnaittach 97.
Meier Sussmann, Sulzbürg 99.
Mendel Jakob Hirsch, Floss 107.
Mendle Lazarus, Hüttenbach 93.
Michael Hirschel, Sulzbach 118.
Moses, Sulzbürg 87. 102.
Moses Adler, Kirchenbürg 94.
Moses Beer, Sulzbach 112.
Moses Dottenheimer, Kameral-Negotiant, Schnaittach 92. 93.
Moses Feifas, Floss 117.
Moses Hirsch, Floss 106.
Moses Hirsch, Sulzbach 124.
Moses Hirsch, Sulzbürg 100.
Moses Jakob, Heidingsfeld 114.
Moses Isak, Sulzbach 114.
Moses Levi, Floss 109.
Moses Maier, Floss 119.
Moses Mayer, Sulzbürg 101.
Moses Nathan, Sulzbach 115.
Moses Nathan, Sulzbürg 101.
- Moses Salomon, Floss 94.
Moses Sussmann, Sulzbürg 100.
- Naftali Salomon, Drucker in Sulzbach 104. 112. 124. 125.
Nathan, Neustadt a. d. Wn. 119.
Nathan Moses, kurf. Hoffaktor in Schwabach 111. 117.
- v. Oettingen 112.
Ottheinreich, Pfalzgraf 105. 111.
- Pachstiz Hanns 132.
Philipp, Pfalzgraf 94.
Philipp Ludwig, Pfalzgraf 105. 111.
v. Podewils, Freiherr, Hofmarksherr zu Kalmreuth 107.
- Regnet, Georg, Thannhausen 102.
Reichle Mayin, Hofagentin in München 100.
Reitlinger, Salomon, Regensburg 122.
v. Reizenstein, Frh. Oberstallmeister 111.
Rothschild Joel, Sulzbach 124.
Ruprecht, Herzog 130.
- Salman Ahron, s. Fränkel Salman.
Salman Kohn, Landrabbiner in Schnaittach 97
Salomon Bermann, Sulzbürg 100.
Salomon Hönig, Floss 119.
Samson Jakob, Sulzbach 113.
Samson Moses, Sulzbürg 99.
Samuel, Neumarkt 131. 132*.
Samuel David Hirsch, Sulzbach 115*. 116
Samuel Moses, Schwabach 115.
Sara, Floss I 119.
Sara, Floss II 107.
Schätz, Gg., Pächtersfeld 118.
Scheyer, Eisig, Floss 108.
Schlicker, Ott, Priester in Amberg 131.
Schwab Ahron, „Judendoktor“ in Fürth 113*.
Schwabacher, Familie in Sulzbach.
— Josef Moses 115.
— Nathan Isak, Hoffaktor 104. 112**. 113. 115—118.

- v. Schwaben, Major 111.
Seckel Ahron (vgl. auch Arnstein), Buchdrucker in Sulzbach 114. 124.
Selig (wohl identisch mit dem folgenden) 131.
Seligmann (Salkmann, Salikmann) Neumarkt 131**. 132*.
Seligmann Löser, Sulzbach 117.
Seligmann Löw, Reichskontingentslieferant, Schnaittach 92. 93.
Seligsberger Herz, Sulzbach 125.
v. Senzheim, Obristwachtmeister in Amberg 118.
Simon, Pfreimd 91.
Simon Hirsch, Fürnbach 101.
Simon Levi aus Schnaittach, Schulmeister in Fürth 93.
Simon Philipp, polnischer Hoffaktor 111.
Sinzheimer Abr., kaiserlicher Hoffaktor in Wien 104.
Snaytter Hanns, Bürger in Freystadt 88.
Starz Georg, Freudenberg 118.
Steinhard Jakob, Sulzbach 124.
Stockmayer Dr., Sulzbach 117.
Suntzner Martin, Pächtersfeld 118.
- v. Tann Volkolt, Landrichter in Sulzbach 134.
Theodor, Pfalzgraf von Sulzbach 117.
Tilly'sches Gericht in Freystadt 90. 93.
Thurn- und Taxis, Fürsten von 121. 123.
- Uhlmann (Ullmann) Josef Löw und seine Tochter Sara, Sulzbach 125.
- Wallerstein Abraham, Landrabbiner in Schnaittach 97. 98*.
Wenzel, König 90.
Wertheimer, Regensburg 122.
Wiener Salomon, Floss 121.
Wilhelm, Bischof von Eichstädt 133.
Wittelshöfer Moses Abr., Rabbiner in Floss 128.
Wolf Isak, Sulzbürg 101.
Wolfgang Löw, Floss 106.
Wolfstein, Grafen von —, in Sulzbürg 131**. 132**.
- Zirndorfer, Buchdruckerei in Fürth 123. 124.
Zünd Hanns Konrad, Oberstleutnant aus Kitzingen 94.

Erscheinungen zur Geschichte der Juden in Deutschland im Jahre 1910.

Deutschland.

1. Besold H. Die reichsrechtliche Regelung der Gleichberechtigung der Konfessionen. Diss. Greifswald.
S. 20 f. über Juden; spez. über das Reichsgesetz vom 3. Juli 1869.
2. v. Frisch H. Das Fremdenrecht. Die staatsrechtliche Stellung der Fremden.
S. 42—91: die Sonderstellung der Juden. Die Emanzipation der Juden im 19. Jahrhundert.
3. Harris M. H. Modern Jewish history from the Renaissance to the Russian exodus.
4. Hoffmann M. Der Geldhandel der deutschen Juden während des Mittelalters bis zum Jahre 1350. Ein Beitrag zur deutschen Wirtschaftsgeschichte im Mittelalter.
5. Hoffmann M. Zur Geschichte des jüdischen Geldhandels im mittelalterlichen Deutschland (bis 1350). (Isr. Monatschrift. Wiss. Beil. z. Jüd. Presse nr. 1).
6. Annales Caesarienses her. von G. Leidinger in den Sitzungsberichten der Bayer. Akademie München, phil.-hist. Klasse Heft 7.
S. 33 zur Judenverfolgung von 1298. Vgl. Monatschrift für Gesch. u. Wissenschaft d. Judentums XVIII 747.
7. Rösel J. Die Reichssteuern der deutschen Judengemeinden von ihren Anfängen bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts.
Dass. in der Monatschrift für Geschichte u. Wissenschaft des Judentums XVIII 55—69. 206—223. 333—347. 462—473.
8. Ruppertsberg A. Die Reise des Grafen Johann Ludwig von Nassau-Saarbrücken nach dem Heil. Lande in den Jahren 1495—96 (Mitteilungen des historischen Vereins für die Saargegend, Heft IX 1909 S. 37—140).
Im Reisebericht S. 104: erwähnt ein deutscher Jude in Palästina.
9. Seckel E. Studien zu Benedictus Levita VII (Neues Archiv für ältere deutsche Geschichtskunde XXXV 433—539).
S. 533: Buch II 423 interpoliert: vel Judaeis.

10. Steinhausen G. Kulturgeschichte der Deutschen im Mittelalter.

Juden im Register.

Statistisches.

Eheschliessungen i. J. 1907 (Z. D. St. J.¹⁾ VI 28—29).

Dasselbe i. J. 1908 (a. a. O. 150).

Die Hauptergebnisse der Berufszählung vom 14. Juni 1907 im Deutschen Reich (a. a. O. 164—165).

Wassermann R. Der Selbstmord bei den Juden in Deutschland (a. a. O. 133—134).

Anhalt.

Anhalt-Zerbst.

11. Alt-Zerbst VII Nr. 126: 1792 März 22, Handel mit Hasenbälgen von den Innungsmonopolen eximiert und „Kaufleuten, Juden und sämtlichen Untertanen“ freigegeben. — Nr. 129: 1792 Jan. 25, Hausieren mit Cichorien, Kaffee den Juden verboten, erlaubt den Untertanen, welche solchen selbst bauen und präparieren. — Nr. 144: 1773 Sept. 1, Einziehung restierender Judenschutzzelder betreffend.

Anhalt.

12. Aus den jüdischen Gemeinden Anhalts (Israelit Nr. 11).

Ankuhn.

13. Alt-Zerbst VII Nr. 77: Schutzbrief für Jakob Heinemann, Hirsch und Hirsch Moses auf Ankuhn, mit der Erlaubnis, dass sie, „solange im hiesigen Lande ein eigener Gottesacker für die Juden fehlet, die Toten ihrer Familie kostenfrei durch das hiesige Land in die nächste Judenstadt zum Begräbnis abführen dürfen.“ 1778 März 23.

Barby.

A. a. O. nr. 98: Zwei Juden 1731, wegen deren unbefugter Beherbergung ein Mann aus Dornburg bestraft wird.

Zerbst.

14. A. a. O. nr. 106: Judenstrasse 1600, im Schossregister, Stadtarchiv III 286.

Baden.

15. Denkschrift des Vereins zur Wahrung der Interessen des gesetzestreuem Judentums in Baden an die 2. Kammer der badischen Landstände, über die Frage des jüdischen Religionsunterrichts (Israelit Nr. 8).

¹⁾ Z. D. J. St. = Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden.

16. **Statistisches.**

Kirchensteuern im Grossherzogtum Baden (Z. D. St. J. 14).

Die Geburten i. J. 1908 (a. a. O. 30).

Sterbefälle i. J. 1908 (a. a. O. 31).

Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit i. J. 1909 (a. a. O. 94).

Pfalz.

17. Huffschmied O. Aus dem Reisetagebuche eines Dresdners i. J. 1691 (Mannheimer Geschichtsblätter XI Sp. 224—229).

Sp. 225: Juden gibts in der Pfalz sehr viel. Ich seufze hierbey billich: das arm verführte Volck, o Gott bekehr!

18. Statistik der Juden in 9 pfälzischen Städten: Ludwigs-hafen, Landau, Frankenthal, Germersheim, Neustadt, St. Ingbert, Zweibrücken, Pirmasens, Kaiserslautern (Israelit 45).

Baden.

19. Gothein E. Die badischen Markgrafschaften im 16. Jahrhundert (Neujahrsblätter der badischen historischen Kommission 1910).

S. 21 ff.: Regulierung der Judenschulden und Judenaustreibungen unter Philipp II. (1559 bis 1588). Wirtschaftliche Stellung der Juden. Zwei Juden in Rastatt und Esslingen gelassen, des Silberkaufs, Geldwechsels und Pferdehandels wegen.

20. Kaiser E. Aus alten Tagen. Lebenserinnerungen eines Markgräflers, 1815—1865.

S. 23: Intoleranz gegen Juden in Lörrach. S. 31: Juden daselbst fast nur Arme. Judendeutsch. S. 112: „Politisierende Juden gab es damals (um 1830) noch nicht, und weder in Freiburg, noch in Basel waren Israeliten ansässig, den Trödler Zucha in Freiburg ausgenommen; in Karlsruhe bildeten dagegen die Israeliten schon seit längerer Zeit einen bedeutenden Faktor.“ — S. 252: „Getreue Anhänger hatte der Grossherzog an den Juden und Pietisten“ (1848). — S. 373: 1866 in Lörrach nur 7 preussisch gesinnte „mit den Juden in Reserve, denn ganz Israel betete für den Sieg der Kadisch-emunit in Askenass (= Deutschland).“

21. Balzer E. Die Bräunlinger Hexenprozesse (Alemannia III 2 S. 1—12).

S. 4 Anm. 6: Todesurteile der Juden Nathan und Hirsch von 1522.

Esslingen.

S. nr. 19.

Ettenheim.

22. Mitteilungen der Badischen Historischen Kommission. Anlage zur Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, N. F. XXV.

S. 96 nr. 884: 1750 Dezember 21, Amtsprotokoll i. S. des Juden Salomon Dreyfuss zu E. gegen Michael Benckler, Forderungen betreffend.

Freiburg i. B.

23. v. Auer A. H. Das Finanzwesen der Stadt Freiburg i. B. von 1648 bis 1806. I. Teil (1648—1700).

S. 115: 1675 der getaufte Jude Ludwig König alias Louis le Roy als Überreuter angestellt.

S. auch nr. 20.

Karlsruhe.

S. nr. 20.

Lörrach.

S. nr. 20.

Güttingen.

S. nr. 25.

Mannheim.

24. Handel- und Gewerbetreibende in M. 1775 (Mannheimer Geschichtsblätter XI, Sp. 63—67).

Nur ein „Jud. Abraham“ als Wachszieher erwähnt.

Meersburg.

25. Schiess T. Briefwechsel der Brüder Amosius und Thomas Blaurer, 1509—1548. 2 Bd. 1908—1910.

II S. 504: Ambrosius Blaurer an Heinrich Billinger 1546 Sept. 10 über Judenfreundschaft des Thurgauischen Landvogts Leonh. Holzhalb. — S. 504 Anm. 1. Inhaltsangabe von Staatsarchiv Zürich E II 357, 617: Der Bischof von Konstanz flieht von seiner Residenz Meersburg mit seinen dortigen Juden nach G ü t t i n g e n im Thurgau. Bevölkerung gegen die Juden. Der Landvogt setzt in B a d e n ihre Duldung durch. Juden später wieder zurück nach Meersburg, erklärten aber nach G. zurückkommen zu wollen. Ambrosius Blaurer gegen ihre Duldung: es seien der getauften Juden nur zuviele, man bedürfe nicht noch ungetaufter. — S. 687: Der Landvogt habe den Juden zu M. für die Zeit seiner Amtsdauer mit Bewilligung der Eidgenossen einen Freibrief für den T h u r g a u erteilt. Geschenke der Juden an den Landvogt.

Randegg.

26. Obser K. Frau von Krüdener in der Schweiz und im Badischen Seekreis (Schriften des Verein für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung XXXIX S. 79—94).

Bericht von J. A. von Jttner von 1817 (Grossh. Badisches Haus- und Staatsarchiv) S. 90: Brief ihres Haustheologen Kellner über die Wirkungen der „Prophetie“ unter den Juden im Badischen Seekreis.

Rastatt.

S. nr. 19.

Rust.

27. Titel = nr. 22.

S. 93 nr. 850: 1732 Januar 30, Schreiben des Jacob Christoph Böcklin von Böcklinsau in Rust an seinen Bruder in Strassburg wegen des Vorgehens des Ruster Pfarrers

gegen die Juden. — S. 95 nr. 878: 1749 Aug. 19, Ruster Amtsprotokoll in Sachen eines Ruster Bürgers gegen die Judenschaft daselbst wegen des Hauszinses für die Schule der letzteren. — S. 96 nr. 879: 1749 Aug. 23, Ruster Amtsprotokoll i. Sa. Hayum Tröschel, des Schutzjudens gegen Johann Deck, Forderung betreffend. — S. 96 1885: 1751, Verzeichnis der herrschaftlichen Gefälle zu R., welche von der Gemeinde, den Einwohnern und den Schirmsjuden gefordert werden. — S. 99 nr. 919: 1758 Okt. 16, Fleisch- und Akzisbestandsbrief für die Judenschaft zu R. — S. 101 nr. 949: 1768 Mai 1, Verordnung des Freiherrn von Böcklin betreffs der Judenschaft zu R. — S. 902 nr. 965: 1770 Juli 1, Bürgerliste des Dorfes R. — S. 108 nr. 1049: 1807 Nov. 20 und 24, Bericht des Böcklinsauschen Amtes und des Oberamtes Ettenheim wegen des Judengeldes, des Pfundzolles und der Salzgelder zu R.

Wertheim, Grafschaft.

28. Wecken F. Vorschläge über Einrichtung der Regierung in der Grafschaft W. Aus den Jahren 1621—1622 (Archiv für die Geschichte von Unterfranken, LII, Seite 99 bis 157).
S. 125: In § 68 Kassenrubriken, 5: Der Juden schutzgelder.

Bayern.

29. Danner A. Der Kommerzienrat in Bayern im 17. Jahrhundert I. Teil. Unter Maximilian I. (Oberbayerisches Archiv für vaterländische Geschichte . . . XXV S. 187—293).
S. 234 Anm. 3: Die Juden in B. im 17. bis 19. Jahrhundert.
30. Fuetrer U. Bayerische Chronik. Her. von R. Spiller, München 1909 (Quellen und Erörterungen zur Bayerischen und Deutschen Geschichte N. F. I. Bd. 2. Abt.).
Verfasst 1471—1481. — Nr. 195 S. 145 aus der Zeit König Heinrich I. (919 bis 936): Ueber eine Cruzifixschändung und Judentaufen. Wörtlich nach Lohengrin, römisch-deutsche Chronik (ed. Rückert 1858) v. 3327. 3334, dieser nach Sächs. Weltchr. (M. G. Deutsche Chron. II) 159, 8.
31. **Statistisches.**
Segall J. Die Ergebnisse der Berufszählung von 1907 in Bayern, Sachsen und Württemberg (Z. St. D. J. S. 29).
Die Bayerischen Israelitischen Kultusgemeinden i. J. 1907 (a. a. O. 130—133).

Ansbach-Bayreuth.

32. Jegel Geschichte der Landstände in den ehemaligen Fürstentümern A.-B. (Archiv für Geschichte und Altertumskunde von Oberfranken 24. Band, 2. Heft, S. 60—126).
S. 73: 1516, Landständische Unterhandlungen betr. Austreibung der Juden.

Augsburg.

33. Püschel A. Das Anwachsen der deutschen Städte in der mittelalterlichen Kolonialbewegung (Abhandlungen zur Verkehrs- und Seegeschichte, her. von D. Schäfer. Bd. IV).

S. 170: Judenwall von dem durch Beiträge der Juden 1298 erbauten Teile der Stadtmauer.

Bamberg.

34. Eckstein E. Die Israelitische Kultusgemeinde B. von 1803 bis 1853.

- 34^a. Eckstein E. Die Emanzipationsbewegung in Bamberg (Monatsschrift für Gesch. und Wissenschaft des Judentums XVIII 257—267. 477—480).

Günzburg.

35. Ostermann J. Ulm und der Ulmer Winkel im Bauernkrieg (Aus dem Ulmer Winkel. Mitteilungen des historischen Vereins Neu-Ulm).

Nr. 4 S. 14: 1513 klagen die Einwohner von Leipheim wegen der Zinsen, welche sie den Juden in G. zahlen müssen (4 hlr. für ein fl.) und bitten, Juden nach Leipheim zuzulassen, damit sie billigeres Geld erlangen können. Vom Ulmer Rat abgeschlagen. (Die Obervogtei Leipheim gehörte zum Gebiet der freien Reichsstadt Ulm, Günzburg aber nicht.)

Hof.

36. Kirsch C. A. Die geistlichen und die kirchlichen Verhältnisse der Stadt Hof vor und während der Reformation (1214—1536) (5. Bericht des Nord-Oberfränkischen Vereins für Natur-, Geschichts- und Landeskunde in Hof, 1909 S. 1—93).

S. 68 z. J. 1482: Die Priester haben Gelder bei Juden aufnehmen müssen.

Landshut-Bayern.

37. Anonyme Überarbeitung von Fuertners Chronik, in der Handschrift des Kgl. Bayerischen Geheimen Hausarchivs, herausgegeben an dem nr. 30. gen. Orte.

Verfasst nach 1535. S. 278: über Anlass der Vertreibung der Juden aus Landshut (1450) durch Herzog Ludwig. Nach Aventin V. 591, 18.

Leipheim.

S. nr. 35.

Lindau.

38. Wolfardt K. Kaiser Karl V. und Lindau (Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees XXXIX 1—26).

S. 16: Schreiben Lindaus an Sebastian Kurz, 1547 Februar 23, Dank für Förderung der Aussöhnung mit dem Kaiser; Bitte, ein beiliegendes Gesuch (fehlt) um ein Privileg gegen die Juden und anderes dem Kaiser zu empfehlen.

39. **Wolfardt K. u. a.** Geschichte der Stadt Lindau im Bodensee. 1909.

II. S. 38: Sklavenhandel von Juden in Walenstadt am Walensee. — S. 49 f.: Lombarden und Juden. — S. 63—65: Juden im Stadtrate? S. 66: Juden wie Christen der Silberverkauf verboten. — S. 75 f.: aus dem Lindauer Stadtrecht (13. Jahrhundert, München, Reichsarchiv): über Juden im Bürgerschafts- und Pfandrecht. Der Juden-
eid. Dazu II S. 226, S. 103: Fehde der Stadt Lindau mit Freiherr Burghart von Ellerbach und Ritter Markwart von Schellenberg zu Wasserburg wegen eines von diesem gefangen gehaltenen Lindauer Juden, 1358. — S. 113: über Judenschulden, dazu II 252. — S. 119: „Es hat den Anschein, als ob der Zuzug von Juden den Geldverkehr in gesündere Bahnen gelenkt habe. Im J. 1344 stellte ein reicher Jude den Antrag um Aufnahme als Bürger. Er wollte statt der sonst üblichen 10 Pf. nur 2 für das Pfund als Wochenzins nehmen, doch sollte neben ihm kein anderer Bankier . . . Geldgeschäfte machen. Das wurde von Rate am 29. Juni desselben Jahres zum Gesetze erhoben und man freute sich, der alten Peiniger ledig zu sein.“ Dazu II S. 233. — S. 141: Judenaufnahmen im 15. Jahrhundert. Dazu II S. 261, wo Juden im 14. Jahrhundert.

S. 146: 1430 Judenverbrennung und Vertreibung. Dazu II S. 164. S. 410: 1559 Kaiserliches Privileg betr. Fernhaltung der Juden. In der Stadt seit langem nicht erlaubt den Juden mehr als Aufenthalt über Nacht, im Gebiet aber länger und in den umliegenden, besonders den adeligen Besitzungen viele. I 2 S. 130: In der erneuten Polizeiordnung von 1735 wird den Juden der Aufenthalt nur kurz und unter vielen Einschränkungen gestattet. — S. 179: polizeiliche Warnung, bei Juden zu kaufen. — S. 255: 1862 unter 3674 Einwohnern 5 Israeliten.

II S. 306: 1570 ein Jude an den Füßen zwischen zwei Hunden aufgehängt.

München.

40. **Segall J.** Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in München: 1875—1905 (= Veröffentlichungen des Büros für Statistik der Juden Heft VII).

Nonnenweier.

41. Titel = 22.

VIII, Archiv Nonnenweier, S. 121: Judenschutzgelder im 18. u. 19. Jahrhundert.

Nürnberg.

42. Titel = 33.

S. 143: Frauenkirche 1355—1361 an der Stelle einer zerstörten Synagoge erbaut.

43. Die Hauschronik der Familie Holl (1487—1646),¹ insbesondere die Lebensaufzeichnungen des Elias Holl, Baumeisters der Stadt Augsburg. Her. von Chr. Meyer (Quellen und Forschungen zur Deutschen, insbesondere Hohenzollernschen Geschichte VI 1—89).

S. 27, 28: Zum Jahre 1568 Judengasse. — S. 52: zum Jahre 1610 Klinkerturm „Oben in der Stadt-Maur bey dem Judenkirchhof“. S. 59: z. J. 1630 Türe an der Juden-Pastey.

Pfalz-Neuburg.

44. **Levin Th.** Beiträge zur Geschichte der Kunstbestrebungen in dem Hause Pfalz-Neuburg T. III (Beiträge zur Geschichte des

Niederrheins. Jahrbuch des Düsseldorfer Geschichtsvereins (XXIII S. 1—185).

S. 29 Anm. 4. S. 30. 89: Aaron Beer, seit 1692 Resident des Kurfürsten Johann Wilhelm in Frankfurt, vorher daselbst als „Handelsmann.“ Erwirkte 1691 einigen vermöglichen Juden den von Philipp Wilhelm ausnahmslos versagten Aufenthalt in Neuburg. Korrespondenz mit dem Kurfürsten von 1691—1999; politisch tätig. — S. 145: Emanuel Beer, dem Kurfürsten 1699 behilflich bei Beschaffung von Geldern. — S. 89: Samuel Oppenheimer vermittelt 1693 von Wien aus dem Kurfürsten 100 000 Gulden.

Pfreimd.

45. Wagner J. 56 Jahre im Dienste der Landgrafen von Leuchtenberg. Aufzeichnungen des Kanzlers Dr. Joh. Federl, † 1622 (Verhandlungen des historischen Vereins von Oberpfalz und Regensburg Bd. 61 N. F. 53 S. 1—47).

S. 46: i. J. 1690 Prozess des Samuel Judt gegen den Landgrafen von Leuchtenberg wegen Gewalttätigkeit. Erwähnt seine Frau Hindele, seine 70jährige Schwiegermutter und sein bereits verstorbener Schwiegervater Alt Moises Judt, 8 Kinder und 2 ehehalten.

Regensburg.

46. Titel = 33.

S. 157: 1270 Salvator-Kapelle in ponte Judaeorum sita.

47. Titel = nr. 188.

S. 55, Fol. 64 b: 1519 Sept. 23, Vertreibung von „VIII hundert manhaftige Juden, ungezalt weibesbild und Kinder.“

Strass.

48. Ilk A. Geschichte der Pfarrei Strass (Aus dem Ulmer Winkel, Mitteilungen des histor. Vereins Neu-Ulm, Jahrg. 1909—1910).

1910, S. 32: Judengasse, 1694 zu Ackerfeld umgebrochen.

Würzburg, Fürstbistum.

49. Amrhein A. Gottfried IV. Schenk von Limpurg, Bischof von Würzburg und Herzog zu Franken. 1442—1455. 3. Teil (Archiv des historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg 52 S. 1—75).

S. 46—63: Aufnahme, Rechtsstellung, Vertreibung der Juden, 1442 bis 1450. Die einzelnen Judenschutzbriefe, die Judenfreiheit von 1445.

50. Günther L. Der Übergang des Fürstbistums Würzburg an Bayern.

S. 54, z. J. 1803: Judenleibzollzeichenpart: 2400 fl. Fränkisch. — S. 155: Judenschutzgelder: 2000 fl. Fränkisch. Dazu S. 156.

51. Rosenstock E. Herzogsgewalt und Friedensschutz. Deutsche Provinzialversammlungen des 9.—12. Jahrhunderts (Untersuchungen

zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von O. Gierke, Heft 104).

S. 172. 177: Verwaltung der kgl. Judensteuer und des Gerichts über die Juden durch den Burggrafen, wahrscheinlich bis Mitte des 13. Jahrhunderts.

Braunschweig.

Braunschweig.

52. Titel = nr. 33. S. 69: Jöddenstrasse ???

Seesen.

53. Friedland N. Zur Geschichte des Tempels der Jacobson-Schule.

Elsass-Lothringen.

54. Die Neueinteilung der Rabbinate in Elsass-Lothringen (Israelitische Wochenschrift — Gebweiler VII nr. 21).

55. Mitteilungen der Gesellschaft für die Geschichte der Israeliten in Elsass-Lothringen (a. a. O. nr. 1. 6. 13. 19. 23. 28. 33. 35. 41).

56. G(in sburger) M. Vom jüdisch-elsässischen Dialekt (a. a. O. nr. 4).

57. Ginsburger M. Zur Geschichte der Juden im Unterelsass 1794—1799 (a. a. O. nr. 30).

58. Statistisches.

Zur Statistik der Juden in Elsass-Lothringen (a. a. O. nr. 9).
Schüler in Elsass-Lothringen (Z. D. St. J. S. 14).

Altkirch.

59. Die jüdische Schule in Altkirch (Allg. Kantorenblatt. Beilage zur isr. Wochenschrift — Gebweiler nr. 18. 19).

Bischheim.

60. Titel = nr. 22.

S. 96 nr. 886: 1751 Aug. 18, Verlehnung der Judenwirtschaft zu Bischheim bei Hönheim. — S. 102 nr. 976: 1779, Vertrag mit Cerf Berr, das Schirmjudengeld in B. betreffend. — S. 102 nr. 976a: 1772 März 13. Befreiung von 3 armen Juden zu B. vom Schirmjudengeld. — S. 102 nr. 976 b: 1772 April 6, Schirmgeldbefreiung für den Juden Salomon Sachs, Petschierstechers zu B. am Saum. — S. 14 nr. 59: 1770—1771 Akten i. Sa. des Amtsschreibers Zöpfel gegen den Schirmjuden Baruch Levy zu B. am Saum.

Bischofsheim am Saum.

61. Titel = nr. 22.

S. 94 nr. 861: 1740 Nov. 4, Verleihung des „Judenungelds“ an Jutt Männel Weil in B. — S. 95 nr. 872: 1746 Dez. 12, Franz Jacob Christian von Böcklin verlehnt an den Juden Lehmann Isak in B. den Eisenhandel daselbst um 27 Livres.

Hegenheim.

62. Nordheim A. Der Israelitische Friedhof in Hegenheim in geschichtlicher Darstellung.
Dazu Ginzburger in der isr. Wochenschrift — Gebweiler VII nr. 3.

Metz.

63. Titel = nr. 182.
S. 184: Entdeckung eines Heilbrunnens bei Metz 1601 durch einen Juden.
64. Das Moselland und die westdeutsche Eisenindustrie. Vorträge.
I. Darin S. 73—138 Keune J. B. das alte Metz.
S. 94, Anm. 3: Jurue, Stadtteil beiderseits der noch heute so benannten Strasse, deren Name unrichtig als Judenstrasse gedeutet ist.

Mülhausen.

65. Benner E. Les écoles de Mulhouse du XIIe au 19e siècle (Bulletin du musée histor. de M. 33. année 1909 S. 5—69).
S. 7: 1458 ein Schulmeister erwähnt, der nach Anm. 2 eventuell der Rabbiner, da Juden eine Judenschule damals besaßen.

Obenheim.

66. Titel = nr. 22.
S. 69 nr. 559: 1629 Sept. 13, Schreiben des Ludwig Zorn von Bullach an Wulf Ludwig Böcklin von Böcklinsau wegen einer Schuld, welche die Juden Wolf und Leo zu Obenheim von Jacob Nell abzufordern hatten. — S. 98 nr. 915: 1758 Febr. 2, Bericht und Bitte der Gemeinde O. gegen die Vermehrung der Juden daselbst.

Oberenheim.

67. Titel = nr. 22.
S. 91 nr. 826: 1721 Febr. 1, Verlehnung des Salzhandels zu Bischheim an den Juden Baruch Weil zu O. um 2 Gulden 5 Schilling und 2 Viertel Salz. — 1726 und 1734 Verlängerung dieser Verlehnung. — 1747 Verlehnung an den Juden Michael Levi auf 9 Jahre.

Schlettstadt.

68. Wentzke P. Geschichte der Stadt Schlettstadt (Tübinger Studien für Schwäbische und Deutsche Rechtsgeschichte. Hrg. von F. Tudichum. 2. Bd. 3. Heft S. 1—21).
S. 5: Judengemeinde, 1328 zum ersten Mal erwähnt, überdauert die Verfolgungen des 14. Jahrhunderts.

Strassburg.

69. Titel = nr. 22.
S. 15 nr. 32: Judenkirchoue in einer Urkunde von 1340 Sept. 25, und S. 30 nr. 142 in einer Urkunde von 1439 Mai 2.
70. Goldberg M. Das Armen- und Krankenwesen des mittelalterlichen Strassburg. Forts. (Jahrbuch für Geschichte, Sprache und Literatur Elsass-Lothringens. XXVI S. 8—68).

- S. 41: Meister Gutleben 1383 auf 5 Jahre mit einem Sold von 300 fl. als städtischer Arzt angestellt. Geldwechsler. Über Gutleben s. Baas, *Allemania XXXIII* S. 48; Fechter, *Topographie Basels* 1856 S. 59. — S. 51 besondere Bäder der Juden.
71. Titel = 33.
- S. 174. 182: Judenturm zum Jahre 1328 = Vaseneckturm 1259. Das spätere äussere Judentor lag etwas weiter östlich.

Hansestädte.

Bremen.

72. **Statistisches.**
Israelitischer Kultus in Bremen 1905/6 (*Z. D. St. J.* S. 189).
Die bremische Bevölkerung nach dem Religionsbekenntnis. (a. a. O.)

Hamburg.

73. **Statistisches.**
Die prozentuale Verteilung der Bewohner im hamburgischen Staat nach den Volkszählungen 1871—1905 (a. a. O. S. 31).
Altersaufbau im hamburgischen Staat 1905 (a. a. O.).
74. J. C. Aus dem ältesten Protokollbuch der Portugisisch-Jüdischen Gemeinde in Hamburg II (*Jahrbuch der Jüdisch-Literarischen Gesellschaft, Frankfurt a. M.* VII S. 159—210).

Hessen.

Statistisches.

75. Eheschliessungen, Geburten und Sterbefälle in den Jahren 1906 und 1907 (*Z. B. St. J.* VI S. 14).

Hessen, Landgrafschaft.

76. Stieda W. Das Tabakmonopol in Mecklenburg-Schwerin (*Jahrbücher und Jahresberichte des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde* 75, S. 131—232).
S. 149: 1718/19 erhält der Hoffaktor Isaac Löw in Frankfurt a. M. das Tabakmonopol in Hessen.

Friedberg.

77. Metzner H. aus dem Friedberger Gefängnis-Journal (*Friedberger Geschichtsblätter* II S. 280—86).
S. 83: Erwähnt Juden i. J. 1757.
78. Prätorius O. Aus dem Tagebuch des Friedberger Rektors L. E. Langsdorf (a. a. O. S. 83—110).
S. 88: 1745 hat die Judenschaft französische Einquartierung zu versorgen. —
S. 101: 1789 Betrügereien einer portugisischen Judendoktorin. — S. 102: Jude er-

wähnt 1789. — S. 103: Taufe einer Jüdin aus Frankfurt, 1791. — S. 109—10 in Schülerlisten aus dem Jahre 1751. 1753. 1783. 1792 die Christen namentlich angezählt, am Ende: „Judaei“ in allen Jahren ausser 1792.

79. Dreher F. Ein Hexenprozess aus der guten alten Zeit. (a. a. O. S. 173—178).

S. 178: Notiz aus dem Kirchenbuche von 1758, ein Jude als Raubgesell und Zauberer aufgehängt.

80. Dreher F. Das mittelalterliche Friedberg (a. a. O. S. 26—30).
S. 29. 30: Ortslage von Synagoge, Judenbad, Judenbrunnen, Isaakturm. Ältester Judenfriedhof.

81. Martin A. Der Schwalheimer Sauerbrunnen bei Bad Nauheim und das Friedberger Judenbad in der Dichtung (a. a. O. S. 132—134).

Mainz.

82. Roth F. W. E. Ein Brief des Gabriel Biel 1462. (Neues Archiv für ältere deutsche Geschichtskunde XXXV S. 582—585).

S. 582: Handschrift der Mainzer Stadtbibliothek Hs. II 219, Fol. Papier s. 15 f. 17 b: Prozessus contra judeos. — S. 583: in Biels Brief von 1462: mit den verführten Juden und heyden.

Oberrossbach.

83. Blecher G. Das Zunftwesen in Oberrossbach 2. Teil (Friedberger Geschichtsblätter II S. 135—154).

S. 138: 1786 ein Schutzjude gegen die Zünfte geschützt; die landgräfliche Regierung auf dem Wege vom Zunftzwang zur Gewerbefreiheit.

Seligenstadt.

84. Seibert L. Die Verfassung der Stadt Seligenstadt im Mittelalter (Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde N. F. VII S. 107—184).

S. 137—139: Juden, Handeltreibende, anfangs in der platea judaeorum, Eigenleute des Erzbischofs, hatten als solche nur vor dem Vogt Gerichtsstand.

Worms.

85. Levy M. Etwas von einem Wormser jüdischen Heilkünstler und von Wormser Stadtärzten (Vom Rhein. Monatsschrift des Altertumsvereins für die Stadt Worms IX S. 30—31).

86. Rothschild S. Ein bedeutsames Schriftstück aus d. J. 1689 (a. a. O. VIII 1909 S. 45).

Schreiben der Gemeinde Metz an Worms: erwähnt Gesandtschaft der Juden aus Trier an den Kaiser.

87. Rothschild S. Der Judenbischof von Worms und die Familie Walch (a. a. O. IX S. 76—77, dasselbe Isr. Wochenschrift — Gebweiler VII nr. 39).

- 87^a. Weckerling. Aus der Geschichte der Stadt Worms (Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine LVIII Sp. 26—39).

S. 30: zur älteren Geschichte der Juden in W. — Sp. 33. 34: Stadtplan von 1630, darauf Judenbegräbnis u. Judenpfort. — Sp. 38: Frisonenspire, später Judenpforte.

Lippe-Detmold.

88. Weerth M. Das Leben des Grafen Friedrich Adolf Lippe bis zu seiner Thronbesteigung 1767—1797 (Mitteilungen aus der Lippischen Geschichte und Landeskunde VII S. 47—178).

S. 53. 61: Der Jude Goldschmidt in Frankfurt vom Hofe mit den Geldzahlungen für den jungen Grafen betraut. — S. 122: der Jude Samuel Goldschmidt in Lemgo mit Zahlungen für Lieferungen für das vom Grafen 1688 für Holland aufgestellte Reiterregiment betraut. — Streit mit dem Lieferanten Ganz in Hameln.

Lemgo.

S. nr. 88.

Schötmar.

89. Butterweck W. Die Kirchengemeinde Schötmar (Mitteilungen aus der Lippischen Geschichte und Landeskunde VII S. 84—182).

S. 111—112: Israeliten. Auch erwähnt als wohnhaft in Salzulen und Hermsachsen. Dasselbst auch Getaufte.

Mecklenburg-Schwerin.

90. Stieda D. Das Tabaksmonopol in Mecklenburg-Schwerin (Jahrbücher und Jahresberichte des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde 75 S. 131—232).

S. 171. 189f.: Juden als Tabakhändler. — S. 209—211: Die Privilegien.

Preussen.

91. Acta Borussica. Münzwesen. Das Preussische Münzwesen im 18. Jahrhundert. Münzgeschichtlicher Teil, 3. Bd. Das Geld des siebenjährigen Krieges und die Münzreform nach dem Frieden. 1755—1765. Bearbeitet von v. Schrötter und Schmoller.

S. Register unter Abraham David Elias Ephraim Esaias Flörisheim Fraenckel Fürst Gumperts Hausieren Joseph Isaak Itzig Juden Levin Marcuse Markus Martini

Meyer Münzaufseher Münzjuden Münzunternehmer Pässe der Münzjuden Philipp Piltz Salomon Seligmann Simon Warburg Wulff.

92. Acta Borussica. Die Behördenorganisation und die allgem. Staatsverwaltung Preussens im 18. Jahrhundert. 5. Bd., erste Hälfte. Bearbeitet von Schmoller und Stolze.
S. 709 und 751: C. O. von 1734 und 1735, das Departement von Judensachen und die Judenkommission betreffend.
93. Dasselbe 10. Bd. bearbeitet von Schmoller und Hintze.
S. 128: Sporte'taxen für Judenschutzbriefe. — S. 129—131: Untersuchung gegen den Akzisevisitator, getauften Juden Reinwolle, u. a. wegen empfangener Gelder für angeordnete Accisevisitation gegen Juden, für Vertretung des Rabbiners bei Beidigung der Juden 1754—55. — S. 219: C. O. wegen Verkaufs eines ostfriesischen Polders zum Etablissement von Juden. — S. 255 f.: Geschäftsbetrieb der schlesischen Kammer 1755, darin S. 62: Tolerierung der Juden in Schlesien betreffend. — S. 342: Generalvisitation der unvergleiteten Juden 1755.
94. Teilnahme jüd. Rittergutsbesitzer an den Kreistagen 1859 (Allgem. Zeitung d. Judentums LXXIV S. 15).
95. Kollenscher M. Rechtsverhältnisse der Juden in Preussen.
96. Michaelis A. Die Rechtsverhältnisse der Juden in Preussen seit Beginn des 19. Jahrh.
97. Täubler E. Das städtische Bürgerrecht der Juden nach der Städteordnung vom 19. November 1808 (diese Mitteilungen II S. 24—26).
98. Täubler E. Zur Vorgeschichte des Gesetzes über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 (a. a. O. S. 37—41).
99. **Statistisches.**
Blau B. Judenwanderungen in Preussen (Z. D. St. J. VI S. 145 bis 148).
Breslauer B. Zwei Berufe (Oberlehrer, Baubeamte) (Jüdische Presse S. 98—100).
M. G. Oberlehrer an den höheren Lehranstalten Preussens, Bestand am 1. Mai 1909 (Allg. Ztg. d. Judentums LXXIV S. 21 bis 22. 617).
Hoppe H. Taubstumme und Blinde bei den Preussischen Juden (Z. D. St. J. VI S. 148—150).
Joel J. Jüdische Schulamts-Kandidaten und jüdische Schüler im Schuljahr 1908—1909 (Allg. Ztg. d. Judentums LXXIV S. 271 bis 272).
Segall J. Die Ergebnisse der Berufszählung von 1907 für die Juden in Preussen (Z. D. St. J. VI S. 97—102).

Täubler E. Statistik der Juden in den Preussischen Staaten 1728 und 1749 (diese Mitteilungen II S. 58—62).

Die Konfession im höheren Lehrfach (Z. D. St. J. VI S. 13—14).

Die Bewegung der Bevölkerung i. J. 1908 (a. a. O. S. 92—93).

Juden unter den rückfälligen Verbrechern. Juden unter den Verurteilten 1906—1907 (a. a. O. S. 134).

Ost- und Westpreussen.

100. Hahn O. Aus Altpreussens Vergangenheit.

Juden S. 94 f. 102 f.

101. Hollack E. Zur Vorgeschichte der Juden in Ost- und Westpreussen (Z. D. St. J. VI S. 9—13. 17—24).

Aachen.

102. Finken J. Die Reichsstadt Aachen auf dem westfälischen Friedenskongress (Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins XXXII S. 1—74).

S. 9 Anm. 4: um 1627 Juden der Stadt verwiesen, vorher die Evangelischen zumeist. Lombardhaus von einem Bürger errichtet. 1667 Pfandhaus aufgehoben und bald wieder Juden konzessioniert. — S. 216. 222 f.: Judengasse.

Ahlfeld, Kreis.

103. Hoogeweck H. Inventare der nichtstaatlichen Archive im Kreise Ahlfeld (Forschungen zur Geschichte Niedersachsens II. Bd. 3. Heft. Inventare der nichtstaatl. Archive der Provinz Hannover) 1909.

S. 2: Ahlfeld, Kgl. Landratsamt, Personenstandslisten der Synagogengemeinden, Ahlfeld, Geburts-, Trauungs-, Sterbelisten, 1844—1874. Groß-Freden desgl. 1848. 1854—74. Rühten (wegen der in Lammspringe wohnenden Juden) desgl. 1858. 1860. Wisbergholzen Geburtslisten, 1844—77, Trauungs- und Sterbelisten, 1854—73.

Ahlfeld, Stadt.

104. A. a. O. S. 23, Akten I regiminalia C Landeshoheitssachen, 3. Judensachen 1814—1853.

Aurich.

105. Akteninventar der Synagogengemeinde Aurich (diese Mitteilungen II S. 1—5).

Berlin.

106. Verwaltungsbericht des Vorstandes der Jüd. Gemeinde zu Berlin für die Zeit vom 31. März 1907 bis 31. März 1910.

107. Die Wohlfahrtseinrichtungen von Gross-Berlin nebst einem Wegweiser für die praktische Ausübung der Armenpflege in

Berlin. Ein Auskunfts- und Handbuch, herg. von der Zentrale für private Fürsorge. 4. Aufl.

S. 28—32: jüdische Wohlfahrtseinrichtungen.

108. **Statistisches.**

Die Juden in den Vororten Berlins (Z. D. St. J. VI S. 27).

Konfession und Todesursachen in Berlin (a. a. O. S. 28).

Geburten und Sterbefälle in Berlin 1905. 1906 (a. a. O. S. 44).

Ehescheidungen in Berlin 1897—1906 (a. a. O. S. 64).

Der Etat der Berliner Jüdischen Gemeinde (a. a. O. S. 79. 96).

109. Goldschmidt P. Berlin in Geschichte und Gegenwart.

Juden, Judenhof, Judenzoll, Judenstrasse s. Index.

110. Holzmann M. Geschichte der jüd. Lehrerbildungsanstalt in Berlin. 1909.

111. Pudor E. Alte Berliner Privathäuser (Alt-Berlin. Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins. S. 129—138).

S. 133 f.: Das alte Ephraimsche Haus, Vosstr. 16 m. Abbildungen.

112. v. Schöler, Brandenburgisch-Preussische Kleiderordnungen auf Grund von altem Aktenmaterial (a. a. O. S. 3—7).

v. Siefert E. aus Berlin, um das Jahr 1806. (a. a. O. S. 61—67.)

S. 63: Ephraims Garten und Fabrikanlagen. = Judenmühlen und Judenwiesen.

„Viel Schlechtes ist in Berlin über Ephraim geredet worden und doch verdankt gerade Berlin in merkantiler und gewerblicher Beziehung der Ephraimschen Familie sehr viel Gutes.“ — S. 66: Das Ephraimsche Gartenhäuschen, Bild.

Boppard.

113. Titel = nr. 182.

S. 212 zum Jahre 1611: „Acht dieb zu Boppard gefangen, dern waren vier Juden und vier Christen . . . drei getauft uff den Kirchhof, der vierte ohngetauft an sein Ort begraben worden.“

Brandenburg, Mark.

114. Ackermann Münzmeister Lippold (Jahrbuch der jüdisch-literarischen Ges. Frankfurt a. M. VII S. 1—112).

115. Titel = nr. 90.

S. 151. 156: 1676 erhalten zwei Juden ein Privileg zum Ausbau und zur Verarbeitung des Tabaks; 1681 aufgehoben. — S. 158: 1719 ebenso.

116. Titel = nr. 188.

S. 47, Fol. 47 b: „1515. Hie ist auch zu betrachten die uberhandlung der Märkischen Juden mit dem Sakrament, welchs auch im Drock kundig.“

Braunweiler.

117. Wagner J. Urkundliche Geschichte der Ortschaften, Klöster und Burgen des Kreises Kreuznach. Bis zum Jahre 1300. 1909.

S. 149: 1432 angeblicher Knabenmord durch Juden in der „Wolfshecke zwischen Braunweiler und Roxheim“.

Breslau.

118. Titel = nr. 33.

S. 57: Judengasse, Teil der Ursulinerstrasse, 1347 bezeugt. Vgl. auch S. 46.

119. **Statistisches.**

Die Mischehen und die Konfession der Kinder aus Mischehen aus Breslau (Z. D. St. J. VI. 28).

Geburten und Sterbefälle in Breslau 1906 und 1907 (a. a. O. S. 45).

Bretzenstein.

120. Lehmann O. Festschrift zur Feier des 100jährigen Bestehens des 3. Isr. Krankenpflegevereins E. V. (Chewra von B.) nebst einem kurzen Rückblick auf die Geschichte der Juden von B.

Bromberg.

121. Akteninventar der Synagogengemeinde Bromberg (diese Mitteilungen II S. 12—24).

Bromberg (Reg. Bzk.).

122. Täubler E. Naturalisationspatente im Reg. Bez. Bromberg bis April 1838 (a. a. O. S. 26—28).

Coblenz.

S. nr. 182.

Coesfeld.

123. Hilgert A. Das Finanzwesen der Stadt C. von 1815—1909.

S. 52: Zuschüsse zur jüdischen Schule. — S. 93: Schülerzahl.

Cronberg.

124. H. B. Die Synagoge in C. im Taunus (Israelit nr. 16).

Düsseldorf.

125. Willemsen A. Aus der Geschichte des Düsseldorfer Gymnasiums (Beiträge zur Geschichte des Niederrheins, Jahrbuch des Düsseldorfer Geschichtsvereins 23 S. 118—233).

S. 258: 1802 Schulkommission eingesetzt für katholische Schulen; 1804 ihr auch jüd. Schulen zugewiesen.

Eisleben.

126. Grössler H. Vom Einzelhof zum Stadtkreis. Ein Blick auf die Entwicklung der Stadt Eisleben (Neujahrsblätter, herg. von der Historischen Kommission für die Prov. Sachsen und das Herzogtum Anhalt).

S. 12: „Beachtenswert ist auch, dass die mittelste der vom Markte nach der südlichen Langseite laufenden Querstrassen, die sich nach dem Markte zu sackartig so verengte, dass sie durch ein Tor verschlossen werden konnte, der Judenhof heisst, ein Beweis, dass man gleich bei Anlage des Marktes (X. Jahrhundert) auf die Unterbringung der jüd. Allerwelthändler bedacht gewesen ist.“

Elberfeld.

127. Die Stadt Elberfeld. Herg. von H. Born u. anderen.
S. 331—334: Norden, J., Geschichte der jüd. Gemeinde.

Elbing.

128. Carstenn E. Elbings Verfassung zu Ausgang der polnischen Zeit (Zeitschrift des Westpr. Geschichtsvereins LII S. 1—74).
S. 34, Anm. 1, Ratsrecess von 1770 S. 8: Erneuerung des Handelsverbots für Juden durch den Rat, nach Besprechung mit dem preuss. Verwalter. — S. 47: Gericht über Juden stand dem Burggrafen zu. — S. 59: Juden nur zu den Märkten zugelassen.

Emden.

129. Hagedorn B. Ostfrieslands Handel und Schifffahrt im 16. Jahrh. (Abhandlungen zur Verkehrs- und Seegeschichte, herg. v. D. Schäfer III).
S. 127—28: Juden als Geldleiher und Geldwechsler.

Erfurt.

130. Titel = nr. 33.
S. 119: Citat aus der handschriftlichen Chronik von Friese (im Erfurter Stadtarchiv) z. Jahre 1375: „Die Ratsmeister liessen die Gewölbe der äussersten Tore, die Wälle und Stadtgräben vorm Andreas-, Moritz- und Johannistore machen und dran arbeiten, darzu gaben die Juden 60 Schock.

Essen.

131. Wiedemann H. Die Irrungen zwischen dem Stift und der Stadt Essen 1785—1794 (Beiträge zur Geschichte von Stadt u. Stift Essen 32. Heft S. 143—74).
S. 158—160: Das Judengeleit. Streitsache der getauften Jüdin Antoinette von der Burg aus Rheinberg. Jude Benjamin in Mülheim, Jude Moises in Ruhrort, Joseph Simon Elias Gottschalk von der Burg aus Rheinberg.

Frankenstein.

132. Kopitz J. A. Geschichte der deutschen Kultur und ihrer Entwicklung in Frankenstein und im Frankensteiner Lande.
S. 290: Judengasse in F., nachweisbar 1403.

Frankfurt a. M.

133. Schwemer R. Geschichte der freien Stadt Frankfurt a. M. (1840—1866) Bd. I.
S. 106—108. 136—139: Angelegenheit der Juden auf dem Wiener Kongresse. S. 266 bis 288: Entwicklung der Judenschaftsangelegenheiten bis 1819. — S. 342—343 Anmerkungen. S. 399—402 Aktenstücke.
134. Titel = nr. 33.
S. 129. 133: Judengasse. S. 132: Judenfriedhof, Strasse „hinter der Judenmauer.“
135. Titel = nr. 151.
Sp. 195: Das silberne Siegel der Herborner Wollentuchmacherzunft oft bei Anleihen an die Frankfurter Juden als Pfand gegeben.

136. Dietz A. Frankfurter Handelsgeschichte I.
S. Index sub Juden und sonst. S. 238: Haus zum Judeneck.
137. Kracauer J. Die Kulp-Kanschen Wirren. Ein Beitrag zur Geschichte der jüd. Gemeinde in Frankfurt a. M. im 18. Jahrhundert (Archiv für Frankfurter Geschichte und Kunst, 3. Folge 10. Bd).
Vergl. auch nr. 88.
138. **Statistisches.**
Hanauer W. Zur Statistik der jüd. Bevölkerung in Frankfurt a. M. (Z. D. St. J. VI S. 137—145. 153—159).
Die Bewegung der jüdischen Bevölkerung in Frankfurt a. M. i. J. 1909 (a. a. O. S. 94).

Fulda.

139. Die chronikalischen Aufzeichnungen des Fuldaer Bürgers Gangolf Hartung (1607—1666). Herausg. von Th. Haas (Fuldaer Geschichtsblätter IX nr. 4—11).
S. 50: 1611 Gartenanlage auf der jüden begrabens. — S. 62: 1624 Komödianten verehrt u. a. von gemeiner jüdenschaft 5 reischt. zu 1½ fl. — S. 65. 121: 1625. 1635 Taufen. — S. 69. 87: 1626. 1628 einem Bürgerconvoy von den Juden 4 Reichst. bezw. 9 fl. verehrt. — S. 122: 1635 Juden von hessischen Reitern gefangen gehalten. — S. 124: 1646 Jude Barl gestraft.

Gleiwitz.

140. Bethusy-Huc v. Aus den Chroniken schlesischer Städte.
S. 24: 1849 kam Emanuel Friedländer von Gr.-Glogau nach Gleiwitz; er erschloss der oberschlesischen Kohle den Weltmarkt. — S. 23: Röhrenwalzwerk von S. Huldzinsky.

Görlitz.

141. Freund S. Abriss der Geschichte der Juden von Görlitz, Festschrift, 1909.
142. Bethusy-Huc v. Titel = 140.
S. 132: Judenvertreibung 1389. — S. 133: Kaiser Sigismund erteilt 1433 der Bürgerschaft die Erlaubnis, wieder bis 12 Juden aufzunehmen. 1453 vertrieben.
143. Jecht R. Quellen zur Geschichte der Stadt G. bis 1600. 1909.
S. 31: im liber resignationum von 1488—1505 (Ratsarchiv) Bl. 233 b zum Jahre 1500 erwähnt der neue Judenring. — S. 45: im liber actorum von 1413—1422 (Ratsarchiv) Blatt 116 a zum Jahre 1418 gen. fünf Juden. — S. 162 im liber actorum von 1512—1521 (Ratsarchiv) Bl. 323—326: 1519 werden auf Bitte und Ansuchen Samuel und Jacobs Juden rechtliche Abmachungen, die Hans Beutler und Hans Schwartzten mit dem ersamen Michel und Isaac von Briska wegen einer Schuldsomme zu Posen eingegangen sind, in das Stadtbuch eingetragen. — S. 99: im Acheldemach (hakeldama = Blutbuch) von 1498—1513 (Bibliothek der Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften) oeffter Juden unter den accusati, weil sie den Diebesgesellen

den Raub abgekauft haben. — S. 148: Im Ayzuchtbuch (aque-ducte-Buch) Bl. 28 a (Ratsarchiv) zum Jahre 1674: Judengasse.

Goslar.

144. Stern M. Das Israelitische Gemeindearchiv zu G. (Forts. Isr. Monatschrift. Wissenschaftl. Beilage zur Jüd. Presse, S. 6—7, 10—11).

Gronau.

145. Peter A. Inventare der nichtstaatl. Archive im Kreise Gronau (Obertitel = nr. 103).

S. 57: Stadtarchiv, Magistrat: Juden 4 fasc. Juden in Gronau betreffend, 18. Jahrh.: Erweiterung der hiesigen Judenfamilien 1795—96. — Hauskauf des Juden Moses Ascher 1804—5. — Register der Geburts-, Aufgebots- und Sterbeurkunden der jüd. Gemeinde in G. 1809.

Gross-Strelitz.

146. Titel = 140.

S. 64: Graf Colonna, Besitzer von Gross-Strelitz, vermietet 1746 dem Juden Salomon ein Haus in der Stadt für hohen Zins. Beschwerde der Bürger. Die Oberamtsregierung verweigert den Pachtkonsens.

Halle.

147. Titel = nr. 188.

S. 47, Fol. 48 a: „1515 Hie ist auch zuwissen das geschicht und bekenthniss des getauften Juden Joan Pfefferkorn genanth, gebraten zu Hall uff dem Juddenkirchoff cet. Welchs auch in drugk. Derhalben nor angezeigt.“

Hameln.

S. nr. 88.

Hannover.

148. Zuckermann M. Übersicht über den jüdisch-geschichtlichen Inhalt des kgl. Staatsarchivs zu Hannover (diese Mitteilungen II S. 63—135).

149. Zuckermann M. Rothschild und die Hann. Regierung (Allg. Ztg. d. Judent. LVIV S. 139—140).

Hechingen.

150. Adler L. Die Geschichte der Beth-Hamidrasch in Hechingen (Allg. Kantorenblatt, Beil. z. Isr. Wochenschrift — Gebweiler VII Nr. 22. 25).

Herborn.

151. Steubing J. H. Geschichte der Stadt Herborn, ergänzt von J. H(offmann). (Herborner Geschichtsblätter VI 1909).

Sp. 220: Von den Schutzjuden, Verordnung von 1770. An die Herrschaft zu zahlen 38 fl. und an die Stadt 3 fl. jährlich. 1792 zwei Familien, 1900: 55, 1909: 60 Israeliten in 20 Familien. — Juden beteiligt innerhalb der Personallasten am Feuerlaufen (1792).

Hohensalza (= Inowrazlaw).

152. Titel = nr. 157.

S. 37: Überweisung der Juden an Hofmarschall Jarocki, 1506. — S. 43—44: Judenzinse; Privileg von 1681. S. 46 f.: Eingabe von 1775, Bevölkerung 927 Juden, gegen 523 Nichtjuden. Juden als Händler und Handwerker.

Insterburg.

153. J ö r g e n s Skizzen aus der Geschichte Insterburgs seit dem 300jähr. Stadtjubiläum (Zeitschrift der Altertumsges. von Insterburg Heft XII S. 7—51).

Darin verstreut über Juden.

Krefeld.

154. A n d o r n S. Vom Krefelder Konsistorium (Allg. Ztg. d. J. LXXIV S. 193—194).

Krotoschin.

155. Akteninventar der Synagogengemeinde Krotoschin (diese Mitteilungen II S. 29—36).

156. T ä u b l e r E. Zur Geschichte der Domanial-Abgaben in Krotoschin (a. a. O. S. 42—48).

Kujawien.

157. P r ü m e r s R. Die Geschichte Kujawiens mit besonderer Berücksichtigung des alten Kreises Inowrazlaw (Zeitschrift der histor. Ges. für die Provinz Posen XXV S. 1—74).

S. 27: 1728 in einem Berichte des Bischofs an den Papst Klage über das Anwachsen der jüd. Bevölkerung bes. in Inowrazlaw. 1768: Katholiken 160 988, Protestanten 126 155, Judenfamilien 1535; diesen verboten, sich auf geistlichem Gebiete niederzulassen.

Kurhessen.

158. Aus den Tagen der kurhessischen Judenemanzipation (Israelit nr. 14).

158^a. H o r w i t z L. Die Judenpredigten unter Amalia Elisabeth, Landgräfin von Hessen (Israel. Familienblatt — Hamburg nr. 23 S. 11).

Limburg.

159. Titel = nr. 182.

S. 188 (vgl. S. VIII): „1602 stirbt ein Limburger Priester, durch einen ohnerfahrenen Judenarzt hingerichtet.“ — S. 193: 1605 Teuerung auf Rindleder. „Auch die Juden uff den jahrmaken sich zu jedem taten, der ein rind zu schlachten kaufet hette, dinget und bezalt alsbald die haut, das were den in dem beutel ein erleichterung und dem Juden zum gewin, begunne es auch jedermann zu merken.“ — S. 201 zum Jahre 1610 Juden als Münzer.

Linden.

160. E n g e l k e Lindener Dorfchronik (Hannoversche Geschichtsblätter XIII S. 81—162).

S.104. 105: Grundriss des Dorfes Linden um 1740. Darauf des Juden Herz Garten, des Juden Oppenheims Garten. — S. 118: Gerichtsbarkeit über Juden, nicht dem Patrimonialgericht zustehend, sondern, wie die Kriminalgerichtsbarkeit bis 1817 dem alten Amte Calenberg, bis 1827 dem Gerichtsschulzenamt Hannover, von da an dem Amte Hannover (vgl. diese Mitteilungen II S. 102 Hannover 80 S. 149 b). — S. 160 f.: Einteilung des Dorfes und der Vorstadt Linden 1821; unter den Köthnern im sog. alten Dorfe gen. David Selig S. 162 im sog. neuen Dorfe Heinemann.

Lippspringe.

161. Fürstenberg Geschichte der Burg und Stadt Lippspringe.

S. 139: die Juden. — S. 187—192: die vom Domkapitel zu Paderborn für die Schuhmacherzunft in L. erlassene Ordnung 1746 Sept. 15, darin S. 190 § 10: „Solle . . . weder Schlächter, Jude, Scharfrichter oder sonst jemandt befugt seyn, rau lehder ausserhalb der Stadt zu verkaufen, er habe dan dasselbe vorhin dem Amte oder dessen Schöffen für billigen Preis anerbotten . . .”

Magdeburg, Herzogtum.

162. Heinemann O. Räuberunwesen im Herzogtume M. während der Fremdherrschaft (Geschichts-Blätter für Stadt und Land Magdeburg XXXV S. 77—109). Juden S. 88. 90. 101.

163. Silberboth H. Erzbischof Albrecht II. von Magdeburg (a. a. O. S. 110—175).

S. 151: Judendorf bei Magdeburg 1213 eingeäschert. — S. 158 über die Ansiedelung um die Sudenburg 1217 f., wo ebenfalls viele Juden wohnten.

Mühlhausen.

164. Süssmann A. Zur Geschichte der Mühlhäuser Juden zur Zeit König Wenzels (Mühlhäuser Geschichtsblätter XI S. 120).

Neustettin.

165. Tümpel K. Neustettin in 6 Jahrhunderten.

S. 237: 3 Flatower jüd. Familien in Neustettin 1707—08, ihr Handel, ihre Ausweisung. — S. 277 Leibbinden- und Geldbeutelabrik nebst Färberei der Schutzjuden Wolff und Borchardt, Köslin, 1788, mit staatlicher Unterstützung. — S. 307: Juden in N. 1800: 39, 1816: 11, 1831: 129 (unter 3239 Einwohnern), 1849: 233 (4551 Einw.), 1852: 253 (5118 Einw.), 1855: 288 (5211 Einw.), 1858: 311 (5517 Einw.), 1861 348 (5816 Einw.). — S. 236: Privilegium de non tolerandis Judaeis in Tempelburg und Kolberg. — S. 314: Neubau des isr. Bethauses, 1828. — S. 334: Synagogenfeier für die Berliner Märzgefallenen 1848.

Ostfriesland.

166. Täubler E. Das Generalprivileg für die Judenschaft in Ostfriesland vom 22. September 1708 (diese Mitteilungen II S. 51—57).

Paderborn.

167. Böhrmer J. Das Geheime Ratskollegium, die oberste Landesbehörde des Hochstifts Paderborn. 1723—1802 (Beiträge für die Geschichte Niedersachsens und Westfalens her. von G. Erler, 21. Heft). S. 32—33 Juden.

Posen.

168. Breslauer B. Die Anwanderung der Juden aus der Provinz Posen. Denkschrift 1909.
169. Herzberg J. Die polnische Insurrektion d. J. 1848 und die Juden in dem Posener Landen (Allg. Ztg. d. Judentums 74 S. 475/77).
170. Landsberger J. Zur Biographie des Posener Märtyrers. Reb Arje Löb (Jahrbuch der Jüdisch-Literarischen Ges. Frankfurt a. M. VII S. 351—355).
- 170^a. Laubert M. Eine kulturhistorisch-politische Denkschrift über Posen 1811 (Zeitschrift der histor. Ges. für die Prov. Posen XXV. S. 113—143).
Verfasst von einem deutschen Gutsbesitzer, Freund Kittels, der bei Warschau lebte. Überreicht Hardenberg. — S. 119 sehr abfälliges Urteil über die Juden, dazu S. 127, 132.
171. Lewin L. Jüdische Proselyten in Grosspolen (Titel = nr. 170 S. 375—377).
172. Warschauer A. Die deutsche Geschichtsschreibung in der Provinz Posen (Zeitschr. der Histor. Ges. für die Prov. P. XXV S. 199—335).
S. 320—322: Zur Geschichte der Juden. Einzelnes verstreut S. 334 u. sonst.
173. Wassermann R. Die Entwicklung der jüd. Bevölkerung in der Prov. Posen und das Ostmarken-Problem (Z. D. St. J. VI S. 65—76).

Ravensburg.

174. Titel = nr. 90.
S. 151 f.: 1682 ein Tabaksprivileg erteilt einem christlichen Kaufmann, hinter dem aber jüd. Kapitalisten steckten.

Rheinland.

175. Kober A. Die rechtliche Lage der Juden im Rheinland während des 14. Jahrhunderts im Hinblick auf das kirchliche Zinsverbot (Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst, 1909).

Rittmarshausen.

176. Titel = nr. 103.
S. 72: Im gräfl. von Goertzschen Archiv zu Wriesbergholzen sub II Hauptabteilung, Schlitzsche Branche, 4. Abt. Güter, 1 Abschn. Gut Rittmarshausen M. Krug und Gewerbesachen: Beanspruchte Berechtigung zur Vergeltung der Juden, 1721.

Saarbrücken.

177. Jung G. K. Die Türkenschätzung von 1542 (Mitteilungen des Histor. Vereins für die Saargegend Heft IX 1909 S. 149—224).
S. 222: Juden damals noch nicht in dem Saarbrücker Lande. 1537 ein Jude vom Grafen angenommen in Kirchheim-Bollanden, der erste in den links-

rheinischen nassauischen Lande. Im Trierischen St. Wendel schon im 13. Jahrhundert Juden, etwas später in der Pfalz. Kam einer auf seinen Handelsgängen in das Saarbrückische, so wurde er auf einige Zeit eingturmt, so einer, der in Saarbrücken etwa 1550 Fuchsfelle gehandelt hatte.

Spandau.

178. Recke. Spandauer Friedhöfe (Referat, Brandenburgia XIX S. 105—108.)

S. 105: Judenkiewer, erst zwischen Stadt und Hochgericht gelegen. Viele seiner Leichensteine nach 1560 der Citadelle eingebaut.

Thorn.

179. Akteninventar der Synagogengemeinde Thorn (diese Mitteilungen II S. 1—5).
180. Täubler E. Aus den Akten des Stadtarchivs zu Thorn (a. a. O. S. 5—10).
181. Täubler E. Zur Frage des Grundstückerwerbs durch Juden in Thorn (a. a. O. S. 10—11).

Trier.

182. Die Limburger Chronik des Johannes Mechtel 1610—1612, her. von C. Knetsch (Veröffentlichungen der histor. Kommission für Nassau VI 1909).

S. 175 zum Jahre 1596: In dieser zeit kamen fremde Juden gen Trier, suchten an bei dem churfursten Johann von Schonberg durch de forderung des hern canzlers d. Symonis Senheim, willens eine general nederlag vorneme kaufmanschaften zu Trier und Coblenz anzustellen, taten grosse zusage und geschenk. Es name aber ein betrogen end.

S. auch nr. 86.

Wetzlar.

183. 1525 April 28. Brun von Cöln, Nassauischer Vogt zu Wetzlar, an den Grafen Philipp von Nassau-Saarbrücken über die von der Gemeinde und der Zunft während des Aufruhrs geforderten Artikel: . . . Zum sebenten soln die judden nit wythern gesuech von eyn burger nemen dan vom gulden die Wochen ein halben phennig: Or. Staatsarchiv Wiesbaden (Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsverein III S. 86).

Windesheim.

184. Wagner J. Urkundliche Geschichte der Ortschaften, Klöster und Burgen des Kreises Kreuznach bis zum Jahre 1300.

S. 69: Lehensverzeichnis des Rheingrafen Wolfram I., unter den Hörigen: Judeus de Windenso.

Witzenhausen.

185. Horwitz L. Die Vorfahren des Barons Reuter (Israelit nr. 50).

Sachsen.

186. **Statistisches.**

Eheschliessungen i. J. 1907 (Z. D. St. J. VI S. 29).

Verteilung auf Stadt und Land (a. a. O. S. 165).

Vgl. nr. 31.

Zittau.

187. Mitteilungen der Gesellschaft für Zittauer Geschichte nr. 6. 1909.

S. 19 u. 22 Amn. 1 und 2: Jüdingasse im 16. und 17. Jahrhundert = Wettinerstr. (S. 26).

Zwickau.

188. Fabian E. Die Oswald Losanschen Annalen der Stadt Schwanfeld oder Zwickau von 1231 bis 1534 (Mitteilungen des Zwickauer Altertumsvereins für Zwickau und Umgegend X S. 1—68).

Handschrift des 16. Jahrhunderts im Stadtarchiv zu Breslau. S. 21, Fol. 6 a: „1444 ist die Münz der groschen, die man nennet Judenhuth, erstlich geschlagen worden.“ S. 22, Fol. 8 a: „1458 ist ausgebrant di Jüdingasse.

Thüringen.

Coburg.

189. Über die Wiederherstellung der im Mittelalter Judenstrasse genannten Staatsstrasse Coburg bis Neustadt (Israelit nr. 29).

Hildburghausen.

190. Human H. Chronik der Stadt Hildburghausen (Schriften des Vereins für sächsisch-meiningische Geschichte und Landeskunde Heft 59, 1909, Innentitel 1908).

S. 17 f.: 1331 Febr. 10 Berthold Graf in Henneberg überträgt den Michaelismarkt von Vüstorf auf die Stadt Hildburghausen, verleiht ihr Koburger Stadtrecht und zum Mauerbau und für andere Zwecke die Einkünfte von den dort wohnenden, im Schutz den anderen Einwohnern gleichstehenden Juden. — S. 22: Im Stadtbuch I um 1420: Güntz Seyller des juden Husz. — S. 158—159 dasselbe im Bevölkerungsverzeichnis von 1412 (Stadtbuch I Fol. 6), wo auch Gutkind jude als Hausbesitzer. — S. 160: 1844: 4182 Einwohner, darunter 130 Juden, 1905: 7456 Einwohner, darunter 54 männliche, 53 weibliche Juden. — S. 161: Ersatz alttestamentarischer Familiennamen im 19. Jahrhundert durch andere. — S. 173, 175: Besonderer Badetag der Juden im städtischen Badehause.

Württemberg.

191. **Statistisches.**

Tänzer A. Kriminalstatistik in Württemberg (Isr. Wochenschrift — Gebweiler nr. 14).

Tänzer A. Statistik der jüd. Vereine in Württemberg (a. a. O. nr. 43).

Tänzer A. Selbstmordstatistik der Juden in Württemberg (a. a. O. nr. 46).

Vgl. auch nr. 31.

Altheim.

192. Hauber A. Urkundenbuch des Klosters Heiligkreuzthal I = Württembergische Geschichtsquellen IX.
nr. 328 Judengasse, 1329, 1348.

Besigheim.

193. Württembergische Landtagsakten. Herausgeg. von der Württemberg. Kommission für Landesgeschichte. 2. Reihe I. Band. 1593 bis 1598. Bearbeitet von A. E. Adam.

S. 523, 524: in der Sitzung des landschaftlichen kleinen Ausschusses 1598 Sept. 4—10, vorgelegte Urkunde Markgraf Philipps von 1529, Nov. 8, betr. Aufhebung der Leibeigenschaft in Stadt Besigheim und Dorf Wallheim, in welcher an 3. Stelle: dass wür in ewigkeit kain juden hindern sie setzen noch wohnen... lassen wollen. Vgl. Huldigungsakte vom gleichen Tage bei Reyscher, Altwürttembergische Statutarrechte I 247.

Dischingen.

194. Württembergische Ländliche Rechtsquellen. Hrg. v. d. kgl. Württbg. Kommission für Landesgeschichte. 1. Bd. Die östlichen schwäbischen Landsteile, bearbeitet von F. Winterlin.

S. 196—232: Polizeiordnung der von Leonrotschen Herrschaft 1567, aus dem Fürstl. Turn u. Thaxisschen Archiv zu Regensburg. — S. 220—222: Form und ordnung des juden Aayds.

Essingen.

195. Titel = nr. 194.

S. 523—536: Dorfordnung ca. 1710 von der von Wöllwarthischen Herrschaft. — Aus der Gemeinderegistratur zu Essingen. Darin S. 532: Verbot des Handels mit fremden Juden. — Fehlt in den Gemeindeordnungen von 1554 und 1649. Ebenso vorhanden in der Wöllwarthischen Dorfordnung für Lauterburg, wohl auch in der Neubronnischen vom Jahre 1617. Vgl. a. a. O. S. 523.

Gmünd.

196. Titel = 194.

S. 589 f. Dorfordnung für das Gmündische Dorf Helikofen, 1700. Ebenso gültig in den Gmündischen Besitzungen Bargau, Pthersbach, Weyler, Hörtlesweyler Staynbach, Hüssenhofen. — Darin S. 589: Verbot des Handels mit Juden.

Hohenstatt.

197. Titel = nr. 194.

S. 449—457: Polizeiordnung für die gräflich Adelman von Adelmansfeldenschen Orte Hohenstatt, Schechingen, Leinweiler, Neu-

bronn, Börrat und Holzhausen, 1748. Darin Seite 452 nr. 62: Verbot für hausierende crämer und absonderlich handelsjuden, waren, welche von in der Herrschaft befindlichen Crämern, Christen wie Juden, geführt werden, einzuführen, gegen Strafe der halben Konfiskation.

Kirchheim.

198. Titel = nr. 194.

S. 148—153: Erste Ehehaft (Dorfrecht), S. 151 Zeile 32f.: item umb der juden schäden soll man nit ertailen (sc. recht), allain umb das Hauptgut. —

Lauchheim.

199. Gerlach A. Magister Johann Philipp Mühlich, T. O. P. Stadtpfarrer zu Lauchheim, 1649 bis 79 (Beiträge zur Lauchheim-Kapfenburger Geschichte nr. 1).

S. 9: Verfasst Narratio oder schriftliche erzählung, die in hiesigem Markt Lauchheim von gnädigen Herrschafft uff Kapfenburg Anno 1658 beschehene Einnahmb der Juden undt wasz selbiger wegen von seiten der Pfarr gegen hochgedachte gen. Herrschafft (der deutschordens Komptur von Liechtenstein) schriftlich eingewendet, auch sonsten der Juden halber agieret worden."

200. Gerlach A. Aus zwei alten Lauchheimer Gemeindeordnungen (a. a. O. nr. 2).

S. 11—14: Bürger- und Handwerksordnung von 1596. Darin: wie es mit den Metzgern gehalten werden solle. Zum Fünfften sollen sie auch khein gantz rindt oder Kalb andern auslendischen mezgern ohne vorwissen, wie auch den Juden mit dem Schnitt der Rinder, wie sie hiavor etwan im Brauch gehabt, zu kauffen geben, bey straff und erkenntniss vilgenannts Gerichts.

Lauterburg.

201. S. nr. 195.

Mengen?

202. Titel = nr. 192.

nr. 783: Urkundenfragment, erwähnt Schuld an einen Juden, 1379.

203. a. a. O. nr. 721. Cession einer Forderung an cristan oder an juden.

Neidlingen.

204. S. nr. 212.

Neresheim.

205. Vgl. nr. 194.

S. 241 f.: „Dorf und Gemeindeordnung, 1766, § 6, S. 243: als wird hie mit weiteres alles ernstes gebotten, dass an sonn- und feyer- auch andern festtügen kain untertan einem Juden einen aufenthalt und unterschleif, unter welcherley vorwand es immer geschehen möchte, bey strafe leibes und guts geben solle."

Neubronn.

206. S. nr. 194.

Ramsberg.

207. Titel = nr. 194.

S. 739—843: Gerichtsordnung Voyt und Eidbuch 1556. Im gräflichrechberg-schen Archiv zu Dongdorf. — S. 762 aus dem Voytbuch: Judenverpott. Es soll

niemand von juden oder jüdenin weder gelt noch anders entleihen, auch ihnen nichts versetzen, noch zu kaufen geben und in summa mit den juden nichts zu handeln haben bey verweissung und auszpott des gerichtszwangs.

Rechberg, Heuchlingen, Weiler in den Bergen.

208. Titel = nr. 194.

S. 682—738: Gräflich-Rechbergsche Statut und Ordnungen von 1577. Im gräflich Rechbergschen Centralarchiv zu Dongdorf. Darin S. 734—735: von zegeinern, heerlosen, gartknechten, jüden und dergl. . . . nicht weniger sollen auch furohin in der herschaft ainicherley juden nicht eingelassen noch vill weniger den underthonen gestat werden, mit ihnen gewerb und hantirung zu treyben usw.

Wissgoldingen.

209. Titel = nr. 194.

S. 798 f.: Gerichts- und Polizeiordnung, 1612. im Freiherrlich von Holtzschen Archive in Alldorf. — Darin Seite 846 „Sache der Juden.“ Aehnlich wie unter Ramsberg.

Wellstein-Abtsgmünd.

210. Titel = nr. 194.

S. 428—438: Buss und Frevelordnung der den Herren von Kürnheim gehörigen ellwangenschen Lehensherrschaft W. A., 1573. Aus dem Kgl. Haus- und Staatsarchiv. S. 430 § 20: item welcher, jung oder alt, mit den juden zu handeln hat, umb pargelt oder auf borg inen etwasz abkauft oder ihnen etwasz zu kaufen gibt, wo man der wahr wert über kurtz oder lang dieselbigen werden bestrafft werden, an leib und guet 10 gulden 5 β.

Wallheim.

S. nr. 193.

Ulm.

211. Schweitzer. Die israelitische Gemeinde in Ulm (Israelit nr. 31, 34, 35, 39, 42. Beilage: Literarische Warte).

Stuttgart.

212. Titel = nr. 193.

S. 498—501: Der landwirtschaftliche kleine Ausschuss an Herzog Friedrich am 18. März 1598 betr. Ausschaffung einiger in Stuttgart aufgenommenen Juden. Mit einer Darlegung der älteren Verordnung gegen Juden. — S. 501 Anm. 2 über die anderen damals gemachten Schritte gegen die Juden und ihre Umsiedelung von dem Armbrustschützenhaus nach Neidlingen.

Remmetshofen.

213. Eberle S. Das Domherrenamt Remmetshofen (Aus dem Ulmer Winkel, Mitteilungen des Vereins Neu-Ulm 1909).

Nr. 8, S. 131 in einem Briefe über Beleihung eines Hofes 1589: „Soll und will ich mich um Schulgeld und Geldeswert gegen keinen Juden verbinden, weder für mich selbst, noch für jemand anderen überall und keiner weiss noch Weg, sondern der Juden bei Fälligkeit des Hofes in allweg müssig gehen . . . Wie ich aber der oberberührten Artikel, sonderlich der Juden halb überfahren. . . soll der Hof eingefallen sein.

Biographisches.

Arnstein.

214. Grunwald M. Zur Familiengeschichte einiger Gründer der Wiener chevra kadischa, Arnstein (Anhang zu Mitteilungen zur jüd. Volkskunde Heft 33).

Auerbach B.

215. Bettelheim A. Bräutigamsbriefe von Berthold Auerbach (Allg. Ztg. d. Judentums LXXIV 78—80. 94. 95. 141—142. 152—154. 178—179. 199—201. 213—214. 226—228. 236—238).

Börne.

216. Tänzer A. Ludwig Börnes Vorfahren in Württemberg (Isr. Wochenschrift — Gebweiler nr. 22. 33).

Dessoir.

217. Knudsen H. Aus der Posener Theatergeschichte (Historische Monatsblätter für die Prov. Posen XI S. 81—88).
S. 81—83: Ludwig Dessoir, alias Michaelis Dessauer.

Devrient.

218. Briefwechsel zwischen Eduard und Therese Devrient. Her. v. Hans Devrient.
Darin Über Berthold Auerbach, Moritz Veit, Wolfsohn, Dessoir.

Frankl L. A.

219. Erinnerungen her. v. St. Hock.
220. Wolbe E. L. A. Frankl. Ein Lebensbild.

Geiger A.

221. Abraham Geiger Leben und Lebenswerk von L. Geiger. J. Elbogen, G. Klein, J. Löw, S. Perles, S. Posnanski, M. Stern, H. u. H. Vogelstein.
222. Perles, F. Abraham Geiger.

Glückel von Hameln.

223. Die Memoiren der Glückel von Hameln übersetzt von Bertha Pappenheim Privatdruck. Mit genealogischen Tabellen.

Gumpertz.

224. Pick H. Aron Salomon Gumpertz als Übersetzer patriotischer Gelegenheitsschriften (Zeitschr. f. hebr. Bibliographie XIV S. 183—185).

Halberstam.

225. Berliner A. Aus Briefen S. J. Halberstams an Prof. A. Berliner (Jahrb. der Jüdisch-Literarischen Ges. Frankfurt a. M. VII S. 356—61).

Heine.

226. Bienenstock M. Das jüdische Element in Heines Werken.
Ein kritisch-ästhetischer Beitrag zur Heinefrage.

Hirsch, S. R.

227. Samson-Raphael Hirsch und das Hamburger Oberrabbinat
(Israelit Nr. 1.)

Lazarus.

228. Lazarus N. Ein deutscher Professor in der Schweiz.

Mendelssohn.

229. Droysen G. Johann Gustav Droysen. I. Teil.
Sein Verkehr mit den Familien Mendelssohn, Friedländer, Bendemann in Berlin,
s. Index.

Scherk.

230. Titel = nr. 229.
S. 197: Charakteristik des Mathematikers Scherk, eines geborenen Juden.

Varnhagen, Rahel.

231. Stenlé J. E., Rahel Mme. Varnhagen von Ense. Histoire d'un
salon romantique en Allemagne.

Wesel B.

232. Landsberger, J. Zur Biographie des Rabbi Baruch Wesel
(Jahrbuch der jüd. Literar. Ges. Frankfurt a. M. VII S. 380).

Varia.

233. Wass, J. Die Juden bei Wilhelm Raabe (Monatsschrift für Ge-
schichte und Wissenschaft des Judentums N. F. XVII S. 641—688).

Ermy H.

234. Königin Luisens Hochzeit und die Juden. (Israelit nr. 29. 31).

Freimann, A.

235. Briefwechsel eines Studenten der Medizin in Frankfurt a. O.
mit dem in Halle Medizin studierenden Isak Wallich i. J. 1702
(Zeitschr. für hebr. Bibliographie S. 117—120).

Friedländer, A.

236. Interessante Kriminalprozesse von kulturhistorischer Bedeutung.
Der Knabenmord in Xanten und der Judenflintenprozess.

Geiger, L.

237. Die deutsche Literatur und die Juden.

Gentz.

238. Wittichen, F. C., Briefe von und an Friedrich Gentz, I 1909.
S. 76. 139. 141: Mendelssohn betreffend. — S. 208: 1798 in Paris Dr. Veith,
Hamburger Arzt (1771 bis 1814). Ein Freund Rahels und „verschiedene kluge

- Weiber aus der Judenschaft“ z. B. Gattin des Bankiers Fränkel. — Dazu Geiger L. in der Allg. Zeitung des Judentums S. 414—416.
239. Lamm, L., Nehemias Jehuda Leib, Ein Märtyrer für den Judenleibzoll.
240. Löwenstein: historische Lieder (Zeitschrift für hebr. Bibliographie XIV S. 125—127).
Darin Lieder zur Geschichte der Juden in Deutschland.
241. Maier H. Die Antisemiten.
242. v. Oertzen D. Adolf Stoecker. Lebensbild und Zeitgeschichte.
243. Aus der Reformationszeit. An dem nr. 25 a. O. I S. 298, Thomas Blaurer an Ambrosius Blaurer 1531 Dec. 9: Capitonem . . . astipulari Judaeis quibusdam de Christi divinitate. Dazu S. 304 Ambrosius Blaurer an Martin Butzer 1531 Dec. 23 über Servets de trinitatis erroribus, Capitos Zustimmung und notwendige Gegenschritte, ne longius rapiatur (Capito) Judaicis istis ungementis.
II S. 82. 180 Martin Butzer an Ambr. Blaurer 1541 Aug. 13 über des Fagius hebr. Studien. S. 205 Martin Frecht an Ambr. Blaurer 1543 Sept. 23: „Sage Fagius, unser Jude [folgt unverständlicher Zusatz] habe gegen Luthers Schrift gegen die Juden schreiben wollen, und teile mir des Fagius und dein Urteil über sie mit.“
244. Rothschild, S. Der alemannische Dichter Peter Hebel und die Juden (Allg. Zeitung des Judentums S. 210—212),
245. Rothscheid, W. Stephan Isak, ein Kölner Pfarrer und hessischer Superintendent im Reformationsjahrhundert. Sein Leben, von ihm selbst erzählt und aus gleichzeitigen Quellen ergänzt. (Quellen und Darstellungen zur Geschichte des Reformationsjahrhunderts hrg. von Georg Gerbick, 14. Bd.).
1542 als Jude in Wetzlar geboren, bis 1583 katholischer Pfarrer. 1586 seine Autobiographie: Die wahre und einfältige Historia Stephani Jssaci.
246. Simchowitz, S. Die jüdisch-deutsche Literatur. Referat (=Mitteilungen der literarisch-historischen Gesellschaft Bonn unter Vorsitz von B. Litzmann 5. Jahrg., 3. Heft.)
247. v. Voss: Hahn J. Julius v. Voss. S. 46—52: Behandlung der Juden in seinen Romanen und Dramen.
248. Zeitlin, W. Anagramme, Initialen und Pseudonyma neu-hebräischer Schriftsteller und Publizisten. Seit Erscheinen der Measfim bis auf unsere Tage (Zeitschr. für hebr. Bibliogr. XIV 155—157).
249. Zollschan J. Das Rassenproblem unter besonderer Berücksichtigung der theoretischen Grundlage der jüdischen Rassenfrage.